



Bundesministerium  
für Wirtschaft  
und Energie



# Schlaglichter der Wirtschaftspolitik

Monatsbericht Februar 2015

## Impressum

### Herausgeber

Bundesministerium für Wirtschaft  
und Energie (BMWi)  
Öffentlichkeitsarbeit  
11019 Berlin  
www.bmwi.de

### Redaktion

Bundesministerium für Wirtschaft  
und Energie (BMWi)  
Redaktionsteam „Schlaglichter der  
Wirtschaftspolitik“

### Gestaltung und Produktion

PRpetuum GmbH, München

### Redaktionsschluss:

30. Januar 2015

### Druck

Bonifatius GmbH, Paderborn

### Bildnachweis

Kick Images – Jupiter Images (Titel), Bundesregierung/  
Bergmann (S. 2), Reimer – Pixelvario – Fotolia (S. 5),  
white – Fotolia (S. 6), bigpa – Fotolia (S. 8), Pekchar –  
Fotolia (S. 8), SoberP – iStockPhoto (S. 8), corbis/  
mauritiushimages (S. 11), Pink Badger – Fotolia (S. 15),  
BSW-Solar/Solarstromforschung.de (S. 16),  
Rawpixel – Fotolia (S. 18), kirill\_μ – Fotolia (S. 19),  
Fraunhofer ISE (S. 24), Roman Sigaev – Fotolia (S. 30)

Diese Broschüre ist Teil der Öffentlichkeitsarbeit des  
Bundesministeriums für Wirtschaft und Energie.  
Sie wird kostenlos abgegeben und ist nicht zum  
Verkauf bestimmt. Nicht zulässig ist die Verteilung  
auf Wahlveranstaltungen und an Informationsständen  
der Parteien sowie das Einlegen, Aufdrucken oder  
Aufkleben von Informationen oder Werbemitteln.



Das Bundesministerium für Wirtschaft und  
Energie ist mit dem audit berufundfamilie® für  
seine familienfreundliche Personalpolitik  
ausgezeichnet worden. Das Zertifikat wird von  
der berufundfamilie gGmbH, einer Initiative der  
Gemeinnützigen Hertie-Stiftung, verliehen.



**Diese und weitere Broschüren erhalten Sie bei:**  
Bundesministerium für Wirtschaft und Energie  
Referat Öffentlichkeitsarbeit  
E-Mail: publikationen@bundesregierung.de  
www.bmwi.de

**Zentraler Bestellservice:**  
Telefon: 030 182722721  
Bestellfax: 030 18102722721

# Inhalt

Editorial .....	2
<b>I. Wirtschaftspolitische Themen und Analysen .....</b>	<b>4</b>
Auf einen Blick .....	5
Überblick über die wirtschaftliche Lage .....	9
Der Jahreswirtschaftsbericht 2015.....	11
Effekt der kalten Progression: Eine wirtschaftspolitische Analyse.....	19
Kompass der Energiewende.....	24
<b>II. Wirtschaftliche Lage .....</b>	<b>31</b>
Internationale Wirtschaftsentwicklung .....	32
Wirtschaftliche Entwicklung in Deutschland .....	34
<b>III. Übersichten und Grafiken .....</b>	<b>47</b>
1. Gesamtwirtschaft .....	48
2. Produzierendes Gewerbe .....	56
3. Privater Konsum .....	64
4. Außenwirtschaft .....	66
5. Arbeitsmarkt .....	68
6. Preise .....	70
7. Monetäre Entwicklung .....	74
Erläuterungen zur Konjunkturanalyse .....	76
Verzeichnis der Fachartikel der letzten 12 Ausgaben .....	78

# Editorial



## Liebe Leserinnen und Leser!

Die Soziale Marktwirtschaft ist und bleibt die klare Leitlinie für die Wirtschaftspolitik der Bundesregierung. Unser Ziel ist es, die oft als unvereinbar dargestellten Gegensätze von Markt und Staat zugunsten einer modernen Wirtschaftsordnung zu überwinden, in der Markt und Staat, Wirtschaftswachstum und Verteilungsgerechtigkeit, Freiheit, Eigenverantwortung und Solidarität einander ergänzen – das spiegelt auch der Jahreswirtschaftsbericht 2015 wider, den das Bundeskabinett am 28. Januar beschlossen hat.

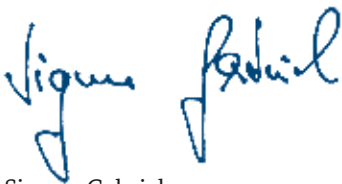
Der Jahreswirtschaftsbericht, dessen wesentliche Inhalte und Botschaften in der vorliegenden Ausgabe der „Schlaglichter der Wirtschaftspolitik“ vorgestellt werden, zeigt, dass die deutsche Wirtschaft trotz zahlreicher internationaler Herausforderungen in guter Verfassung ist. Für 2015 rechnen wir mit einem Wachstum von 1,5 Prozent, dazu erwarten wir einen neuen Beschäftigungsrekord und merkliche reale Lohnsteigerungen. Die Bundesregierung verstärkt die Investitionen in eine moderne, leistungsfähige Infrastruktur sowie in Bildung, Wissenschaft und Forschung. Zugleich konsolidiert sie den Haushalt. Diese ehrgeizige und konsequente Wirtschafts- und Finanzpolitik trägt bereits erste Früchte: Im vergangenen Jahr nahm die Investitionstätigkeit in Deutschland – nach zwei Rückgängen in Folge – um 3,1 Prozent zu. Gleichzeitig ist der Bundeshaushalt ganz ohne neue Schulden ausgekommen.

Die günstige Entwicklung schafft die Voraussetzungen, weitere wichtige Herausforderungen anzugehen: Der technologische Wandel gewinnt an Dynamik, wir müssen unsere Fachkräftebasis in einer alternden Gesellschaft sichern und die Umstellung auf erneuerbare Energien so gestalten, dass die Wettbewerbsfähigkeit Deutschlands gestärkt und nicht geschwächt wird.

Deshalb braucht unser Land einen spürbaren Aufwind bei den privaten und öffentlichen Investitionen. Sie sind der Schlüssel zu höherer Wettbewerbsfähigkeit unserer Wirtschaft, zu dauerhaftem Wohlstand und zu besserer Lebensqualität für die Menschen in Deutschland wie auch in Europa. Auch deshalb trägt der Jahreswirtschaftsbericht den Titel „Investieren in Deutschlands und Europas Zukunft“.

Die Bundesregierung setzt die Rahmenbedingungen für ein zukunftsfähiges Deutschland. Dazu gehören übrigens auch eine weitere Verbesserung der sozialen Teilhabe und eine gerechte Gestaltung des Steuersystems. Ein Artikel dieses Monatsberichtes zeigt, dass die so genannte „kalte Progression“ vor allem untere und mittlere Einkommensbereiche belastet. Die Anpassung des Tarifverlaufs zum Abbau der kalten Progression wäre nicht nur ein Beitrag zu einer fairen Steuerbelastung, sondern könnte auch positive Impulse für Konsum und Investitionen in Deutschland geben. Ich werde mich weiterhin dafür einsetzen, dass in dieser Legislaturperiode die finanziellen und politischen Voraussetzungen geschaffen werden, um die Bürgerinnen und Bürger bei der kalten Progression zu entlasten.

Auch bei der Lektüre der übrigen wirtschaftspolitischen Beiträge und Analysen wünsche ich Ihnen, wie immer, viel Freude und neue Erkenntnisse!



Sigmar Gabriel

Bundesminister für Wirtschaft und Energie

# I. Wirtschaftspolitische Themen und Analysen

# Auf einen Blick

## Weiterentwicklung der regionalen Wirtschaftspolitik – Gesamtdeutsches Fördersystem für strukturschwache Regionen ab 2020



Im Jahr 2019 wird der Solidarpakt II auslaufen. Der so genannte „Korb II“ des Solidarpaktes enthält die überproportionalen Leistungen in Bundesprogrammen zugunsten der neuen Länder. Ziel der Bundesregierung ist es, das System zur Förderung strukturschwacher Regionen neu auszurichten. Ab 2020 soll die Unterscheidung nach Ost und West zugunsten eines gesamtdeutschen Systems überwunden werden.

Zentrales Instrument der regionalen Strukturpolitik war und ist die Bund-Länder-Gemeinschaftsaufgabe „Verbesserung der regionalen Wirtschaftsstruktur“ (GRW), die strukturschwache Gebiete in Ost und West sowie in Stadt und Land gleichermaßen fördert. Die GRW ermöglicht die Förderung von Investitionen der gewerblichen Wirtschaft sowie der wirtschaftsnahen Infrastruktur. Dies hat die Standortbedingungen in den regionalen Fördergebieten bereits deutlich verbessert. In Ostdeutschland konnte der Kapitalstock pro Einwohner auf heute 80 Prozent des Westniveaus angehoben werden. Bei vielen wirtschaftlichen Indikatoren – wie der Zahl der Gründungen und der Selbstständigenquote – bestehen heute keine Unterschiede mehr zwischen neuen und alten Ländern.

So erfreulich die Fortschritte insgesamt sind: Das BIP je Einwohner ist in den neuen Ländern insgesamt noch gut 30 Prozent geringer als in den alten Ländern insgesamt. In Sachsen, der wirtschaftlich stärksten Region, liegt das BIP je Einwohner um 14 Prozent unter dem Niveau des wirtschaftsschwächsten westlichen Landes Schleswig-Holstein.

Bereits heute muss die Politik auf die Herausforderungen der Zukunft reagieren.

Bis Mitte 2015 wollen Bund und Länder gemeinsam eine Einigung zu einer Neuordnung der gesamten Bund-Länder-Finanzbeziehungen ab 2020 erreichen. Sowohl die Regeln des vertikalen als auch die des horizontalen Finanzausgleichs, die die neuen Länder zurzeit stark begünstigen, stehen damit auf dem Prüfstand. Für die Zeit nach 2020 ist zu klären, inwieweit regionale Strukturschwächen bereits im Finanzausgleich berücksichtigt werden sollen und welche Rolle die regionale Wirtschaftspolitik spielen wird.

Globalisierung und demografischer Wandel führen zu einem verschärften Wettbewerb – auch der Regionen und Standorte. Dies betrifft nicht nur die neuen Länder, son-

dern gerade auch viele ländliche Gebiete im Westen und traditionelle Industrieregionen wie große Teile des Ruhrgebiets. Für alle Regionen im Standortwettbewerb ist es von zentraler Bedeutung, die Wettbewerbsfähigkeit weiter zu stärken. Dazu gehören vor allem die Fachkräftesicherung und die Modernisierung der Infrastruktur.

Der Koalitionsvertrag greift diese Herausforderungen auf und sieht vor, dass ab 2020 ein gesamtdeutsches System für strukturschwache Regionen eingeführt wird (vgl. Kasten).

*„Ab 2020 ist ein weiterentwickeltes System der Förderung strukturschwacher Regionen erforderlich. Ein solches System muss (...) die Differenzierung zwischen Ost und West beseitigen. Ob und wie wir die speziellen Förderprogramme der ostdeutschen Bundesländer nach und nach in ein gesamtdeutsches System für strukturschwache Regionen überführen, berät die einrichtende Bund-Länder-Finanzkommission. Die Bund-Länder-Gemeinschaftsaufgabe GRW soll hierbei als Ausgangspunkt dienen.“*

In einer jüngst eingerichteten Arbeitsgruppe der Ressorts unter Leitung des Bundesministeriums für Wirtschaft und Energie sollen nun gemeinsame Eckpunkte für ein neues gesamtdeutsches Fördersystem ab 2020 erarbeitet werden. Dabei stehen u. a. folgende Fragestellungen im Vordergrund:

- ▶ Welche Elemente soll ein zukünftiges integriertes gesamtdeutsches System zur Förderung strukturschwacher Regionen umfassen und welche Rolle soll die GRW als Anker übernehmen?
- ▶ Wie können die Förderregionen in einem gesamtdeutschen Fördersystem abgegrenzt werden? Welche Indikatoren sind geeignet, um den Grad der regionalen Strukturschwäche zu bestimmen?
- ▶ Inwieweit kann der Korb II des Solidarpaktes, der überproportionale Leistungen aus Bundesprogrammen für die neuen Länder vorsieht, auch Vorbild sein für eine gesamtdeutsche Regionalförderung?



Ergebnisse sollen in die Gespräche zur Neuordnung der Bund-Länder-Finanzbeziehungen eingespeist werden. Parallel wurde ein Forschungsauftrag vergeben, der die Weiterentwicklungsmöglichkeiten der GRW und ihre Rolle im Rahmen eines kohärenten gesamtdeutschen Regionalfördersystems untersuchen soll. Ergebnisse des Gutachtens werden im Oktober 2015 erwartet.

Mit beiden Schritten ist ein Anfang gemacht. Noch in dieser Legislaturperiode sollen die Grundlagen gelegt werden, verlässliche Rahmenbedingungen für die Regionalpolitik ab 2020 zu schaffen.

Kontakt: Dr. Thomas Multhaup  
Referat: Regionale Wirtschaftspolitik und Tobias Zuchtriegel  
Referat: Wirtschafts- und Finanzpolitik für die neuen Bundesländer



## Wirtschaftspolitische Termine des Bundesministeriums für Wirtschaft und Energie

<b>Februar 2015</b>	
05.02.	Auftragseingang in der Industrie (Dezember)
06.02.	Produktion im Produzierenden Gewerbe (Dezember)
11.02.	Industrieproduktion (EU) Dezember
12.02.	Pressemeldung zur wirtschaftlichen Lage
12./13.02.	(Informeller) Europäischer Rat in Brüssel
16./17.02.	Eurogruppe/ECOFIN in Brüssel
Ende Februar	Schlaglichter (Newsletter und Veröffentlichung auf Website)
<b>März 2015</b>	
02./03.03.	Wettbewerbsfähigkeitsrat in Brüssel
05.03.	Energierat in Brüssel
05.03.	Auftragseingang in der Industrie (Januar)
06.03.	Produktion im Produzierenden Gewerbe (Januar)
09./10.03.	Eurogruppe/ECOFIN in Brüssel
11.03.	Pressemeldung zur wirtschaftlichen Lage
19./20.03.	Europäischer Rat in Brüssel
24./25.03.	Informeller Handelsministerrat in Riga
26./27.03.	Informeller Wettbewerbsfähigkeitsrat
Ende März	Schlaglichter (Newsletter und Veröffentlichung auf Website)
31.03.	Deutsch-Französischer Ministerrat
<b>April 2015</b>	
08.04.	Auftragseingang in der Industrie (Februar)
09.04.	Produktion im Produzierenden Gewerbe (Februar)
14.04.	Pressemeldung zur wirtschaftlichen Lage
15./16.04.	Informeller Energierat
17.04.	Treffen der G20-Finanzminister
24./25.04.	Informeller ECOFIN
Ende April	Schlaglichter (Newsletter und Veröffentlichung auf Website)

### In eigener Sache: die „Schlaglichter“ als E-Mail-Abonnement

Der Monatsbericht des Bundesministeriums für Wirtschaft und Energie ist nicht nur als Druckexemplar, sondern auch im Online-Abo als elektronischer Newsletter verfügbar. Sie können ihn unter der nachstehenden Internet-Adresse bestellen:  
<https://www.bmwi.de/DE/Service/abo-service.html>



Darüber hinaus können auf der Homepage des Bundesministeriums für Wirtschaft und Energie auch einzelne Ausgaben des Monatsberichts sowie Beiträge aus älteren Ausgaben online gelesen werden:  
<http://www.bmwi.de/DE/Mediathek/monatsbericht.html>



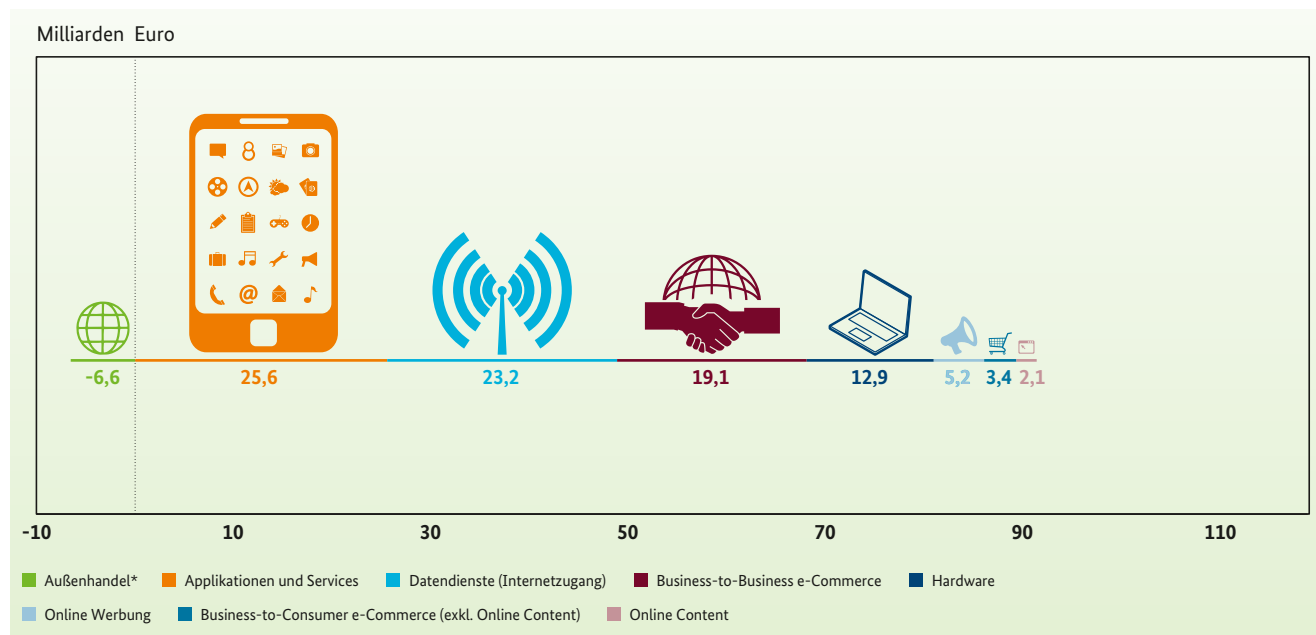
## Grafik des Monats

### Die Internetwirtschaft in Deutschland ...

... weist im Jahr 2013 einen Umsatz von knapp 85 Milliarden Euro aus. Im Jahr 2011 lag dieser noch bei 73 Milliarden Euro. Gemessen am Bruttoinlandsprodukt (BIP) ist der Anteil der internetbasierten Wirtschaftsaktivitäten von 2,8 Prozent auf aktuell 3,1 Prozent gestiegen.

Internetbasierte IT-Services und Applikationen machen wertmäßig den größten Anteil an der Internetwirtschaft aus. Dieses Segment umfasst eine Vielzahl wirtschaftlicher Aktivitäten und Dienstleistungen, die unter anderem auch das Cloud Computing umfassen. An zweiter Stelle folgen die Datendienste. Insbesondere mobile Datendienste gewinnen da immer mehr an Bedeutung. Der internetbasierte elektronische Handel zwischen Unternehmen (Business-to-Business e-Commerce) folgt an dritter Stelle.

### Umsätze der Internetwirtschaft in Deutschland 2013



\* Außenhandel negative Handelsbilanz

Quelle: Monitoring-Report Digitale Wirtschaft 2014, <http://www.bmwi.de/DE/Mediathek/publikationen/did=675398.html>, Berechnungen des Zentrums für Europäische Wirtschaftsforschung (ZEW)

# Überblick über die wirtschaftliche Lage

- ▶ Im Gesamtjahr 2014 ist die deutsche Wirtschaft relativ kräftig um 1,5 % gewachsen.
- ▶ Nach einer Stagnationsphase im zweiten und dritten Quartal ist die Konjunktur wieder moderat aufwärtsgerichtet. Die Stimmung in den Unternehmen hellt sich auf. Auftragseingänge, Umsätze und Produktion in der Industrie dürften im Jahresendquartal zugenommen haben.
- ▶ Der Arbeitsmarkt entwickelt sich weiter positiv. Der Beschäftigungsaufbau setzt sich fort, die Arbeitslosigkeit sinkt. Dies sorgt für steigende Einkommen und stützt den privaten Konsum.
- ▶ Der schwache Euro und der Verfall der Mineralölpreise liefern zusätzliche Impulse.

Im Gesamtjahr 2014 hat sich die gesamtwirtschaftliche Leistung der deutschen Volkswirtschaft relativ kräftig um preisbereinigt 1,5 % und damit wieder deutlich stärker als in den beiden vorangegangenen Jahren erhöht.<sup>1</sup> Die Basis hierfür wurde auf der Nachfrageseite durch den Anstieg der privaten Konsumausgaben gelegt (+1,1 %). Weitere Impulse kamen von den Investitionen in Ausrüstungen (+3,7 %) und Bauten (+3,4 %) sowie vom Außenhandel mit einem Wachstumsbeitrag von 0,4 Prozentpunkten.<sup>2</sup> Nach dem dynamischen Wachstum im Winterhalbjahr 2013/2014 schwächte sich die Konjunktur allerdings im Frühjahr und Sommer 2014 ab. Vor allem das außenwirtschaftliche Umfeld hatte sich merklich eingetrübt. Zum Jahresende 2014 hat die Erholung wieder verhalten eingesetzt. Die Stimmungsindikatoren haben sich spürbar aufgehellt. Die Auftragseingänge, die Umsätze und die Produktion in der Industrie dürften im vierten Quartal zugenommen haben. Die Beschäftigung ist in den vergangenen Monaten recht dynamisch weiter angestiegen. Der Rückgang der Mineralölpreise wirkt auf die Verbraucherpreise durch und stärkt die real verfügbaren Einkommen. Die Zurückhaltung bei den Investitionen hat sich zwar noch nicht gelegt, die Aufhellung der Geschäftserwartungen in der gewerblichen Wirtschaft verspricht aber Besserung. Insgesamt mehrten sich Signale, die für eine sich verstärkende Erholung sprechen.

Auch das Wachstumstempo der Weltwirtschaft, das sich im Sommerhalbjahr 2014 abgeschwächt hatte, dürfte jetzt allmählich wieder etwas Fahrt aufnehmen. Ihre Dynamik wird aber wegen zahlreicher struktureller Probleme geringer bleiben als in früheren Aufschwungphasen. Dabei bleiben die Abwärtsrisiken vielfältig und beachtlich. Zur Abschwächung trug vor allem die stockende Erholung in der Eurozone und in Japan bei. Die Vereinigten Staaten, das Vereinigte Königreich und eine Reihe von Schwellenländern behielten demgegenüber ihr Wachstumstempo bei. Während die Dynamik in Asien etwas nachließ, haben die Schwellenländer in Lateinamerika sowie in Afrika und im Mittleren Osten damit begonnen, ihre Schwächephase zu überwinden. Der Rückgang der Ölpreise erhöht für sich genommen die Realeinkommen in den Abnehmerländern, bremst aber die Einkommensentwicklung in den Öl exportierenden Staaten. Per saldo dürften daraus für die globale Wirtschaft begrenzte positive Impulse entstehen.

Das deutsche Auslandsgeschäft entwickelt sich vor diesem Hintergrund positiv, aber wenig dynamisch. Das Rekordergebnis bei den Warenausfuhren vom Oktober konnte im November nicht übertroffen werden. Saisonbereinigt gingen die Ausfuhren um 2,1 % zurück. In der Tendenz blieben sie aber weiterhin aufwärtsgerichtet. Die Wareneinfuhren legten im November um 1,5 % zu. Auch hier setzte sich die positive Entwicklung weiter fort. Die kurzfristigen Exporterwartungen der Unternehmen haben sich seit September merklich aufgehellt. Die Auftragseingänge aus dem Ausland und die Auslandsumsätze entwickelten sich ebenfalls positiv. Die Euroabwertung trägt zu einer spürbaren Verbesserung der preislichen Wettbewerbsfähigkeit der deutschen Wirtschaft bei.

Die einschlägigen Stimmungsindikatoren im Produzierenden Gewerbe haben sich zum Jahresende aufgehellt. Auch die Produktion, die Umsätze und die Auftragseingänge in der Industrie signalisierten erste Besserungstendenzen. Im November fiel die Produktion im Produzierenden Gewerbe insgesamt zwar geringfügig niedriger aus als im Oktober (-0,1 %), das Produktionsniveau im Oktober/November lag aber merklich über dem durchschnittlichen Niveau im dritten Quartal.<sup>3</sup> Während sich die Erzeugung im Baugewerbe bis zum November abschwächte (-0,6 %), erhöhte sich die Industrieproduktion mit einem leichten Plus von

1 In diesem Bericht werden Daten verwendet, die bis zum 16. Januar 2015 vorlagen.

2 Schnellmeldung des Statistischen Bundesamtes zum Bruttoinlandsprodukt im Jahr 2014 vom 15. Januar.

3 Soweit nicht anders vermerkt, handelt es sich um Veränderungsdaten gegenüber der jeweiligen Vorperiode auf Basis preisbereinigter sowie nach dem Verfahren Census X-12-ARIMA kalender- und saisonbereinigter Daten.

0,3% den dritten Monat in Folge. Gemessen an den Umsätzen kamen die Impulse hier aus dem Ausland. Im Inland wurden in den vergangenen drei Berichtsmonaten vor allem die Umsätze von Investitionsgütern spürbar ausgeweitet. Der Absatz von Vorleistungs- und Konsumgütern blieb dagegen tendenziell rückläufig. Trotz des Rückgangs um 2,4%, der auch auf geringe Großaufträge zurückzuführen war, sind die industriellen Auftragseingänge in der Tendenz bereits aufwärtsgerichtet. Auch hier kamen die Impulse aus dem Ausland. Im Baugewerbe zeichnet sich dagegen noch keine Trendwende ab. Die Auftragseingänge im Bauhauptgewerbe blieben trotz geringfügigen Anstiegs im Oktober (+0,6%) in der Tendenz rückläufig. Angesichts der nach wie vor günstigen Rahmenbedingungen für den Bau ist hier aber nicht mit einer längeren Schwächeperiode zu rechnen. Alles in allem hat sich das Indikatorenbild im Produzierenden Gewerbe in den vergangenen Monaten leicht verbessert.

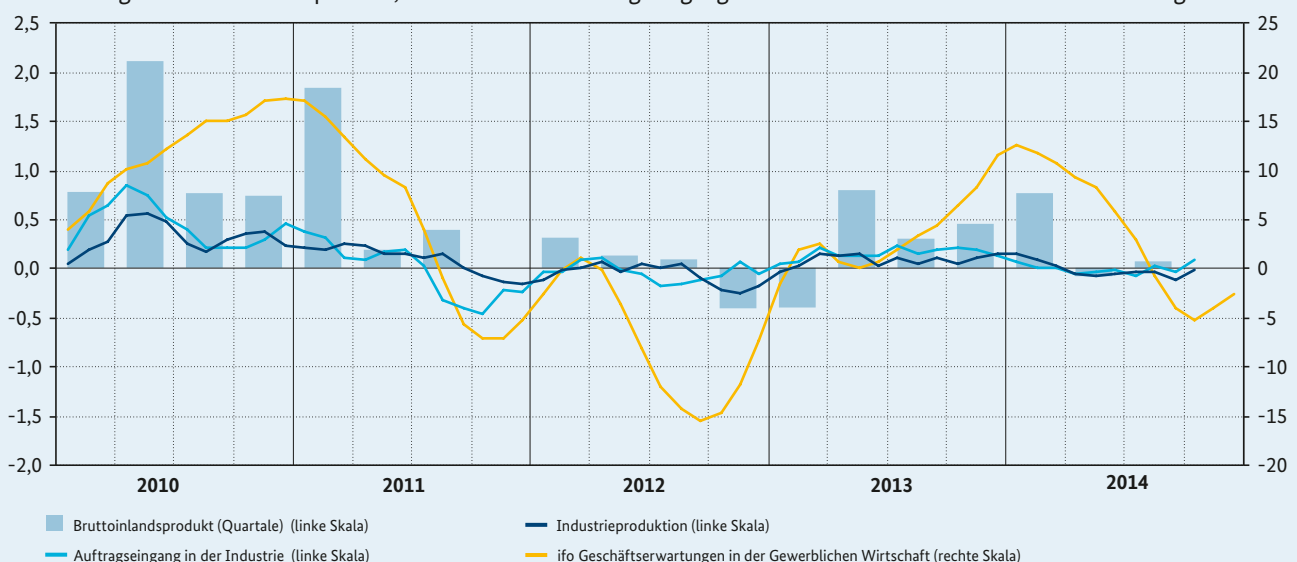
Der private Konsum stützt weiterhin die Binnennachfrage. Die positiven Entwicklungen am Arbeitsmarkt führten im dritten Quartal 2014 zum stärksten Reallohnanstieg seit drei Jahren. Unterstützt durch niedrigere Energiepreise gab es im Vergleich zum Vorjahr ein kräftiges Einkommensplus

von 1,8%. Nach einem schwachen Sommerhalbjahr sind die Umsätze im Einzelhandel (ohne Kfz-Handel) im Oktober und November kräftig gestiegen und lassen ein positives Schlussquartal erwarten. Dafür sprechen auch die jüngsten Ergebnisse des ifo Konjunkturtests: Im Dezember wurde die Geschäftslage von den Einzelhändlern deutlich besser eingeschätzt als in den beiden Vormonaten. Allerdings haben sich die Erwartungen spürbar verschlechtert. Das Konsumklima der Verbraucher blieb aber ungebrochen positiv und kletterte im Januar auf den höchsten Stand seit acht Jahren.

Der Arbeitsmarkt entwickelt sich weiterhin günstig. Die Arbeitslosigkeit ging im Dezember saisonbereinigt um 27.000 Personen zurück. Jahreszeitlich bedingt erhöhte sich die Zahl der Arbeitslosen auf 2,76 Mio. Die Zahl der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten stieg im Oktober saisonbereinigt kräftig um 42.000 und die Zahl der Erwerbstätigen im November um 11.000 Personen. Nach den Ursprungszahlen waren damit weiterhin etwas mehr als 43 Mio. Personen im Inland erwerbstätig. Da sich auch die Frühindikatoren für den Arbeitsmarkt eher etwas aufhellten, dürften sich die günstigen Entwicklungen in den kommenden Monaten fortsetzen.

### Konjunktur auf einen Blick\*

Entwicklung von Bruttoinlandsprodukt, Produktion und Auftragseingang in der Industrie sowie ifo Geschäftserwartungen



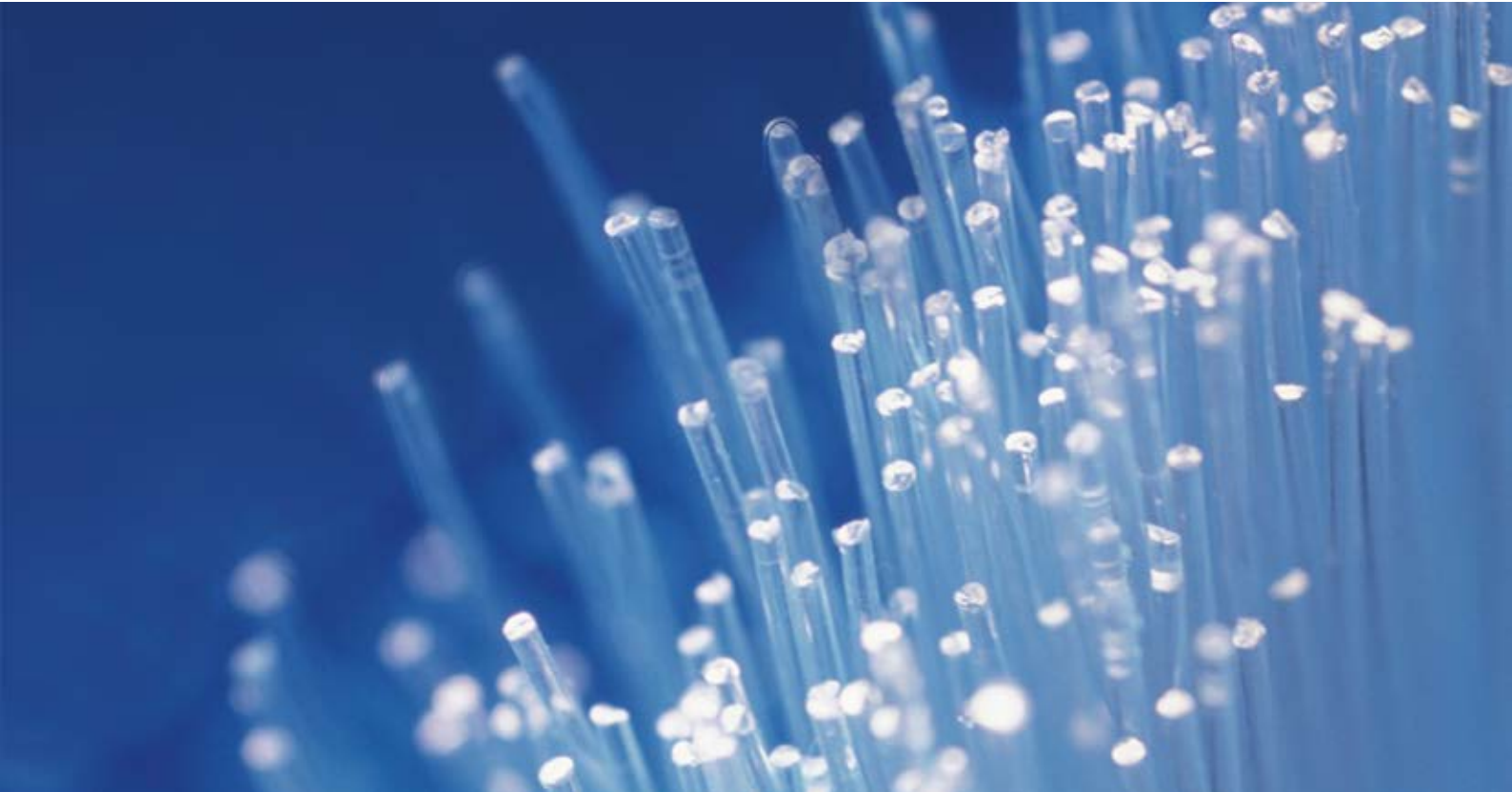
\* zentrierte gleitende 3-Monatsdurchschnitte bzw. Quartale, saisonbereinigt, Veränderungen gegenüber Vorperiode in v. H. bzw. Salden bei ifo

Quellen: StBA, BBk, ifo Institut

# Der Jahreswirtschaftsbericht 2015

## Investieren in Deutschlands und Europas Zukunft

Das Bundeskabinett hat am 28. Januar 2015 den Jahreswirtschaftsbericht 2015 der Bundesregierung beschlossen. Sie erwartet für das Jahr 2015 im Jahresdurchschnitt einen Anstieg des Bruttoinlandsprodukts von 1,5 Prozent. Unter dem Titel „Investieren in Deutschlands und Europas Zukunft“ zeigt die Bundesregierung auf, was es braucht, um auch weiterhin die Grundlagen für höhere Wettbewerbsfähigkeit, dauerhaften Wohlstand und bessere Lebensqualität für die Menschen in Deutschland und Europa zu erhalten; Innovationen und Investitionen in die Zukunftsfähigkeit sind hier von zentraler Bedeutung. Die Bundesregierung hat sich daher zum Ziel gesetzt, private und öffentliche Investitionen in Deutschland und Europa zu stärken.



Das Bundeskabinett hat am 28. Januar 2015 den Jahreswirtschaftsbericht 2015 der Bundesregierung beschlossen. Er trägt den Titel „Investieren in Deutschlands und Europas Zukunft“.

Die deutsche Wirtschaft steht vor den Herausforderungen eines beschleunigten technologischen Wandels und einer alternden Gesellschaft. Innovationen und Investitionen in die Zukunftsfähigkeit sind für Deutschland und auch für Europa daher von zentraler Bedeutung. Hier setzt die Bundesregierung klare Prioritäten: Sie stärkt die öffentlichen Ausgaben für Bildung, Forschung, Energieeffizienz und Infrastruktur und verbessert die Rahmenbedingungen für Private. Sie begleitet die deutsche Wirtschaft, insbesondere auch die Industrie und den Mittelstand, beim digitalen Wandel. Sie setzt die begonnene Energiewende erfolgreich und kosteneffizient fort und gewährleistet Investitionssicherheit durch klare Rahmenbedingungen. Sie investiert

mehr in Bildung und stärkt die Arbeitsmarktintegration. Eine nachhaltige Finanzpolitik und ein ausgeglichener Bundeshaushalt legen dafür die Basis. Die Soziale Marktwirtschaft ist und bleibt dabei die Richtschnur der Wirtschaftspolitik. Es gilt, sie im Dialog mit allen Bürgerinnen und Bürgern weiterzuentwickeln.

### Bruttoinlandsprodukt wächst 2015 um 1,5 Prozent

Das Wirtschaftswachstum hatte sich im Verlauf des vergangenen Jahres nach einem starken ersten Quartal deutlich abgeschwächt. Insbesondere die Investitionsdynamik in den Unternehmen blieb vor dem Hintergrund einer enttäuschenden weltwirtschaftlichen Entwicklung und der Verunsicherung durch erhöhte geopolitische Risiken hinter den Erwartungen zurück. In den letzten Monaten des Jah-

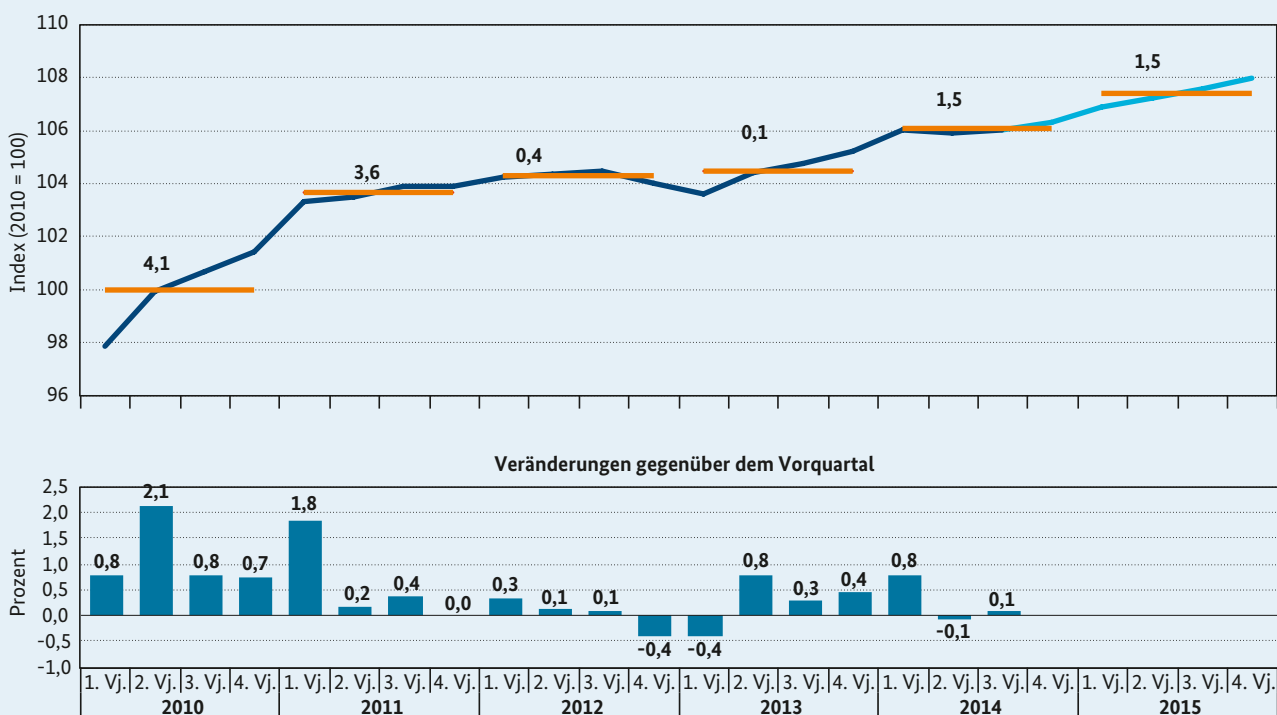
res 2014 setzte jedoch eine Erholung ein, getrieben von einem starken Arbeitsmarkt und starkem Konsum. Die Erholung zeigt sich auch in einer verbesserten Stimmung der Unternehmen. Diese Entwicklung dürfte sich im Jahr 2015 fortsetzen. Sie wird getragen von einem höheren weltwirtschaftlichen Wachstum und einer Erholung der Investitionstätigkeit. Für das konjunktursensible Verarbeitende Gewerbe lassen Indikatoren wie Auftragseingänge eine moderate Ausweitung erwarten. Die Dienstleistungen dürften ihren weniger konjunkturabhängigen Aufwärtstrend der Vergangenheit fortsetzen.

Für das Jahr 2015 erwartet die Bundesregierung im Jahresdurchschnitt einen Anstieg des Bruttoinlandsprodukts von 1,5 Prozent (Abbildung 1). Diese jahresdurchschnittliche Zuwachsrate des Bruttoinlandsprodukts unterzeichnet allerdings die konjunkturelle Dynamik. Im Verlauf, das heißt von Schlussquartal zu Schlussquartal, wächst die deutsche Wirtschaft im Jahr 2015 mit 1,5 Prozent kräftiger als im Vorjahr. Die wirtschaftliche Aktivität dürfte damit leicht stärker zunehmen als das Potenzialwachstum. Die binnenwirtschaftliche Dynamik wird vor allem durch die

kräftigen Einkommenssteigerungen und den anhaltenden Beschäftigungsaufbau getragen. Die positive Lohn- und Beschäftigungsentwicklung erhöht die verfügbaren Einkommen der privaten Haushalte. Wirtschaftspolitische Maßnahmen wie der Mindestlohn sowie die Anhebung und Ausweitung der Rentenleistungen stützen die verfügbaren Einkommen zusätzlich.

Das außenwirtschaftliche Umfeld ist aufgrund geopolitischer Spannungen und des anhaltend schwachen Wachstums im Euroraum weiterhin schwierig. Der gesunkene Ölpreis sollte für Wachstumsimpulse sorgen. Insgesamt ist eine moderate Erhöhung der Exporte zu erwarten. Hierdurch hellt sich das Investitionsklima in der exportorientierten deutschen Wirtschaft langsam auf. Auf der anderen Seite stimuliert die robuste binnenwirtschaftliche Entwicklung auch die Nachfrage nach Importen. Der rechnerische Wachstumsbeitrag des Außenhandels wird leicht positiv sein (Übersicht 1). Der deutsche Leistungsbilanzüberschuss wird aufgrund der rückläufigen Rohölpreise in diesem Jahr höher ausfallen als im vergangenen Jahr.

**Abbildung 1: Entwicklung des Bruttoinlandsprodukts in Deutschland (preisbereinigt)**



Linie dunkelblau: Verlauf vierteljährlich, in Preisen des Vorjahres, saison- und kalenderbereinigt  
 Linien orange: Jahresdurchschnitte, in Preisen des Vorjahres; Veränderungen gegenüber Vorjahr in Prozent  
 Balken blau: Veränderungen in Prozent, saison- und kalenderbereinigt

Quelle: Statistisches Bundesamt für die Entwicklung des Bruttoinlandsprodukts bis 3. Quartal 2014; eigene Berechnungen

**Übersicht 1: Ausgewählte Eckwerte der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung in der Bundesrepublik Deutschland<sup>1</sup>**

	2013	2014	Jahresprojektion 2015
Veränderung gegenüber Vorjahr in Prozent, soweit nicht anders angegeben			
<b>ENTSTEHUNG des Bruttoinlandsprodukts (BIP)</b>			
BIP (preisbereinigt)	0,1	1,5	1,5
Erwerbstätige (im Inland)	0,6	0,9	0,4
Arbeitslosenquote in Prozent (Abgrenzung der BA) <sup>2</sup>	6,9	6,7	6,6
<b>Verwendung des BIP preisbereinigt (real)</b>			
Private Haushalte und private Organisationen ohne Erwerbszweck	0,8	1,1	1,6
Ausrüstungen	-2,4	3,7	1,9
Bauten	-0,1	3,4	2,2
Inlandsnachfrage	0,7	1,2	1,6
Exporte	1,6	3,7	3,6
Importe	3,1	3,3	4,1
Außenbeitrag (Impuls) <sup>3</sup>	-0,5	0,4	0,1
Bruttolöhne und -gehälter je Arbeitnehmer	2,1	2,7	3,2

1 Bis 2014 vorläufige Ergebnisse des Statistischen Bundesamtes; Stand: Januar 2015.

2 Bezogen auf alle Erwerbspersonen.

3 Absolute Veränderung der Vorräte bzw. des Außenbeitrags in Prozent des BIP des Vorjahres (= Beitrag zur Zuwachsrate des BIP).

Im vergangenen Jahr nahm die Erwerbstätigkeit trotz des schwierigen Umfelds in nahezu allen Wirtschaftszweigen um insgesamt 371.000 Personen zu und stützte damit die wirtschaftliche Aktivität. Mit 42,7 Millionen Erwerbstätigen wurde zum achten Mal in Folge ein neuer Beschäftigungsrekord erreicht. Die registrierte Arbeitslosigkeit dürfte im Durchschnitt dieses Jahres um 40.000 Personen abnehmen. Diese positive Entwicklung setzt sich 2015 fort. Die Erwerbstätigkeit steigt um weitere 170.000 Personen auf jahresdurchschnittlich 42,8 Millionen Erwerbstätige. Bei den neu entstandenen Stellen handelt es sich überwiegend um unbefristete Normalarbeitsverhältnisse.

### Investitionen stärken heißt Wachstum stärken

Die deutsche Wirtschaft steht vor den Herausforderungen eines beschleunigten technologischen Wandels und einer alternden Gesellschaft. Innovationen und Investitionen in die Zukunftsfähigkeit sind für Deutschland daher von zentraler Bedeutung. Die seit längerem verhaltene Investitionsentwicklung in bestimmten Bereichen – etwa Breitband, Verkehr und kommunale Infrastruktur – erfordert es, öffentliche Investitionen zu stärken und die Rahmenbedingungen für private Investitionen zu verbessern, insbesondere durch den Abbau bestehender Investitionshemmnisse.

Aus Sicht der Bundesregierung sind in den kommenden Jahren erhebliche Anstrengungen auf dem Gebiet der

öffentlichen Investitionen erforderlich. In den Jahren 2014 bis 2017 stellt sie bereits insgesamt 5 Milliarden Euro zusätzlich für den Erhalt und Ausbau der Verkehrsinfrastruktur des Bundes zur Verfügung. Von 2016 bis 2018 wird sie erhebliche zusätzliche Mittel in Höhe von 10 Milliarden Euro für öffentliche Investitionen, insbesondere in Infrastruktur und Energieeffizienz, vorsehen.

Um Deutschland auf dem Gebiet der Innovationen weiter voranzubringen, hat die Bundesregierung im September 2014 die neue Hightech-Strategie verabschiedet. Diese Strategie bündelt vielfältige Maßnahmen und zeigt wirtschaftliche und gesellschaftliche Chancen von Innovationen auf. Mit dem digitalen Wandel und der damit verbundenen zunehmenden internationalen Vernetzung verändern sich die Bedingungen in fast allen Bereichen des gesellschaftlichen Lebens. Auch für die Wirtschaft bietet die Digitalisierung neue Gestaltungsspielräume für Innovationen und neue Geschäftsmodelle. Die Bundesregierung hat vor diesem Hintergrund eine umfassende Digitale Agenda 2014 – 2017 beschlossen, die sie gemeinsam mit Wirtschaft, Wissenschaft, Tarifpartnern und Zivilgesellschaft weiterentwickeln und in einem kontinuierlichen Prozess umsetzen wird.

Wenn Unternehmen von Bürokratie entlastet werden, bleibt ihnen mehr Spielraum für Wertschöpfung, Beschäftigung und Innovationen. Die Bundesregierung hat am 11. Dezember 2014 Eckpunkte zur weiteren Entlastung der mittelständischen Wirtschaft von Bürokratie beschlossen.

Die Eckpunkte enthalten 21 Maßnahmen, u. a. zum Steuer- und Bilanzrecht, zur Entlastung von Start-ups und jungen Gründern sowie zur Reduzierung von Statistik- und Informationspflichten. Insbesondere wird die Bundesregierung spätestens zum 30. Juni 2015 das Prinzip des ‚One-in, one-out‘ einführen, damit künftig in gleichem Maße Belastungen abgebaut werden, wie durch neue Regelungsvorhaben zusätzliche Belastungen entstehen.

### Öffentliche Haushalte im Zeichen der Nachhaltigkeit

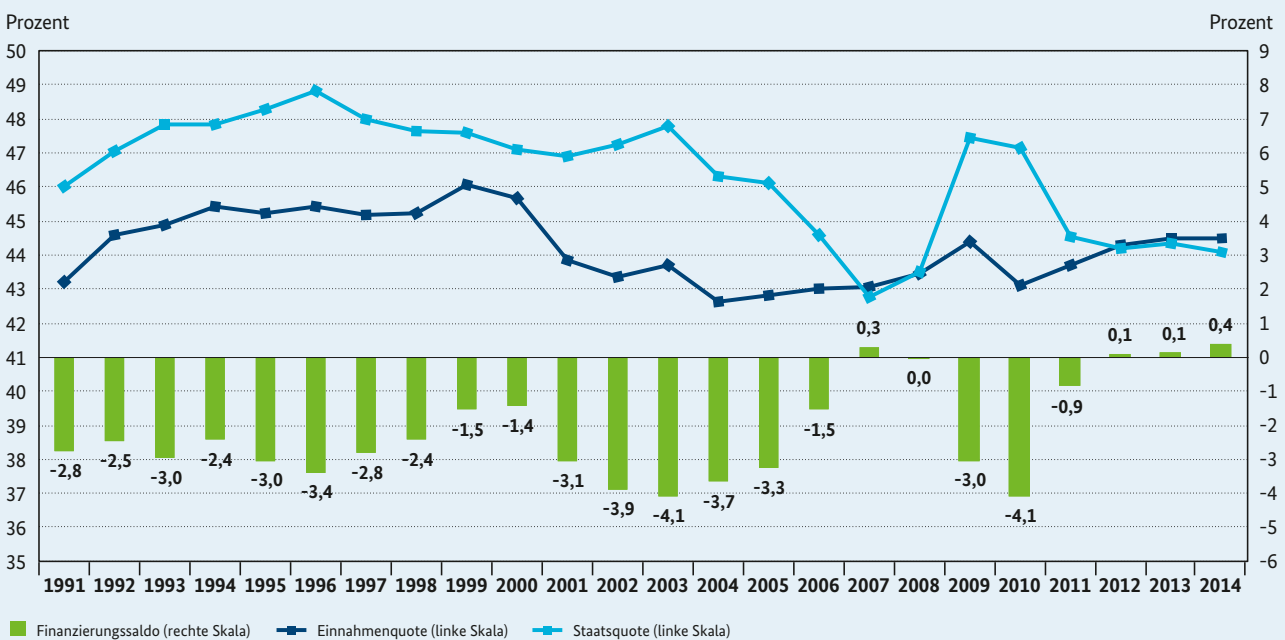
Der erfolgreiche Konsolidierungskurs schafft wichtige Voraussetzungen für Wachstum, Beschäftigung sowie für Investitionen und Innovationen. Der nominelle Haushaltsausgleich ohne Nettokreditaufnahme wurde bereits 2014 und somit ein Jahr früher als geplant erreicht. Die solide und wachstumsorientierte Finanzpolitik der Bundesregierung kommt auch in ihrer Finanzplanung zum Ausdruck, in der die Haushaltsplanung für die nächsten Jahre ohne Neuverschuldung fortgeschrieben wird.

Der gesamtstaatliche Finanzierungssaldo 2014 betrug 0,4 Prozent des Bruttoinlandsprodukts; auch strukturell lag der Saldo im Überschuss (Abbildung 2). Im laufenden Jahr wird der Staatshaushalt annähernd ausgeglichen sein. Die europäischen Defizitgrenzen wurden und werden damit eingehalten. Die Schuldenstandsquote konnte kontinuierlich zurückgeführt werden, von 79 Prozent im Jahr 2012 auf voraussichtlich 74 Prozent im Jahr 2014.

Mit Ablauf des 31. Dezember 2019 treten die Regelungen zum bundesstaatlichen Finanzausgleich außer Kraft. Deshalb ist es erforderlich, die Bund-Länder-Finanzbeziehungen insgesamt neu zu ordnen. Ziel der Bundesregierung ist es, noch in dieser Legislaturperiode zu einem Ergebnis zu kommen, das den Interessen des Bundes und der Länder gerecht wird und den Föderalismus insgesamt stärkt.

Die Bundesregierung entlastet Länder und Kommunen unter anderem in den Bereichen Kinderbetreuung, Schulen und Hochschulen, Zuwanderung und Städtebau in dieser Legislaturperiode um insgesamt rund 10 Milliarden Euro und stärkt so die Investitionsspielräume von Gemeinden

Abbildung 2: Ausgaben, Einnahmen und Maastricht-Finanzierungssaldo des Staates (in Prozent des BIP)



1995: Ohne die Vermögenstransfers infolge der Übernahme der Schulden der Treuhandanstalt und der Wohnungsbaunehmen der DDR. Inklusiv dieses Effekts belief sich das gesamtstaatliche Defizit auf 9,3% des BIP.  
 2000: Ohne UMTS-Erlöse. Inklusiv dieses Effekts wies der Staatshaushalt einen Überschuss in Höhe von 1,0% des BIP auf.





und Ländern. Darüber hinaus sollen die Kommunen im Rahmen der Verabschiedung des Bundesteilhabegesetzes im Umfang von 5 Milliarden Euro jährlich von der Eingliederungshilfe entlastet werden. Bund und Länder haben im Bildungs- und Wissenschaftsbereich ihre nach dem Grundgesetz eröffneten Kooperationsmöglichkeiten erweitert. Der Bund stellt zusätzlich 3 Milliarden Euro für die Forschung zur Verfügung.

Die Bundesregierung strebt an, eine mittelstandsfreundlich ausgestaltete Erbschaft- und Schenkungsteuer zu erhalten, die Grundsteuer zu modernisieren sowie die kalte Progression zu mildern. Von hoher Bedeutung ist zudem der Kampf gegen grenzüberschreitende Gewinnverlagerungen international operierender Unternehmen, in dem sich die Bundesregierung zusammen mit ihren G20-Partnern engagiert. Wer gut ausgebaute öffentliche Infrastrukturen nutzen möchte, darf sich nicht durch Steuerflucht oder -vermeidung seiner Verantwortung für das Gemeinwesen entziehen.

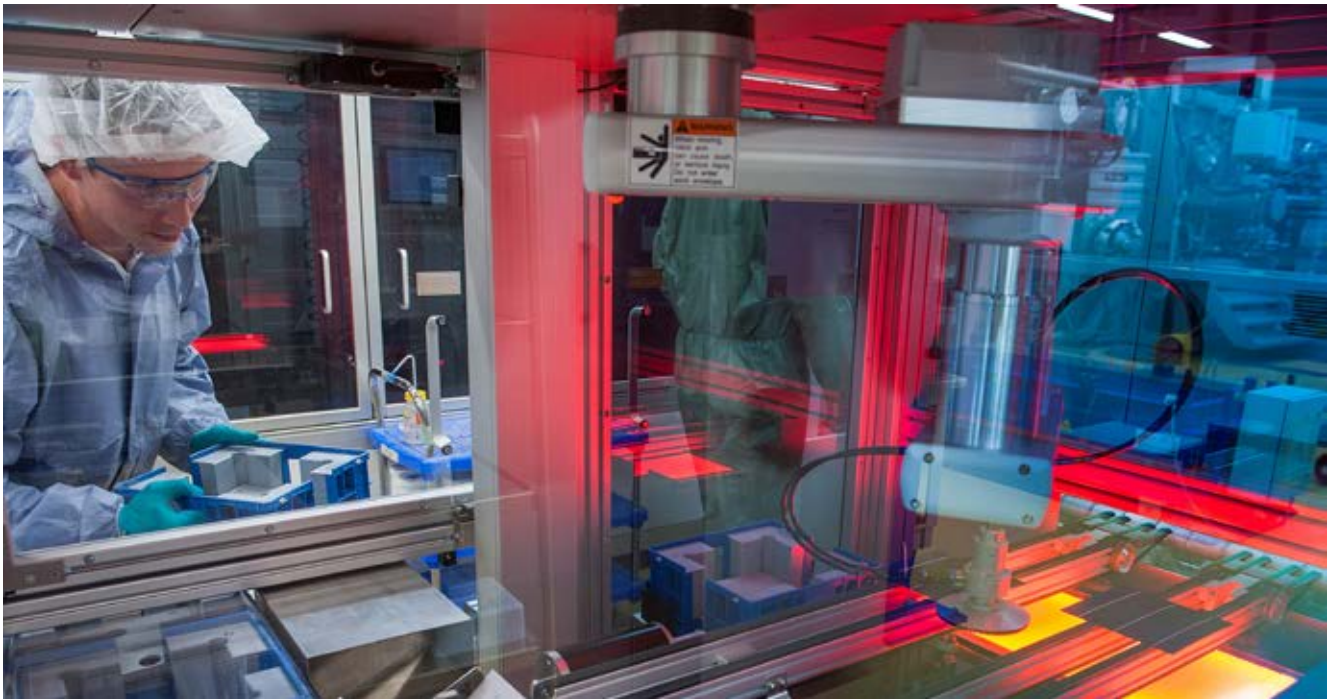
### **Mit Teilhabe und sozialem Zusammenhalt die Wachstumschancen verbessern**

Möglichst viele Arbeitnehmer sollen von der guten Arbeitsmarktsituation profitieren können. Seit dem 1. Januar 2015 gilt in Deutschland ein allgemeiner gesetzlicher Mindestlohn von brutto 8,50 Euro je Zeitstunde. Mit dem Tarifeinheitsgesetz sollen Tarifkollisionen aufgelöst werden.

Gelingt es den Tarifvertragsparteien nicht, Zuständigkeitskonflikte eigenständig zu lösen, kommt der Tarifvertrag zur Anwendung, dessen Gewerkschaft im Betrieb die meisten Mitglieder hat. Rechtswidrigen Vertragskonstruktionen bei Arbeitnehmerüberlassung oder bei Arbeit auf der Basis von Werkverträgen wird die Bundesregierung effektiv begegnen. Die weitere Bekämpfung der Langzeitarbeitslosigkeit – auch durch Prävention – ist darüber hinaus ein Schwerpunkt der Arbeitsmarktpolitik der Bundesregierung. Denn von der guten Arbeitsmarktentwicklung haben Langzeitarbeitslose zuletzt nur unterdurchschnittlich profitiert.

Für eine angemessene Teilhabe am sozialen Leben sind bezahlbare Mieten und lebenswerte Wohnräume eine wichtige Voraussetzung. Die Mietpreisbremse soll einen unangemessenen Anstieg bei den Wiedervermietungs-mieten, insbesondere in Groß- und Universitätsstädten, eindämmen. Die Bundesregierung beabsichtigt, zum 1. Januar 2016 das Wohngeld zu erhöhen, um Haushalte mit niedrigem Einkommen bei den Wohnkosten zu entlasten.

Dank der weiterhin günstigen Finanzentwicklung in der Rentenversicherung konnte der Beitragssatz zum 1. Januar 2015 auf 18,7 Prozent gesenkt werden und bleibt nach den Vorausberechnungen bis zum Jahr 2018 konstant auf diesem Niveau. Nicht zuletzt aufgrund des zunehmenden Fachkräftebedarfs soll es künftig für Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer rentenrechtlich attraktiver sein, bei guter Gesundheit möglichst lange im Erwerbsleben zu bleiben.



In der gesetzlichen Krankenversicherung werden Innovationen durch die Errichtung eines Innovationsfonds gestärkt und die Qualität der Versorgung weiter verbessert. Zugleich wurden die Leistungen für Pflegebedürftige und ihre Angehörigen deutlich ausgeweitet.

Ziel der Bundesregierung ist es, zum einen das inländische Fachkräftepotenzial zu stärken und zu aktivieren und zum anderen Deutschland attraktiver für internationale Fachkräfte zu machen. U. a. hat die Bundesregierung gemeinsam mit der Wirtschaft, den Gewerkschaften, der Bundesagentur für Arbeit und den Ländern eine Allianz für Aus- und Weiterbildung vereinbart. Sie hat zudem die Fachkräfte-Offensive, eine Informations- und Mobilisierungskampagne im Rahmen des Fachkräftekonzepts, weiterentwickelt und neue Schwerpunkte gesetzt.

### **Die Energiewende zum ökologischen und ökonomischen Erfolg führen**

Die Energiewende ist ein Generationenprojekt, das nicht weniger als eine umfassende Umgestaltung der deutschen Energieversorgung bis zum Jahr 2050 bedeutet. Um die ambitionierten Ziele zu erreichen und Deutschland gleichzeitig als wettbewerbsfähigen Wirtschaftsstandort zu erhalten, muss die Energiewende nicht nur ökologisch, sondern auch ökonomisch zum Erfolg werden. Dies gelingt, wenn sie zu einem Investitions- und Modernisierungsmotor für

eine innovative Wirtschaft wird und zu Wachstum und Beschäftigung beiträgt. Leitschnur für die weitere Umsetzung der Energiewende ist dabei das „energiepolitische Dreieck“ einer sicheren, bezahlbaren und umweltverträglichen Energieversorgung. Mit der Reform des Erneuerbare-Energien-Gesetzes (EEG) hat die Bundesregierung den weiteren Ausbau der erneuerbaren Energien auf eine tragfähige Grundlage gestellt. Die weiteren zentralen Vorhaben dieser Legislaturperiode wurden in einer 10-Punkte-Energie-Agenda gebündelt und zeitlich und inhaltlich so aufeinander abgestimmt, dass die Energiewende planvoll und effizient vorangebracht werden kann. Um verschiedene Optionen für die künftige Gestaltung des Strommarkts zu prüfen, wurde Ende Oktober 2014 das Grünbuch „Ein Strommarkt für die Energiewende“ veröffentlicht und bis Anfang März 2015 zur öffentlichen Diskussion gestellt.

Der im Dezember 2014 beschlossene Nationale Aktionsplan Energieeffizienz beschreibt die Effizienzstrategie der Bundesregierung für diese Legislaturperiode. Die Energieeffizienzstrategie Gebäude, die die Bundesregierung in diesem Jahr erarbeitet, soll wesentlich dazu beitragen, bis 2050 einen nahezu klimaneutralen Gebäudebestand in Deutschland zu erreichen. Mit dem Aktionsprogramm Klimaschutz 2020 hat die Bundesregierung zusätzliche Maßnahmen beschlossen, um die Treibhausgasemissionen in Deutschland bis 2020 um mindestens 40 Prozent gegenüber 1990 zu reduzieren. Das Netzausbaubeschleunigungsgesetz und das Bundesbedarfsplangesetz bilden den Rahmen für einen

planvollen und beschleunigten Ausbau der Übertragungsnetze. Auch die Verteilernetze sollen für die Energiewende fit gemacht und die Rahmenbedingungen investitionsfreundlicher ausgestaltet werden. Für den Einsatz intelligenter Messsysteme und Zähler ist ein Verordnungspaket in Vorbereitung.

Die Bundesregierung setzt sich auch auf europäischer und internationaler Ebene und insbesondere im Rahmen ihrer G7-Präsidentschaft für eine ehrgeizige Klima- und Energiepolitik ein. Sie engagiert sich für den Abschluss eines ambitionierten und verbindlichen Klimaschutzabkommens bei der Klima-Vertragsstaatenkonferenz Ende 2015.

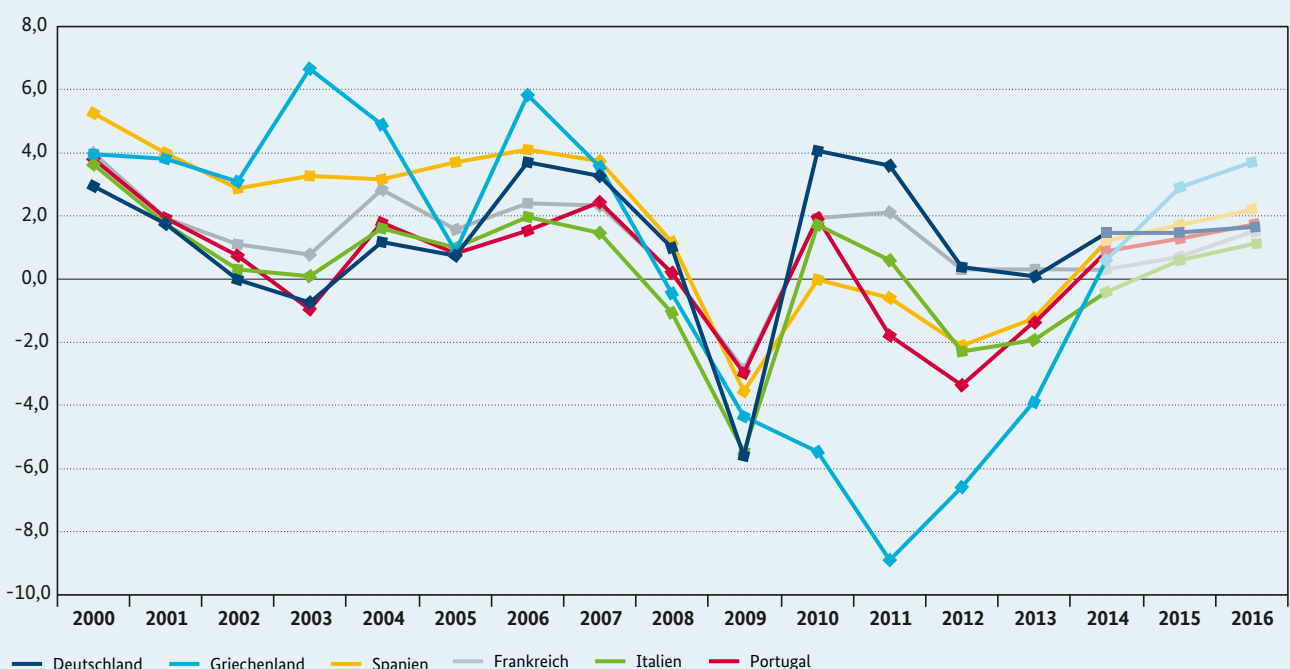
## Die Grundlagen für Wachstum in Europa stärken

Eine nachhaltige wirtschaftliche Entwicklung in Europa ist eine entscheidende Voraussetzung für Wachstum und Beschäftigung in Deutschland. Ein nachhaltiges, ausgewogenes Wirtschaftswachstum, das allen Bürgern Chancen auf wirtschaftliche und gesellschaftliche Teilhabe eröffnet, kann auch die soziale Lage der Menschen in der Europäischen Union verbessern und dauerhaft absichern. Um das Wachstumspotenzial Europas nachhaltig zu verbessern,

setzt die Bundesregierung auf einen Dreiklang aus beschleunigten Investitionen, ehrgeizigen Strukturreformen und wachstumsfreundlicher Konsolidierung. Dies erfordert zum einen nationale Anstrengungen der Mitgliedstaaten, zum anderen aber auch ein gemeinsames Voranschreiten auf europäischer Ebene. Die wirtschaftliche Belebung im Euroraum ist bislang verhalten und heterogen; viele Mitgliedstaaten stehen weiterhin vor großen Herausforderungen (Abbildung 3).

Die Bundesregierung begrüßt vor diesem Hintergrund die Investitionsinitiative der Europäischen Kommission. Neben Investitionen in wichtigen Bereichen, wie Energie und digitale Infrastruktur, muss aus Sicht der Bundesregierung vor allem das Umfeld für private Investitionen – die den Hauptteil der Investitionstätigkeit ausmachen – in allen Mitgliedstaaten der EU dauerhaft verbessert werden. Dazu sollen in den Mitgliedstaaten Wachstums- und Investitionshemmnisse identifiziert und entsprechende Maßnahmen ergriffen werden. Ergänzend dazu müssen Mittel aus dem neuen Europäischen Fonds für strategische Investitionen (EFSI), dem EU-Haushalt sowie der Europäischen Investitionsbank bestmöglich eingesetzt werden, um kritischen Wachstums- und Investitionsengpässen entgegenzuwirken.

Abbildung 3: Wirtschaftsentwicklung ausgewählter Euroländer (Veränderung BIP zum Vorjahr in Prozent)



Quellen: Macrobond, Eurostat; Prognose für 2014, 2015, 2016: Herbstprojektion der EU-Kommission, für Deutschland Jahresprojektion 2015

Die Bundesregierung setzt sich auch weiterhin für eine engere und verbindliche wirtschaftspolitische Koordinierung in Europa ein. Gleichzeitig müssen die bestehenden Verfahren zur besseren finanz-, wirtschafts- und beschäftigungspolitischen Koordinierung und zur Vermeidung von zukünftigen Krisen konsequent angewandt und gestärkt werden. Die Fortentwicklung des Binnenmarktes für Banken und die Bankenunion leisten wesentliche Beiträge, um die Stabilität des Bankensystems und damit der gesamten Währungsunion zu verbessern.

Stabile, funktionsfähige Finanzmärkte ermöglichen eine effiziente Finanzierung der Unternehmen und eine risikogerechte Rendite für Anleger. Die Bundesregierung, die EU und die G20-Staaten haben daher seit Beginn der Finanzkrise eine Vielzahl von regulatorischen Maßnahmen auf den Weg gebracht, um das Finanzsystem stabiler zu machen. Die Bundesregierung hat zugleich darauf geachtet und wird auch künftig daran arbeiten, dass die konsequente Bankenregulierung und Bankenaufsicht möglichst nicht zu Ausweichbewegungen in das so genannte Schattenbankensystem führen.

### **Internationale Wirtschaftsbeziehungen verantwortungsvoll gestalten**

Eine erfolgreiche Integration in die weltwirtschaftliche Arbeitsteilung ist für die offene deutsche Volkswirtschaft essenziell, damit Wohlstand, Wachstum und Beschäftigung sich erfolgreich und nachhaltig entwickeln können. Die Bundesregierung setzt sich daher dafür ein, die internationalen Wirtschaftsbeziehungen weiter zu verbessern.

Die G7 trägt besondere Verantwortung für verlässliche und nachhaltige Bedingungen der Weltwirtschaft. Deutschland hat im Juni 2014 die G7-Präsidentschaft übernommen; der G7-Gipfel findet am 7./8. Juni 2015 auf Schloss Elmau statt. Einen besonderen Fokus wird die Bundesregierung auf solche Aspekte legen, die von globaler Dringlichkeit und für die Lebensqualität der Menschen von zentraler Bedeutung sind.



Die Bundesregierung unterstützt die konsequente Umsetzung des Bali-Abkommens der Welthandelsorganisation (WTO). Sie setzt sich gleichermaßen für Freihandelsabkommen ein, um die Marktzugangsmöglichkeiten für deutsche und europäische Unternehmen in wichtigen Drittstaaten zu verbessern. Die Verhandlungen über eine transatlantische Handels- und Investitionspartnerschaft (TTIP) zwischen der EU und den USA haben im Jahr 2013 begonnen. Die Bundesregierung setzt sich für ihren Abschluss bis Ende 2015 ein. Ziel ist es, die Märkte auf beiden Seiten des Atlantiks stärker zu öffnen und damit zu Wachstum und mehr Beschäftigung beizutragen. Der Entwurf für das umfassende Wirtschafts- und Handelsabkommen zwischen der EU und Kanada (CETA) wird momentan auf rechtliche Konsistenz geprüft und übersetzt. Die Bundesregierung möchte den Prozess zu einem guten Abschluss führen. Bei einzelnen Aspekten des Investitionsschutzes besteht allerdings noch Nachbesserungsbedarf.

Kontakt: Dr. Astrid Klesse

Referat: Grundsatzfragen der Wirtschaftspolitik

## Effekt der kalten Progression: Eine wirtschaftspolitische Analyse

Die Bundesregierung hat am 28. Januar erstmalig einen Bericht über die Wirkung der kalten Progression vorgelegt und hierin die Mehrbelastung für den Steuerzahler ermittelt. Von kalter Progression spricht man, wenn Einkommenserhöhungen, die lediglich die Inflation ausgleichen, zu einem Anstieg der durchschnittlichen Steuerbelastung führen. Dieser Effekt läuft dem steuerlichen Leistungsfähigkeitsprinzip entgegen und belastet verstärkt untere und mittlere Einkommensbereiche. Von einer Anpassung des Tarifverlaufs zum Abbau der kalten Progression könnten auch positive Impulse für Konsum und Investitionen in Deutschland ausgehen. Allerdings müssen für eine Reform auch die fiskalpolitischen Rahmenbedingungen stimmen.



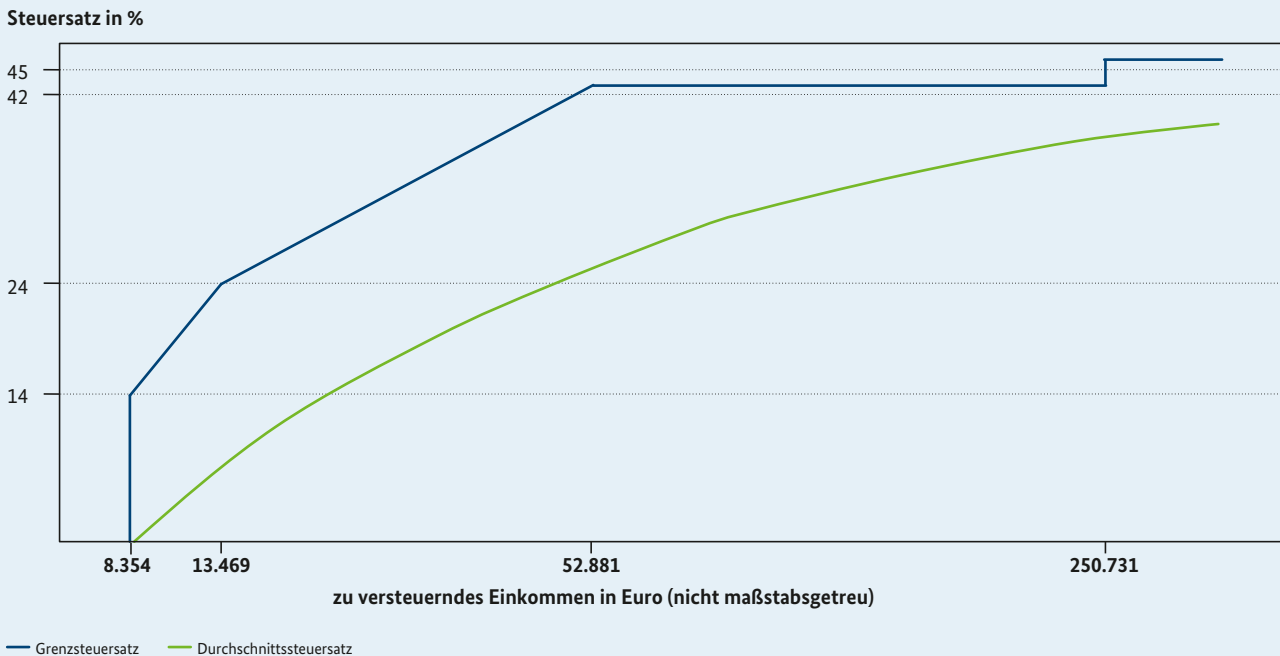
Einkommen wird im deutschen Steuerrecht progressiv besteuert. Mit zunehmender Bemessungsgrundlage steigt nicht nur die absolute steuerliche Belastung, sondern auch der Durchschnittssteuersatz. Die zugrunde liegende Steuerfunktion wird in § 32a des Einkommensteuergesetzes definiert, indem verschiedenen Einkommensbereichen Grenzsteuersätze zugewiesen werden. Abbildung 1 zeigt den Verlauf der Funktion für den Grenzsteuersatz sowie den hieraus abgeleiteten Durchschnittssteuersatz.

### Grenzsteuersatz und Durchschnittssteuersatz

Der **Grenzsteuersatz** gibt die Höhe der steuerlichen Belastung für zusätzliches Einkommen an. Ein Grenzsteuersatz von z. B. 14 Prozent bedeutet, dass der Anstieg der Steuerbemessungsgrundlage um einen Euro zu einer zusätzlichen Steuerbelastung von 14 Cent führt.

Aus dem Grenzsteuersatz lässt sich der **Durchschnittssteuersatz** ableiten. Er gibt das prozentuale Verhältnis zwischen Steuerbetrag und dem zu versteuernden Einkommen, der Bemessungsgrundlage, an. Ein Durchschnittssteuersatz von 25 Prozent bedeutet, dass von einem zu versteuernden Einkommen in Höhe von 50.000 Euro 12.500 Euro Steuern anfallen.

Abbildung 1: Grenz- und Durchschnittssteuersatz im Tarifverlauf der Einkommensteuer

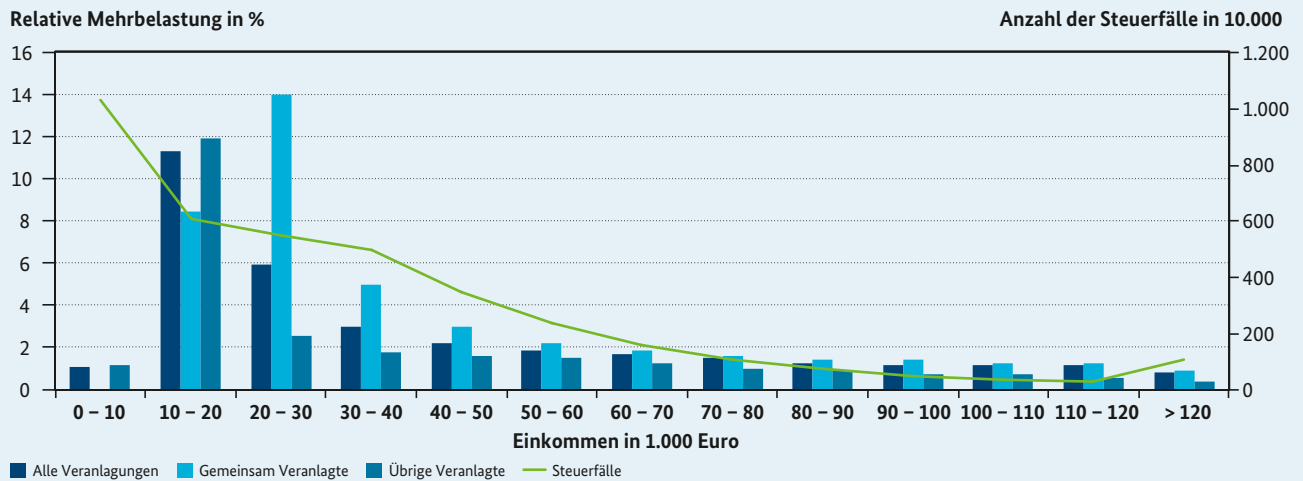


Die Notwendigkeit eines progressiven Tarifverlaufs der Einkommensteuer leitet sich aus Art. 3 Abs. 1 Grundgesetz – dem so genannten Gleichheitssatz – ab. Hiernach ist bei der Besteuerung als Vergleichsmaßstab das Prinzip der Leistungsfähigkeit zugrunde zu legen. Die dem Einzelnen zugemutete Steuerbelastung soll demnach seiner individuellen Leistungsfähigkeit entsprechen. Der gewünschte Progressionseffekt ist damit letztendlich Ausdruck der herrschenden Gerechtigkeitsvorstellung im System der deutschen Einkommensteuer.

Der progressive Tarifverlauf kann bei Einkommenserhöhungen, die lediglich die Inflation ausgleichen, jedoch zu einer steuersystematisch nicht beabsichtigten, „verdeckten“ Steuererhöhung führen. Steigen das Preisniveau und das Einkommen eines Beschäftigten z. B. um jeweils zwei Prozent, so bleibt dessen reale Kaufkraft unverändert. Trotz der gleichbleibenden wirtschaftlichen Leistungsfähigkeit bewegt sich der Steuerzahler durch die Progression auf der Durchschnittssteuerkurve jedoch in einen höheren Steuersatz hinein. Dieser als „kalte Progression“ bezeichnete Effekt führt im Ergebnis dazu, dass dem Steuerzahler real ein geringeres Nettoeinkommen zur Verfügung steht.

### Effekt der kalten Progression läuft einer Besteuerung nach dem Prinzip der Leistungsfähigkeit entgegen

Die aus dem Effekt der kalten Progression resultierenden steuerlichen Mehrbelastungen verteilen sich nicht auf alle Steuerzahler gleich. Insbesondere bei Steuerpflichtigen im unteren Bereich des Tarifverlaufs wird ein Zuwachs des zu versteuernden Einkommens zum Ausgleich der Inflation aufgrund der starken Steigung der Besteuerungsfunktion vergleichsweise hoch besteuert. Einkommensbezieher in höheren Einkommensbereichen bewegen sich hingegen – insbesondere nach Erreichen des Spitzensteuersatzes von 42 Prozent – auf einem deutlich flacheren Abschnitt der Funktion. Bei ihnen führt eine Anhebung des zu versteuernden Einkommens in gleicher Höhe zu einem geringeren Anstieg des Durchschnittssteuersatzes. Da sich die dem Einzelnen zugemutete zusätzliche Steuerbelastung damit nicht an seiner individuellen Leistungsfähigkeit orientiert, kann der Effekt der kalten Progression im Widerspruch zum steuerlichen Leistungsprinzip gesehen werden.

**Abbildung 2: Relativer Entlastungseffekt für verschiedene Einkommensbereiche\***

\* Unterstellt wird ein Anstieg der Preise um 1,8 Prozent für das Jahr 2015 und 1,7 Prozent für das Jahr 2016.

Quelle: Eigene Darstellung, Daten RWI

Die unterschiedliche zusätzliche Belastung verschiedener Einkommensgruppen wird beim Blick auf die Verteilungseffekte der kalten Progression deutlich.<sup>1</sup> Abbildung 2 zeigt für unterschiedliche Klassen von Gesamteinkünften die relative Mehrbelastung durch den Effekt der kalten Progression in den Jahren 2015 und 2016 gegenüber dem Basisjahr 2014. Unterstellt wird ein Anstieg der Preise um 1,8 Prozent für das Jahr 2015 und 1,7 Prozent für das Jahr 2016. Die relative Mehrbelastung setzt die absolute steuerliche Mehrbelastung durch den Effekt der kalten Progression in Relation zur Steuerbelastung ohne kalte Progression. Unterschiedliche Arten der Veranlagung werden in der Abbildung aufgrund der teils erheblichen Belastungsunterschiede getrennt dargestellt.<sup>2</sup>

Es wird ersichtlich, dass die relative Mehrbelastung insbesondere für untere und mittlere Einkommensbereiche – mit Ausnahme der Gesamteinkünfte bis 10.000 Euro – besonders hoch ist. Vor allem im Bereich der Gesamteinkünfte zwischen 10.000 und 30.000 Euro kommt es zu erheblichen relativen Mehrbelastungen. Ursächlich hierfür ist vor allem die starke Steigung der Kurve für den Durchschnittssteuersatz in diesem Einkommensbereich. In der Spitze werden gemeinsam

Veranlagte im Bereich der Gesamteinkünfte von 20.000 bis 30.000 Euro durch den Effekt der kalten Progression um 14 Prozent zusätzlich belastet. Mit zunehmenden Einkünften nehmen die relativen Belastungseffekte dagegen kontinuierlich ab. Auf die besonders stark betroffenen Einkommensbereiche entfällt zahlenmäßig der größte Anteil der Steuerfälle.

### Anhebung des Grundfreibetrags ersetzt eine Reform des Tarifverlaufs nicht vollständig

Um einen Ausgleich für die Mehrbelastung durch „verdeckte“ Steuererhöhungen zu schaffen, bedarf es einer Anpassung des Tarifverlaufs der Einkommensteuer. Die letzte grundlegende Reform des Einkommensteuertarifs ist im Jahr 2010 erfolgt. Zuletzt wurde lediglich der von der Besteuerung ausgenommene Grundfreibetrag, der in Abbildung 1 bei 8.354 Euro den Beginn des Tarifverlaufs markiert, in zwei Reformschritten angehoben: Zum 1. Januar 2013 erfolgte eine Erhöhung um 126 Euro auf 8.130 Euro, zum 1. Januar 2014 um weitere 224 Euro auf 8.354 Euro.

- 1 Vgl. RWI Position #60: Günstige Gelegenheit: Jetzt die kalte Progression abschaffen, Juli 2014. Den Berechnungen des RWI liegt ein Mikrosimulationsmodell zugrunde, das als Datengrundlage die Faktisch Anonymisierte Lohn- und Einkommensteuerstatistik (FAST) aus dem Veranlagungsjahr 2007 nutzt und für die Abbildung des aktuellen Randes sowohl die Einkünfte der Steuerpflichtigen nach Maßgabe der gesamtwirtschaftlichen Einkommensentwicklung fortschreibt, als auch die wichtigsten Steuerrechtsänderungen innerhalb des Simulationszeitraumes von 2007 bis 2014 berücksichtigt.
- 2 Unter die Kategorie der gemeinsam Veranlagten fallen Ehegatten im Rahmen der Zusammenveranlagung nach § 26 EStG. Übrige Veranlagte können Einzelveranlagte – als grundsätzliche Veranlagungsart des Einkommensteuerrechts – oder einzelveranlagte Ehegatten nach § 26a EStG sein.

Die Anpassung des steuerlichen Grundfreibetrags basiert dabei auf dem von der Bundesregierung alle zwei Jahre vorgelegten Existenzminimumbericht. Hierin wird u. a. untersucht, wie sich die Preise für Ernährung, Kleidung, Hausrat oder die Mieten entwickelt haben. Der am 28. Januar 2015 vorgelegte Existenzminimumbericht der Bundesregierung kommt zu dem Ergebnis, dass eine Anhebung des Grundfreibetrags für Erwachsene zum 1. Januar 2015 um mindestens 118 Euro auf 8.472 Euro und zum 1. Januar 2016 um weitere 180 Euro auf dann 8.652 Euro erforderlich ist.

Eine alleinige Anhebung des steuerlichen Grundfreibetrags entlastet zwar Steuerzahler über den gesamten Tarifverlauf. Sie gleicht jedoch die Auswirkungen der kalten Progression nicht vollständig aus und kann sogar zu einem wirtschaftspolitisch unerwünschten Effekt führen. Durch eine Anhebung des Grundfreibetrags ohne zugleich auch die weiteren Eckpunkte des Tarifverlaufs bei derzeit 13.469 Euro und 52.881 Euro zu verschieben, kommt es zu einer Stauchung des Tarifverlaufs. Die zunehmende Steigung hat zur Folge, dass Einkommenserhöhungen, die lediglich die Inflation ausgleichen, sogar den Effekt der kalten Progression verstärken. Da mit steigendem Einkommen für Steuerzahler in der Folge eine höhere Steuerbelastung als zuvor verbunden ist, können hiervon negative Leistungsanreize ausgehen.

Eine vollständige Kompensation der kalten Progression setzt daher voraus, dass bei einer Reform der Einkommensteuer neben dem Grundfreibetrag auch die weiteren Eckpunkte des Tarifverlaufs angepasst werden. Das Ausmaß der Verschiebung sollte sich dabei an der Höhe der dem

betrachteten Zeitraum zugrunde liegenden Preissteigerungsrate orientieren. Die Nettoeinkommensverluste der Steuerzahler bei gleichbleibendem Realeinkommen könnten so zielgenau ausgeglichen werden.

### Höhe der kalten Progression hängt wesentlich von der Inflationsrate ab

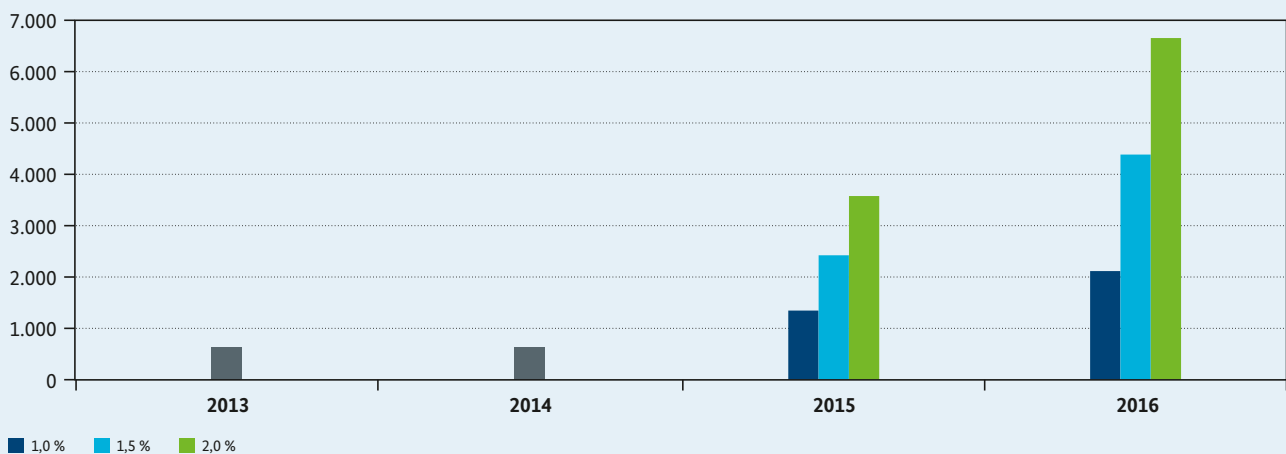
Eine in etwa konstante Durchschnittssteuerbelastung in den 1990er und 2000er Jahren zeigt, dass der Effekt der kalten Progression bis zum Jahr 2010 durch eine Reihe von Maßnahmen im Ergebnis ausgeglichen war. Für die Jahre nach 2010 ist für die Steuerzahler hingegen eine Mehrbelastung aufgelaufen. Laut den Berechnungen der Bundesregierung wachsen die Steuermehreinnahmen durch die kalte Progression allein vom Jahr 2013 bis zum Jahr 2016 – in Abhängigkeit der zukünftigen Inflationsrate – auf 2,1 Milliarden bis 6,7 Milliarden Euro an. Abbildung 3 zeigt die Verteilung der erwarteten kumulierten Steuermehreinnahmen für die Jahre 2013 bis 2016. Den Berechnungen für die einzelnen Jahre liegt kein festes Basisjahr, sondern jeweils das vorangegangene Jahr zugrunde.

### Im Fall einer Reform würden sich unterschiedliche Optionen anbieten

Eine Reform des Tarifverlaufs kann grundsätzlich auf unterschiedliche Arten vollzogen werden. Zum einen könnte der Grundfreibetrag auf Basis der Ergebnisse des Existenz-

Abbildung 3: Kumulierte Steuerbelastung durch die kalte Progression in Abhängigkeit der Inflationsrate

Mehrbelastung in Mio. Euro



Quelle: Eigene Darstellung, Daten BMF



minimumberichts der Bundesregierung angepasst werden. Zugleich müsste auch der Tarifverlauf an den Eckpunkten in Höhe der jeweils erwarteten Inflationsrate nach rechts verschoben werden. Alternativ wäre auch eine Anpassung des Tarifverlaufs in zwei Stufen denkbar. Zunächst würde der Grundfreibetrag angepasst und der erste Eckpunkt des Tarifverlaufs verschoben werden. In einem zweiten Schritt könnten, z. B. im Folgejahr, dann auch die weiteren Eckpunkte angepasst werden. Ein solches Vorgehen hätte aus fiskalpolitischer Perspektive den Vorteil, dass sich der Verzicht auf Steuermehreinnahmen auf zwei Stufen streckt. Zugleich würden die relativ betrachtet am stärksten belasteten unteren und mittleren Einkommensbereiche und auch der überwiegende Teil der Steuerzahler schon im ersten Schritt wirksam entlastet werden. Die verbleibenden Steuerzahler in höheren Einkommensbereichen würden zwar zunächst nicht vollständig für die Mehrbelastungen kompensiert werden, allerdings würde ihnen zusätzlich bereits frühzeitig eine klare Entlastungsperspektive aufgezeigt werden.

Im Rahmen der öffentlichen Diskussion des Effekts der kalten Progression wird oft eine automatische Kopplung des Tarifverlaufs im Einkommensteuergesetz an die Entwicklung der Verbraucherpreise vorgeschlagen. Ein solcher „Tarif auf Rädern“ wäre in Kombination mit einer regelmäßigen Anpassung der steuerlichen Abzugsbeträge geeignet, um das Phänomen der kalten Progression dauerhaft zu beseitigen. Allein Lohnsteigerungen als Folge des realen Wachstums der Gesamtwirtschaft – auch als „warme Progression“ bezeichnet – würden dann noch zu staatlichen Steuermehreinnahmen führen.

Eine Indexierung des Tarifverlaufs wäre in der Praxis jedoch mit mehreren Problemen behaftet. Sie würde gegen das u. a. im Steuerrecht etablierte Nominalwertprinzip verstoßen. Das die deutsche Rechtsordnung konstituierende Nominalwertprinzip besagt, dass für alle Geldbeträge der zahlenmäßige Wert maßgebend ist („Ein Euro ist ein Euro“) und nicht der tatsächliche Wert des Geldes. Ebenso wie in der Ökonomie, wo das Nominalwertprinzip z. B. in der Bilanzierung angewendet wird, ist auch im Steuerrecht für die Höhe einer Steuerschuld die Höhe des Nennbetrags relevant. Unter Maßgabe des so genannten steuerlichen Gebots der Folgerichtigkeit der Rechtsordnung, wonach eine einmal getroffene Belastungs- (oder Verschonungs-)Entscheidung folgerichtig und widerspruchsfrei umgesetzt werden muss, wären bei einer Abkehr vom Nominalwertprinzip außerdem neben der Einkommensteuer auch staatliche Transferleistungen um die Preissteigerung zu bereinigen.

Eine Fortschreibung des Tarifverlaufs in Form einer Indexierung würde außerdem zukünftige Änderungen des Tarifverlaufs erschweren. Dies ist aus zwei Gründen problematisch. Erstens wird dadurch weniger wahrscheinlich, dass der jetzige Tarifverlauf, von dem aufgrund der starken Steigung im unteren Bereich negative Leistungseffekte ausgehen könnten, im Zuge von Reformen weiterentwickelt wird. Zweitens könnte es zu einem Verlust wirtschaftspolitischer Gestaltungsmöglichkeiten kommen. So können in der jetzigen Ausgestaltung diskretionäre Anpassungen des Tarifverlaufs genutzt werden, um eine gewünschte konjunkturpolitische Wirkung zu entfalten. Bei vorherrschender Inflation kann z. B. in Phasen des Abschwungs eine steuerliche Entlastung einen antizyklischen Wachstumsimpuls setzen. Von einer Zunahme der real verfügbaren Einkommen wäre eine Konsumbelebung zu erwarten, von der wiederum auch Impulse für eine stärkere private Investitionstätigkeit ausgehen könnten.

### **Zeitpunkt und Umfang für eine Entlastung sind sorgfältig abzuwägen**

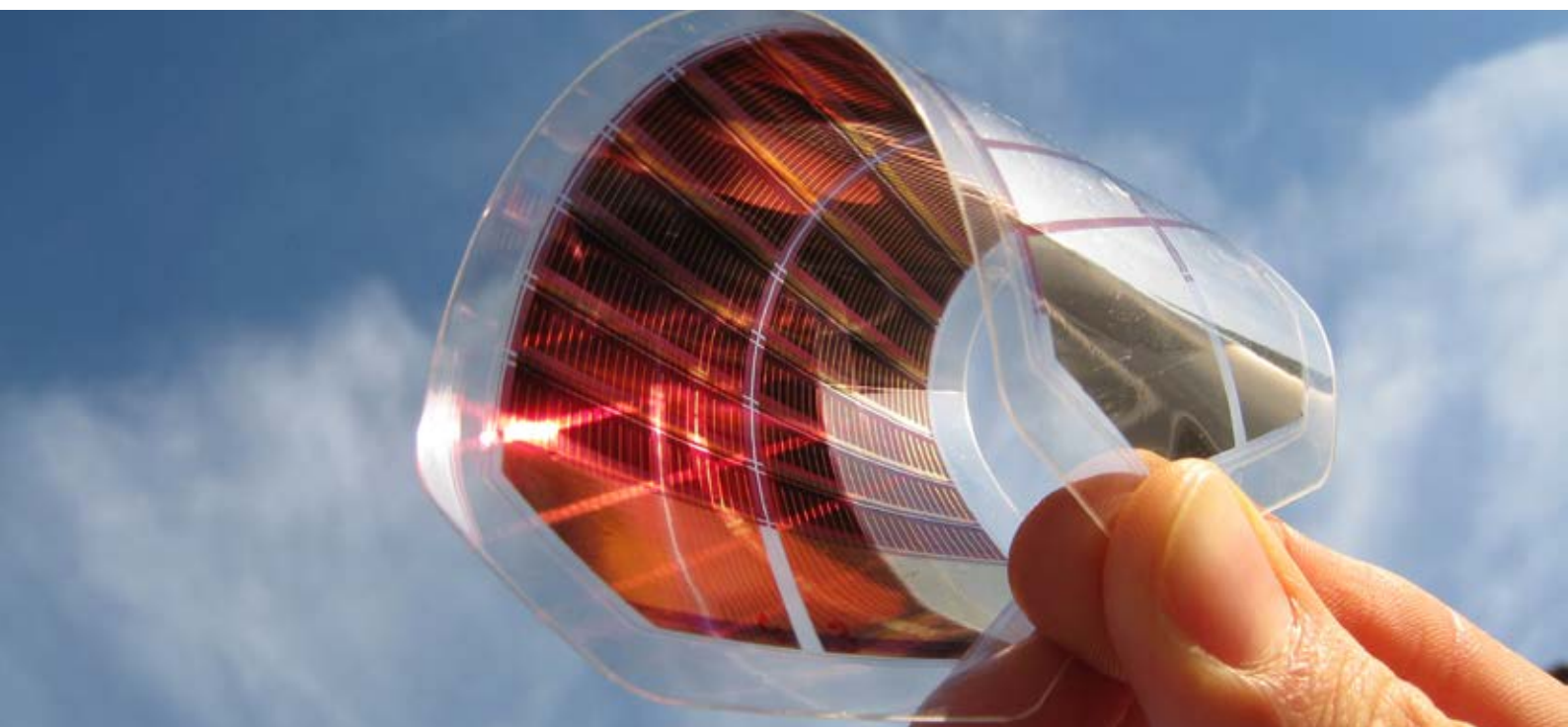
Einer Anpassung des Tarifverlaufs zum Abbau der kalten Progression ist sowohl aus steuersystematischer und wirtschaftspolitischer Sicht als auch unter dem Aspekt der Gerechtigkeit eine hohe Priorität zuzumessen. Die vorherrschende Kombination aus einer niedrigen Inflationsrate und einer günstigen Entwicklung der Steuereinnahmen lässt das vorherrschende Umfeld für Maßnahmen zum Abbau der kalten Progression grundsätzlich günstig erscheinen. Aufgrund des mit einer Reform einhergehenden spürbaren Verzichts auf Steuermehreinnahmen ist die Entscheidung über Zeitpunkt und Ausmaß einer Entlastung jedoch auch vor dem Hintergrund des erfolgreich eingeschlagenen Konsolidierungskurses der Bundesregierung sorgfältig abzuwägen. Der Ende Januar von der Bundesregierung erstmalig vorgelegte Bericht über die Wirkung der kalten Progression hat die Folgen im Hinblick auf Mehrbelastungen der Steuerzahler für die Jahre 2013 bis 2016 quantifiziert und wird u. a. als Ausgangspunkt für Entscheidungen über zukünftige Reformvorhaben dienen. In zukünftige Überlegungen zur Anpassung des Tarifverlaufs wird zusätzlich der zwischen den Jahren 2010 – dem Jahr der letzten grundlegenden Reform des Tarifverlaufs – und 2013 aufgelaufene Effekt der kalten Progression einzubeziehen sein.

Kontakt: Dr. Sebastian Weins  
Referat: Steuerpolitik

# Kompass der Energiewende

## Der Fortschrittsbericht der Bundesregierung stellt die neue Zielarchitektur für den Umbau der Energieversorgung vor

Das Bundeskabinett hat im Dezember mit dem ersten Fortschrittsbericht zur Energiewende weitreichende energiepolitische Beschlüsse verabschiedet. Die erneuerbaren Energien waren im vergangenen Jahr erstmals wichtigster Stromerzeuger Deutschlands. Das Gesamtvolumen der mit dem Erneuerbare-Energien-Gesetz (EEG) umgelegten Förderkosten sinkt erstmalig. Bereits heute sind in Deutschland Energieverbrauch und Wirtschaftswachstum entkoppelt. Der Fortschrittsbericht identifiziert aber auch Handlungsbedarf. Erhebliche zusätzliche Anstrengungen sind erforderlich, um das nationale 40-Prozent-Ziel in der Minderung der Treibhausgasemissionen zu erreichen. Die fluktuierende Stromerzeugung aus Wind und Sonne sowie die Einbettung in den europäischen Binnenmarkt verlangen eine Weiterentwicklung des Strommarkts.



### Der Fortschrittsbericht schaut in die Zukunft

Im Rahmen des Monitoring-Prozesses zur Energiewende legt die Bundesregierung alle drei Jahre einen Fortschrittsbericht vor. Durch ausgewählte energiestatistische Indikatoren wird der aktuelle Stand der Energiewende in verschiedenen Bereichen anschaulich dargestellt (z.B. Ausbau der erneuerbaren Energien, Reduktion von Treibhausgasemissionen). Die wahrscheinliche energiewirtschaftliche Entwicklung wird auf Basis von wissenschaftlichen Prognosen abgebildet.

Zudem beschreibt und bewertet der Fortschrittsbericht die bisherigen Maßnahmen zur Umsetzung der Energiewende. Tiefer gehende Analysen vergleichen den Status quo mit den Zielen des Energiekonzepts. Absehbare Zielverfehlungen können neue Maßnahmen erforderlich machen.

Die Zielarchitektur für den Umbau der Energieversorgung unterscheidet zwischen Ziel- und Steuerungsebenen. Sie macht deutlich, wie die zahlreichen Einzelziele des Energiekonzeptes zusammenwirken:

- ▶ Die politischen Ziele bilden den Rahmen für den Umbau der Energieversorgung.
- ▶ Kernziele sind die beiden Säulen der Energiewende: der Ausbau der erneuerbaren Energien und die Steigerung der Energieeffizienz.
- ▶ Beiden Kernzielen werden Steuerungsziele aus den Bereichen Strom, Wärme und Verkehr zugeordnet. Die zugeordneten Maßnahmen werden anhand der Leitkriterien Kosteneffizienz und Systemintegration optimiert.

## Die Zielarchitektur ordnet die Ziele des Energiekonzeptes

Die Bundesregierung hat das Ziel, bei der Umsetzung der Energiewende Bezahlbarkeit, Versorgungssicherheit und Umweltverträglichkeit miteinander in Einklang zu bringen und die wirtschaftliche Wettbewerbsfähigkeit Deutschlands zu sichern. Um diese Ziele zu erreichen, wurde mit dem Fortschrittsbericht eine neue Zielarchitektur zum Umbau der Energiewende vorgestellt. Das energiepolitische Ziel-dreieck bleibt dabei weiterhin Richtschnur der Energiepolitik der Bundesregierung.

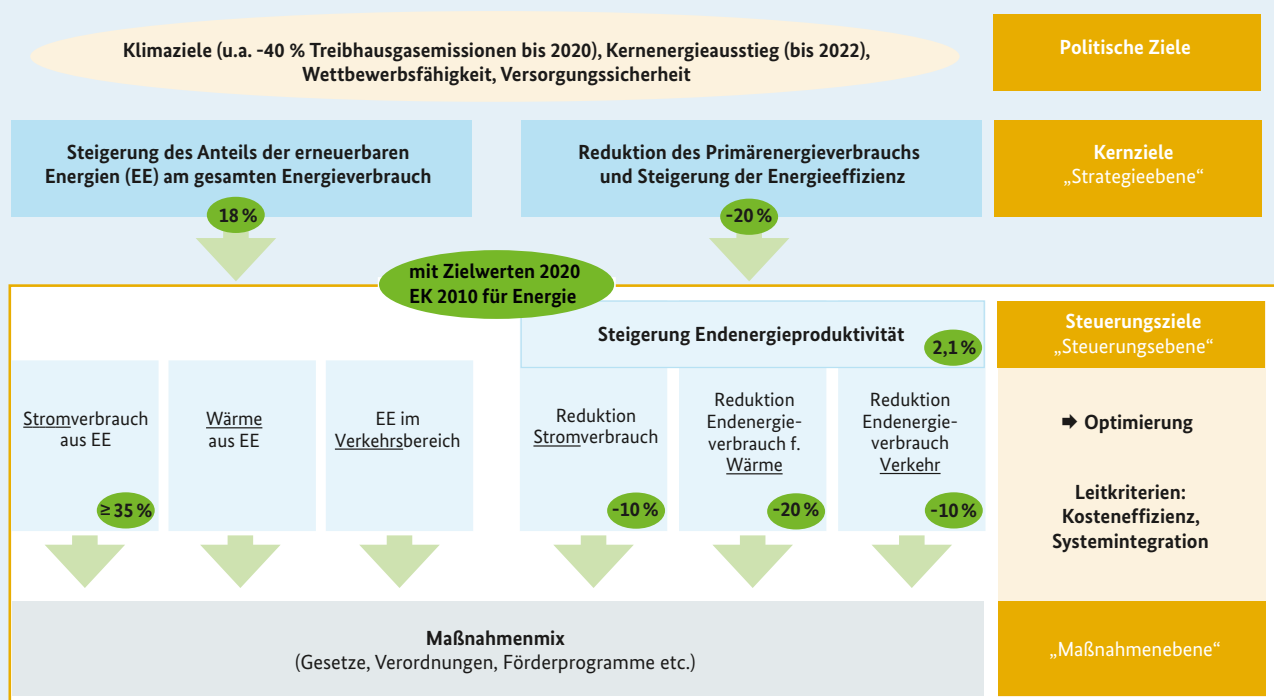
Durch die Zielarchitektur werden die über 20 quantitativen Zielgrößen des Energiekonzeptes strukturiert und priorisiert. Auf unterschiedlichen Detaillierungsebenen reichen die Ziele von politischen Festlegungen (z.B. Ausstieg aus der Kernenergie bis 2022) über Zielgrößen für die Energieversorgung insgesamt (z.B. Senkung des Primärenergieverbrauchs) bis hin zu Zielsetzungen in Einzelbereichen. Die politischen Maßnahmen im Strom-, Wärme- und Verkehrsbereich können flexibel und systembedingt angepasst werden. Dadurch ermöglicht die Zielarchitektur eine Optimierung sowie eine flexible und kostengünstige Erfüllung der Ziele. Potenzielle Zielkonflikte können dadurch reduziert werden.

## Empfehlung der Experten-Kommission

Die Zielarchitektur wurde auf Basis eines Vorschlags der Experten-Kommission zum Monitoring-Prozess entwickelt. Durch die Strukturierung werden potenzielle Zielkonflikte adressiert und Planungssicherheit für alle beteiligten Akteure geschaffen. Zugleich trägt sie der unterschiedlichen Bedeutung der Ziele Rechnung.

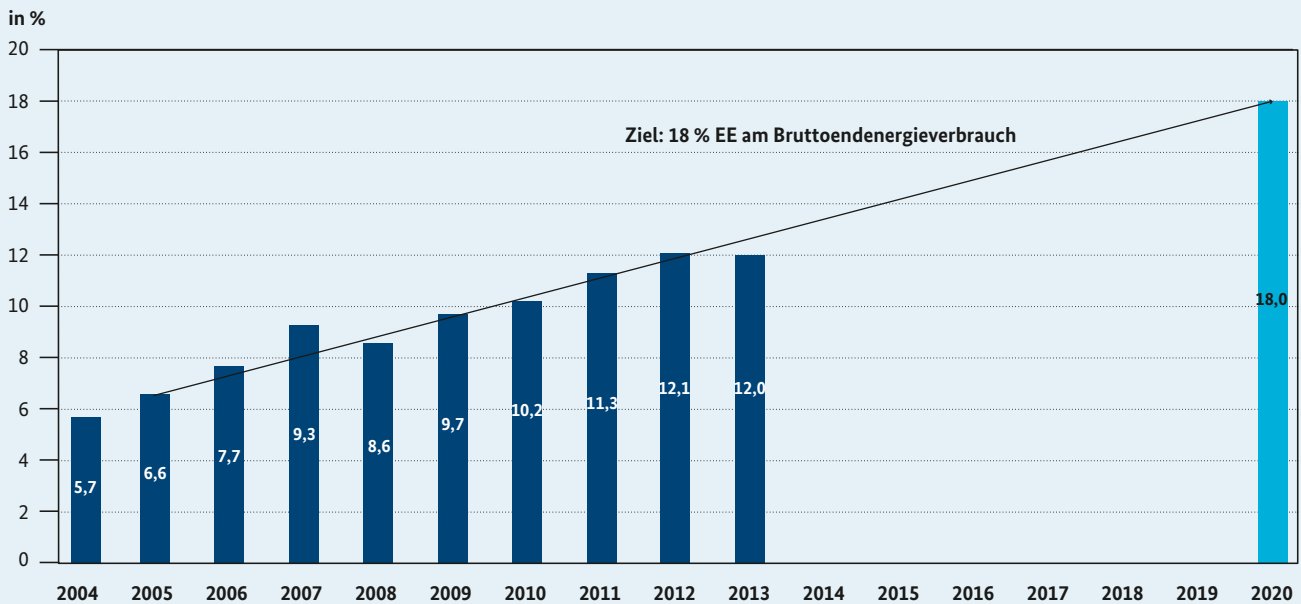
Der Monitoring-Prozess wird wissenschaftlich begleitet. Eine unabhängige Kommission aus vier renommierten Energieexperten steht der Bundesregierung beratend zur Seite und nimmt auf wissenschaftlicher Basis zu den Monitoring- und Fortschrittsberichten Stellung. Der Kommission gehören Prof. Dr. Andreas Löschel (Vorsitzender), Prof. Dr. Georg Erdmann, Prof. Dr. Frithjof Staiß und Dr. Hans-Joachim Ziesing an. Die Stellungnahme der Experten-Kommission wird zusammen mit dem Fortschrittsbericht veröffentlicht.

Abbildung 1: Die neue Zielarchitektur der Bundesregierung



Quelle: BMWi

Abbildung 2: Anteil der erneuerbaren Energien am Bruttoendenergieverbrauch



Quelle: Arbeitsgruppe Erneuerbare Energien (AGEE)

## Ausbau der erneuerbaren Energien liegt auf Kurs

Beim Ausbau der erneuerbaren Energien im Stromsektor liegt Deutschland weiterhin auf Kurs. Die erneuerbaren Energien waren im vergangenen Jahr erstmals wichtigster Stromerzeuger Deutschlands. Im Jahr 2013 lag der Anteil der erneuerbaren Energien am Bruttoendenergieverbrauch bei 12 Prozent.

### Die Reform des EEG 2014 macht das EEG zukunftsfähig

Durch die Novelle des EEG im Jahr 2014 wurde ein gesetzlich verankerter Ausbaukorridor für die erneuerbaren Energien festgeschrieben. Demnach wird der Anteil der erneuerbaren Energien am Bruttostromverbrauch im Jahre 2025 einen Anteil von 40 bis 45 Prozent an der Stromerzeugung erreichen. Der Ausbaukorridor schafft die nötige Planungs- und Investitionssicherheit für alle beteiligten Akteure.

Zusätzlich wird künftig die Höhe der Förderung wettbewerblich über Ausschreibungen ermittelt werden. Die Fördersätze werden dann nicht mehr in einem administrativen Verfahren festgelegt, sondern im Wettbewerb ermittelt. Die Bundesregierung erwartet dadurch, Potenziale zur Kostensenkung beim Ausbau der erneuerbaren Energien zu erschließen. Für die Konzeption der Ausschreibungen sol-

len die Erfahrungen der Pilotausschreibung für Photovoltaik-Anlagen genutzt werden. Die konkrete Umsetzung dieser Punkte erfolgt im Laufe des Jahres 2016 mit der nächsten EEG-Novelle.

### Kostendynamik durchbrochen

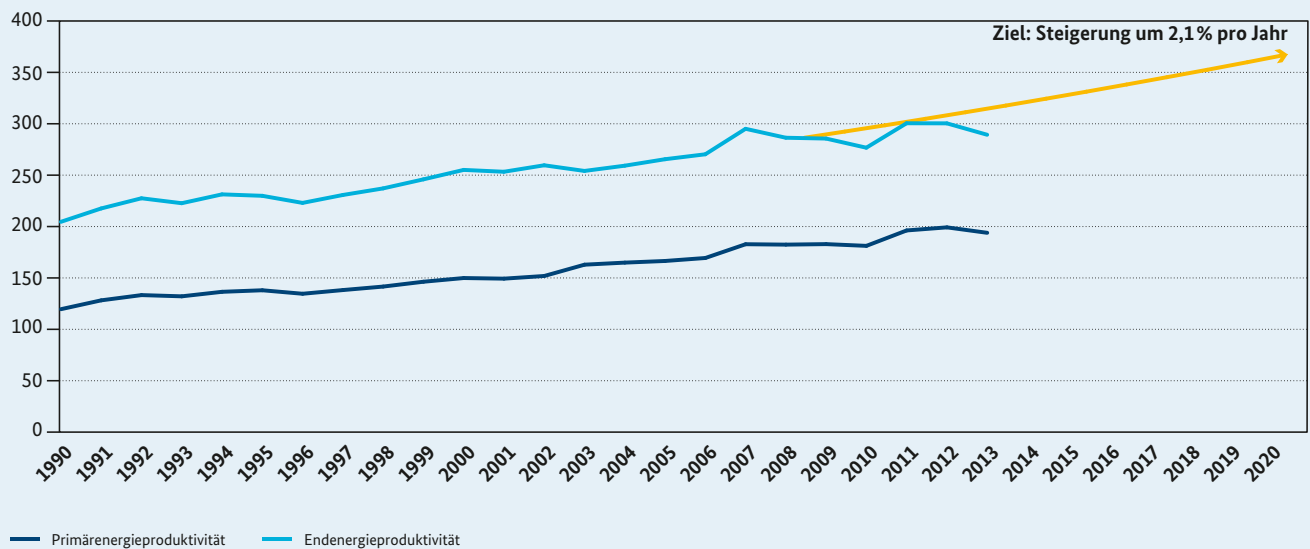
Das Gesamtvolumen der mit dem EEG umgelegten Förderkosten sinkt erstmalig. Zum ersten Mal seit der Einführung des EEG im Jahre 2000 sinkt der Umlagebetrag gegenüber dem Vorjahr. Für das Jahr 2015 beträgt der Umlagebetrag 21,8 Milliarden Euro. Daraus ergibt sich eine EEG-Umlage von 6,17 ct/kWh.

### Die zweite Säule der Energiewende: Energieeffizienz

Auch im Bereich der Energieeffizienz hat Deutschland schon vieles erreicht. Bereits heute gibt es eine sichtbare Entkopplung des Energieverbrauchs vom Wirtschaftswachstum. Das Energiekonzept bezieht das Effizienzziel auf die Energieproduktivität, also Bruttoinlandsprodukt pro Einheit Energieverbrauch. Ziel der Bundesregierung ist es, den Primärenergieverbrauch bis zum Jahr 2020 um 20 Prozent gegenüber dem Basisjahr 2008 zu reduzieren.

**Abbildung 3: Entwicklung der gesamtwirtschaftlichen Primär- und Endenergieproduktivität**

in Euro (BIP real)/GJ



Quelle: Arbeitsgemeinschaft Energiebilanzen

Bis 2020 wird sich der Primärenergieverbrauch voraussichtlich weiter verringern. Prognosen gehen jedoch davon aus, dass sich der Primärenergieverbrauch ohne zusätzliche Maßnahmen bis 2020 lediglich zwischen 7,2 Prozent und 10,1 Prozent verringern wird. Das Ziel der Bundesregierung würde also ohne zusätzliche Maßnahmen um 9,9 bis 12,8 Prozentpunkte verfehlt. Darauf reagiert die Bundesregierung mit dem Nationalen Aktionsplan Energieeffizienz (NAPE).

### Der NAPE trägt wesentlich zur Zielerreichung bei

Der NAPE soll wesentlich zur Erreichung des für das Jahr 2020 gesetzten Zieles beitragen. Die Bundesregierung hat die bisher bestehenden Instrumente und Maßnahmen zur Steigerung der Energieeffizienz weiterentwickelt und ergänzt. Durch die im NAPE enthaltenen Maßnahmen sollen – ohne Maßnahmen im Verkehrssektor – voraussichtlich insgesamt 390 bis 460 Petajoule bis 2020 eingespart werden. Damit ist bereits ein großer Schritt zur Zielerreichung getan. Darüber hinaus besteht aber in verschiedenen Bereichen noch Handlungsbedarf.

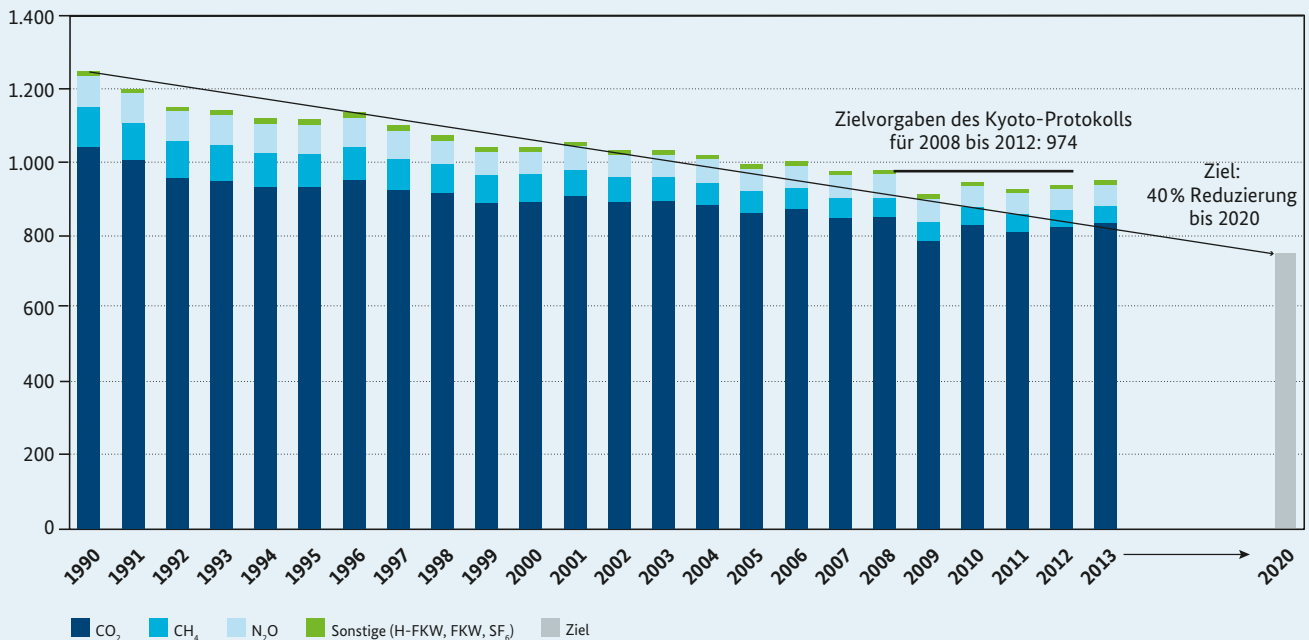
### Deutschland verfolgt ambitionierte Klimaziele

Bei der Reduktion der Treibhausgasemissionen sind erste Erfolge zu verzeichnen: Im Rahmen seiner internationalen Verpflichtung durch das Kyoto-Protokoll hat Deutschland seine Treibhausgasemissionen stärker gemindert als nach dem Kyoto-Ziel der ersten Verpflichtungsperiode erforderlich. Im Durchschnitt der Jahre 2008 bis 2012 hat Deutschland eine Minderung um insgesamt etwa 23,6 Prozent gegenüber dem Basisjahr 1990 erreicht.

Bis zum Jahr 2020 sollen national mindestens 40 Prozent der Treibhausgasemissionen entfallen. Damit geht das nationale deutsche Ziel über die internationalen und europäischen Anforderungen hinaus. Aktuelle Prognosen gehen allerdings davon aus, dass die beschlossenen Maßnahmen bis 2020 zu einer Minderung der Treibhausgasemissionen um 32 bis 35 Prozent führen werden. Daraus ergibt sich derzeit für die Treibhausgas-Lücke ein Korridor von 5 bis 8 Prozentpunkten (Quelle: <http://www.bmwi.de/DE/Mediathek/publikationen,did=644920.html>).

**Abbildung 4: Treibhausgasemissionen in Deutschland**

in Euro (BIP real)/GJ



Quelle: Umweltbundesamt, April 2014

### Zusätzliche Maßnahmen im Aktionsprogramm Klimaschutz 2020

Um das nationale 40-Prozent-Ziel zu erreichen, sind also erhebliche zusätzliche Anstrengungen in allen Sektoren und von allen Akteuren erforderlich. Daher hat die Bundesregierung mit dem Aktionsprogramm Klimaschutz 2020 zusätzliche Maßnahmen beschlossen, um das 2020-Ziel zu erreichen. Die Bundesregierung begleitet die Umsetzung des Aktionsprogramms Klimaschutz 2020 in einem kontinuierlichen Prozess.

### Die Stromversorgung in Deutschland zählt zu den sichersten weltweit

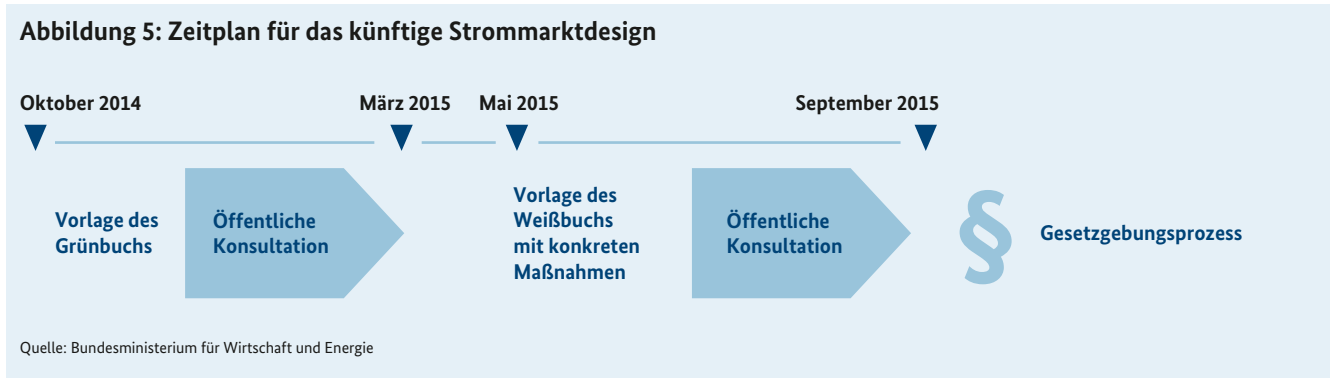
In Deutschland stehen derzeit ausreichend Kraftwerke zur Verfügung. Die sehr hohe Netzqualität gewährleistet die nationale Versorgungssicherheit. Damit diese auch in Zukunft gewährleistet bleibt, ist ein zügiger Ausbau der Stromnetze eine entscheidende Voraussetzung. Derzeit durchläuft der Strommarkt eine Phase des Übergangs. Die fluktuierende Stromerzeugung aus Wind und Sonne sowie die Einbettung in den europäischen Binnenmarkt bringen neue Herausforderungen und verlangen eine Weiterentwicklung des Strommarkts. Erneuerbare Energien werden

mehr Verantwortung in der Stromversorgung übernehmen, die Nutzung der Kernenergie in Deutschland endet im Jahr 2022 und die europäischen Märkte für Strom wachsen weiter zusammen.

### Vom Grünbuch zum Weißbuch

Das Bundesministerium für Wirtschaft und Energie hat mit Vorlage des Grünbuchs „Ein Strommarkt für die Energiewende“ die ersten Ergebnisse der Debatten der „Plattform Strommarkt“ gebündelt. Es besteht Einvernehmen, dass der Strommarkt weiterentwickelt werden muss. Für die langfristige Entwicklung des Strommarktes stehen zwei grundsätzliche Lösungsansätze zur Verfügung. Entweder ein optimierter Strommarkt („Strommarkt 2.0“) oder ein zusätzlicher Kapazitätsmarkt.

Parallel zur öffentlichen Konsultation führt das Bundesministerium für Wirtschaft und Energie Gespräche mit den Nachbarstaaten und der Europäischen Kommission. Auf die Konsultation des Grünbuchs folgt ein Weißbuch mit konkreten Maßnahmen. Auch das Weißbuch wird zur öffentlichen Konsultation gestellt. Daran wird sich die notwendige Gesetzgebung anschließen.



## Energiepreise, Energiekosten und gesamtwirtschaftliche Effekte

In den letzten Jahren sind die Energiekosten in Deutschland angestiegen. Dieser Kostentrend wurde durch steigende Preise auf den internationalen Energiemärkten verstärkt. Im Jahr 2013 schwächte sich der Trend steigender Rohstoffpreise für Öl und Gas allerdings etwas ab und kehrte sich 2014 teilweise sogar um. Im Börsenstromhandel setzte sich der Trend sinkender Preise fort. Hierzu hat insbesondere der Ausbau erneuerbarer Energien bei einem gleichzeitig hohen Bestand an konventionellen Kraftwerken beigetragen.

### Die Politik entscheidet nicht über die Höhe der Preise

Es ist wichtig, dass staatlich bedingte Preisbestandteile, wie beispielsweise die EEG-Umlage, künftig kein Treiber für den Strompreis sind. Im Jahr 2013 sind die durchschnittlichen Strompreise für die privaten Haushalte um 3,6 ct/kWh und damit um knapp 14 Prozent gestiegen. In den letzten Jahren war unter anderem die EEG-Umlage für die steigenden Strompreise mitverantwortlich. Durch die EEG-Reform im Jahre 2014 konnte die Kostendynamik durchbrochen werden, wodurch die EEG-Umlage im Jahr 2015 erstmals leicht sank. Sie beträgt jetzt 6,17 ct/kWh.

Um eine Abwanderung von Unternehmen ins Ausland zu vermeiden, kommt den staatlich bedingten Bestandteilen der Energiepreise eine besondere Bedeutung zu. Die durchschnittlichen Strompreise für Industriekunden liegen in Deutschland in weiten Teilen über dem EU-Durchschnitt und deutlich über den Strompreisen in den USA. Daher sind stromintensive Unternehmen bei Erfüllung bestimmter Voraussetzungen weitgehend von der EEG-Umlage befreit. Die besondere Ausgleichsregelung wurde unter Berücksichtigung der novellierten Umwelt- und Energiebeihilferichtlinien der EU-Kommission grundlegend neu geregelt.

## Die Energiewende ist eine Chance für Deutschland

Die Investitionen im Rahmen der Energiewende befinden sich weiterhin auf hohem Niveau. Die Investitionen in erneuerbare Energien und in die Steigerung der Energieeffizienz lagen im Jahr 2013 weiterhin im zweistelligen Milliardenbereich. In erneuerbare Energien wurden rund 16 Milliarden Euro investiert. Investitionen in Effizienzmaßnahmen werden mittel- und langfristig zu Verbrauchs- und Kostensenkungen führen.

Erneuerbare Energien und Energieeffizienz tragen zu Einsparungen bei fossilen Primärenergieträgern bei. Im Jahr 2013 hat Deutschland fossile Energieträger im Wert von 92 Milliarden Euro importiert. Dabei wurden allein durch erneuerbare Energien Brennstoffkosten in Höhe von rund 9 Milliarden Euro vermieden. Zugleich ist dieser Umbau des Energiesystems in Richtung einer nachhaltigeren und risikoärmeren Energieversorgung mit bedeutenden qualitativen Vorteilen verbunden, wie z. B. einer deutlich geringeren Emission von Treibhausgasen.

Die Energiewende erfordert zunächst hohe Investitionen, stärkt aber zugleich auch den Wachstumspfad der deutschen Volkswirtschaft und entfaltet Beschäftigungswirkungen. Trotz eines Rückgangs im Vergleich zum Jahr 2012 bietet der Ausbau erneuerbarer Energien im Jahr 2013 insgesamt rund 370.000 Personen Beschäftigung (Bruttobetrachtung). Rund 261.000 Arbeitsplätze davon können auf das EEG zurückgeführt werden.

## Mit Akzeptanz zu einer erfolgreichen Energiewende

In der Bevölkerung besteht grundsätzlich eine hohe Zustimmung zur Energiewende. Dies zeigen aktuelle Umfragen (vgl. Fortschrittsbericht, Seite 172), die Zustimmungswerte



zwischen 56 und 92 Prozent ergeben. Unterschiede im Ausmaß der Zustimmung lassen sich – neben der Umfragemethodik – auf die unterschiedliche Verwendung des Begriffes „Energiewende“ zurückführen.

Um für die Energiewende zu werben und ihre Akzeptanz weiterhin auf hohem Niveau zu halten, hat die Bundesregierung unterschiedliche Maßnahmen ergriffen. Im Mittelpunkt stehen dabei die frühzeitige Information sowie die Einbindung der Betroffenen bei der Planung konkreter Projekte. So wird im Rahmen der Planung der Stromnetze jeder Schritt transparent durchgeführt und öffentlich konsultiert – von der Ermittlung der Szenarien über die Bestätigung des Netzentwicklungsplans bis zum konkreten Verlauf der Leitungen. Zudem werden die Ausbauvorhaben mit vielfältigen informellen Dialogangeboten in allen Planungsstadien begleitet.

Die Kurz- und Langfassung des Fortschrittsberichts sowie die Stellungnahme der Experten-Kommission stehen Ihnen auf der folgenden Website zur Verfügung:



[http://bit.ly/Fortschrittsbericht\\_Energiewende](http://bit.ly/Fortschrittsbericht_Energiewende)

Kontakt: Rebekka Esther Frank  
Referat: Monitoring und Energiestatistik



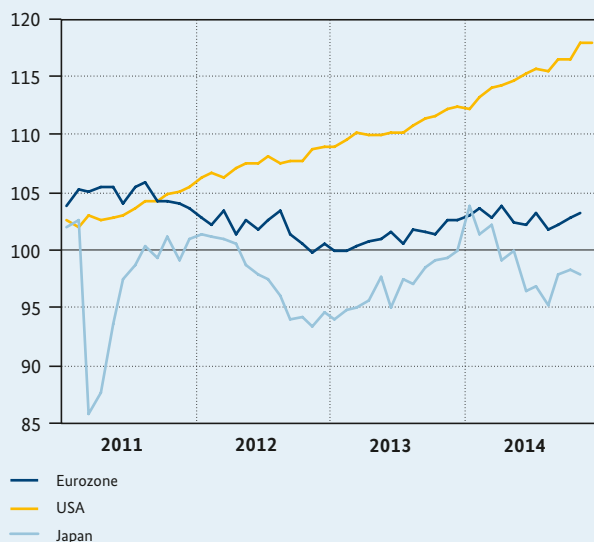
## II. Wirtschaftliche Lage

# Internationale Wirtschaftsentwicklung

## Weltwirtschaft: Weiterhin gemäßigte Dynamik.

Das Wachstumstempo der Weltwirtschaft fiel im Sommerhalbjahr 2014 noch etwas niedriger aus als im Winterhalbjahr 2013/2014. Hierauf deuten die Daten zur Weltindustrieproduktion hin, die bis Oktober 2014 vorliegen. Hierzu trug vor allem die konjunkturelle Abschwächung in der Eurozone und in Japan bei. Das Wachstum in der Eurozone wurde neben den bestehenden strukturellen Herausforderungen durch den Russland-Ukraine-Konflikt gedämpft. In Japan hat sich der Aufschwung angesichts geringerer wirtschaftspolitischer Impulse als wenig nachhaltig erwiesen. Die Schwellenländer insgesamt, die Vereinigten Staaten und das Vereinigte Königreich behielten demgegenüber ihr Wachstumstempo bei. Bei den Schwellenländern gab es leichte Verschiebungen. Während sich die hohe Dynamik in Asien einschließlich China etwas abschwächte, haben die Schwellenländer in Lateinamerika sowie in Afrika und im Mittleren Osten damit begonnen, ihre Schwächephase zu überwinden. Die Flaute des Welthandels, die seit 2011 vorherrscht, wurde noch nicht gänzlich überwunden. Er hat sich im Verlauf des Jahres 2014 aber spürbar belebt.

**Industrieproduktion International**  
(Volumenindex 2010 = 100, saisonbereinigt)



Quellen: Eurostat, Fed, Japanese MITI, eigene Berechnung

Die globale Wirtschaft dürfte nur allmählich wieder etwas mehr Fahrt aufnehmen. Ihre Dynamik wird wegen der vielerorts vorherrschenden strukturellen Probleme geringer bleiben als in früheren Aufschwungphasen.<sup>1</sup> Die umfragebasierten Indikatoren senden noch gemischte Signale. Vom Rückgang der Ölpreise dürften regional spürbare, aber für die globale Wirtschaft als Ganzes eher begrenzte Impulse ausgehen, weil den stimulierenden Effekten in den Verbraucherländern dämpfende Effekte in den Produzentenländern entgegenwirken. Dabei bleiben die Abwärtsrisiken hoch. Die Weltbank rechnet laut ihrer Prognose vom Januar für das Jahr 2015 mit einem leicht beschleunigten Wachstum der Weltwirtschaft um 3,6 %, nach 3,3 % im abgelaufenen Jahr.

## USA: Mit dynamischem Wachstum.

Die US-Wirtschaft befindet sich auf einem dynamischen Wachstumskurs. Im dritten Quartal 2014 erhöhte sich das BIP um annualisiert 5,0%. Der witterungsbedingte Rückgang des BIP im ersten Quartal um annualisiert -2,1% wurde bereits im zweiten Quartal mit einem Wachstum von annualisiert 4,6% mehr als ausgeglichen. Die größten Wachstumsbeiträge kamen zuletzt von den privaten Konsumausgaben. Aber auch die privaten Investitionen, die staatlichen Ausgaben und der Außenbeitrag trugen zum Wachstum bei. Der private Konsum wird durch die Entwicklung des Arbeitsmarkts gestützt. Die Zahl der neu geschaffenen Stellen außerhalb der Landwirtschaft erhöhte sich im Dezember kräftig um 252.000. Das Verbrauchertrauen bewegt sich nahe seinem Höchststand nach der Finanzkrise. Die Industrieproduktion setzte ihren Aufwärtstrend fort und erhöhte sich im November kräftig um 1,3%. Das ISM-Geschäftsklima in der Industrie schwächte sich allerdings im Dezember den zweiten Monat in Folge etwas ab. Die Weltbank erwartet für das Jahr 2014 ein Wachstum des BIP von 2,4% und für 2015 von 3,2%.

<sup>1</sup> In diesem Bericht werden Daten verwendet, die bis zum 16. Januar 2015 vorlagen.

## Internationale Wirtschaftsentwicklung

### Bruttoinlandsprodukt

Veränderung gegen Vorzeitraum (preis- und saisonbereinigt)

	2013 Q3	2013 Q4	2014 Q1	2014 Q2	2014 Q3
Euroraum	0,2	0,2	0,3	0,1	0,2
USA	1,1	0,9	-0,5	1,1	1,2
Japan	0,4	-0,4	1,4	-1,7	-0,5

### Arbeitslosenquote

Abgrenzung nach ILO (saisonbereinigt)

	Aug.	Sept.	Okt.	Nov.	Dez.
Euroraum	11,5	11,5	11,5	11,5	-
USA	6,1	5,9	5,7	5,8	5,6
Japan	3,5	3,6	3,5	3,5	-

### Verbraucherpreise

Veränderung gegen Vorjahreszeitraum (Ursprungswerte)

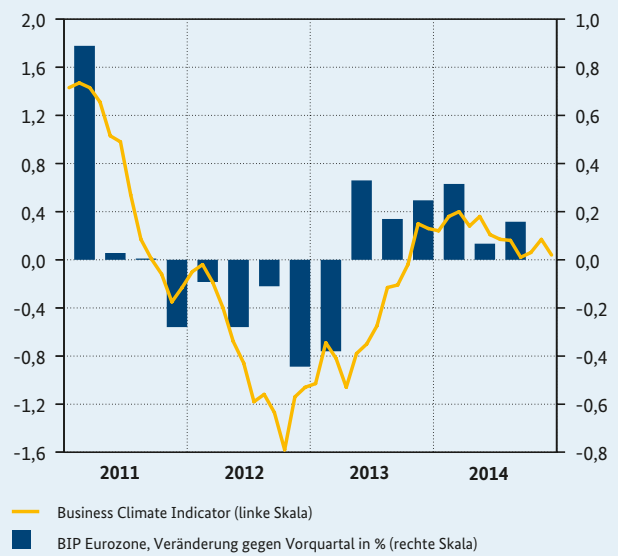
	Aug.	Sept.	Okt.	Nov.	Dez.
Euroraum	0,4	0,3	0,4	0,3	-0,2
USA	1,7	1,7	1,7	1,3	0,8
Japan	3,3	3,3	2,9	2,4	-

Quellen: Eurostat, OECD, Macrobond

## Japan: Anhaltende Schwäche.

Das Bruttoinlandsprodukt schwächte sich in den zwei Sommerquartalen 2014 ab. Die Anhebung der Verbrauchsteuer im April von 5 auf 8 Prozent hatte Vorzieheffekte ausgelöst. Das BIP nahm daher im ersten Quartal um 1,4% zu. Nach dem Rückprall im zweiten Quartal um 1,7% ging das BIP im dritten Quartal etwas überraschend nochmals um 0,5% zurück. Die Regierung, die in den vorgezogenen Neuwahlen im Dezember bestätigt wurde, brachte weitere stimulierende Maßnahmen auf den Weg. Die Unternehmen erwarten jedoch laut TANKAN-Bericht eine weitere Abnahme der industriellen Dynamik im Winterhalbjahr. Allerdings verbesserte sich die Einschätzung im Economy Watchers Survey des japanischen Kabinettsamts im Dezember erstmals nach der Eintrübung zur Jahresmitte. Die Industrieproduktion schwächte sich im November nach leichter Erholung in den beiden Vormonaten ab (-0,6%). Die Exportdynamik hat sich seit Mitte des Jahres dagegen spürbar belebt. Auch die Beschäftigung blieb tendenziell aufwärtsgerichtet. Ihre Dynamik verringerte sich jedoch zum Jahresende. Insgesamt spricht die Mehrheit der Indikatoren für eine mäßige Erholung im vierten Quartal. Auch in den folgenden Monaten dürfte die konjunkturelle Grunddynamik gering bleiben. Die Weltbank rechnet laut ihrer Projektion vom Januar für die Jahre 2014 und 2015 mit einem BIP-Wachstum von 0,2% bzw. 1,2%.

## Eurozone: BIP und Business Climate Indicator (saisonbereinigt)



Quellen: Eurostat, European Commission

## Euroraum: Zögerliche Erholung setzt sich fort.

Die Erholung im Euroraum verläuft zögerlich. Auch im dritten Quartal 2014 nahm das BIP nur leicht beschleunigt um 0,2% zu, nach bereits schleppendem Verlauf in der ersten Jahreshälfte. Die Konjunktur in den einzelnen Ländern entwickelt sich weiterhin unterschiedlich. Positive Impulse kamen im dritten Quartal unter anderem aus Frankreich (+0,3%) und Spanien (+0,5%), während Italiens Wirtschaft erneut schrumpfte (-0,1%). Griechenland wuchs im dritten Quartal kräftig um 0,7% und damit das dritte Mal in Folge. Außerhalb des Euroraums setzte das Vereinigte Königreich seinen kräftigen Aufschwung fort (+0,7%). Insgesamt bleibt die konjunkturelle Erholung im Euroraum aber weiterhin zögerlich und fragil. Die Industrieproduktion erholte sich im November den dritten Monat in Folge von ihrem Jahrestiefstand im August. Der Business Climate Indicator für das Eurogebiet schwächte sich im Dezember nach leichter Aufhellung in den beiden Vormonaten aber wieder etwas ab. Die saisonbereinigte Arbeitslosenquote verharrte im November bei 11,5%. Die Jahresrate der Verbraucherpreise fiel im Dezember wegen des Ölpreisverfalls erstmals seit über fünf Jahren mit -0,2% negativ aus. Insgesamt dürfte die Erholung im Euroraum im Verlauf des Jahres nur allmählich voranschreiten. Die Weltbank erwartet ein BIP-Wachstum im Jahr 2015 von 1,1%, nach 0,8% im Jahr 2014.

# Wirtschaftliche Entwicklung in Deutschland

## 1. Gesamtwirtschaft

### Deutsche Wirtschaft überwindet ihre Schwächephase.

Im Gesamtjahr 2014 hat sich die gesamtwirtschaftliche Leistung der deutschen Volkswirtschaft relativ kräftig um preisbereinigt 1,5% und damit wieder deutlich stärker als in den beiden vorangegangenen Jahren erhöht.<sup>2</sup> Die Basis hierfür wurde auf der Nachfrageseite durch den Anstieg der privaten Konsumausgaben gelegt (+1,1%). Weitere Impulse kamen von den Investitionen in Ausrüstungen (+3,7%) und Bauten (+3,4%) sowie vom Außenhandel mit einem Wachstumsbeitrag von 0,4 Prozentpunkten.<sup>3</sup> Nach dem dynamischen Wachstum im Winterhalbjahr 2013/2014 schwächte sich die Konjunktur allerdings im Frühjahr und im Sommer 2014 ab. Vor allem das außenwirtschaftliche Umfeld hatte sich merklich eingetrübt. Zum Jahresende 2014 hat die Erholung wieder verhalten eingesetzt. Die Stimmungsindikatoren haben sich spürbar aufgehellt. Die Auftragseingänge, die Umsätze und die Produktion in der Industrie dürften im vierten Quartal zugenommen haben. Die Beschäftigung ist in den vergangenen Monaten recht dynamisch weiter angestiegen. Der Rückgang der Mineralölpreise wirkt auf die Verbraucherpreise durch und stärkt die real verfügbaren

Einkommen. Die Zurückhaltung bei den Investitionen hat sich zwar noch nicht gelegt, die Aufhellung der Geschäftserwartungen in der gewerblichen Wirtschaft verspricht aber Besserung. Insgesamt mehren sich Signale, die für eine sich verstärkende Erholung sprechen.

## 2. Produzierendes Gewerbe

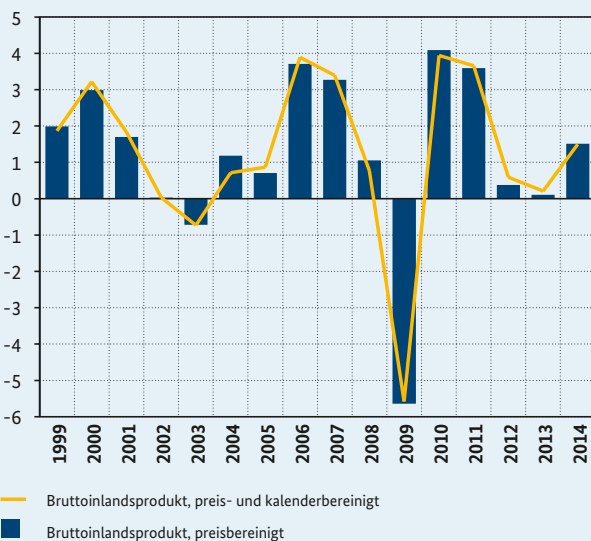
### Positive Impulse aus dem Ausland beenden die konjunkturelle Schwächephase.

Die Stimmung in der Industrie hellt sich weiter auf.

### Kaum Dynamik im Bausektor.

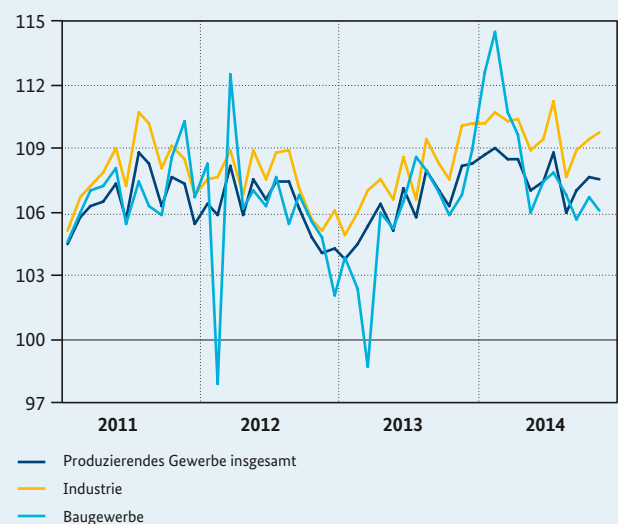
Das Produzierende Gewerbe scheint seine Schwächephase allmählich überwunden zu haben. Zwar gab es im November einen leichten Rückgang um 0,1%, doch der kräftige Anstieg im Vormonat und die verbesserten Stimmungswerte zum Jahresende signalisieren eine zunehmende Belebung. Vor allem die Industriekonjunktur gewann nach einem schwachen Sommerhalbjahr wieder etwas an Schwung. Der Bausektor hat dagegen seinen Einbruch nach dem

**Bruttoinlandsprodukt**  
(Veränderungen gegen Vorjahr in %)



Quelle: StBA

**Produktion im Produzierenden Gewerbe nach Wirtschaftszweigen**  
(Volumenindex 2010 = 100, saisonbereinigt)



Quellen: StBA, BBk

<sup>2</sup> In diesem Bericht werden Daten verwendet, die bis zum 16. Januar 2015 vorlagen.

<sup>3</sup> Schnellmeldung des Statistischen Bundesamtes zum Bruttoinlandsprodukt im Jahr 2014 vom 15. Januar.

witterungsbedingt sehr starken ersten Quartal 2014 noch nicht überwunden.

Die deutsche Industrie hat im letzten Jahr einen spürbaren Dämpfer erhalten. Das schwache außenwirtschaftliche Umfeld, vor allem die zögerliche Erholung im Euroraum, hat die meist international ausgerichteten Unternehmen merklich getroffen. Zudem haben der Russland-Ukraine-Konflikt und andere geopolitische Krisen die Stimmung in den Unternehmen getrübt. Nach zwei schwachen Quartalen scheint die Talsohle nun aber durchschritten zu sein. Nach einem kräftigen Plus im September, bei dem allerdings auch Ferieneffekte eine Rolle spielten, gab es auch im Oktober und November Produktionszuwächse um 0,5 % bzw. 0,3 %. Damit dürfte das vierte Quartal insgesamt positiv ausfallen.

## Industrie

Veränderung gegen Vorzeitraum in %  
(Volumen, saisonbereinigt)

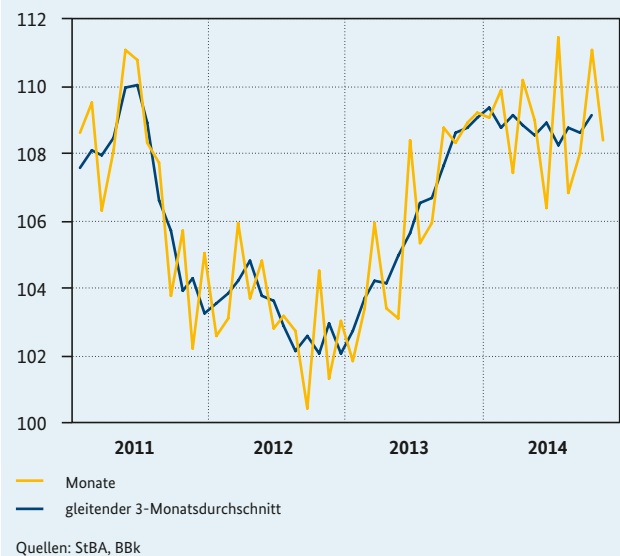
	Q2	Q3	Sept.	Okt.	Nov.
<b>Produktion</b>					
Insgesamt	-0,7	-0,3	1,2	0,5	0,3
Vorleistungsgüter	-0,9	-0,8	0,0	0,6	-0,1
Investitionsgüter	-0,5	0,2	3,4	0,0	0,5
Konsumgüter	-0,4	-0,5	-1,5	1,1	0,6
<b>Umsätze</b>					
Insgesamt	-0,7	0,1	0,0	1,1	-0,5
Inland	-0,9	-0,9	0,4	0,5	-0,1
Ausland	-0,5	1,1	-0,4	1,7	-0,7
<b>Auftragseingänge</b>					
Insgesamt	-0,3	0,3	1,1	2,9	-2,4
Inland	-0,9	-2,0	-2,6	5,9	-4,7
Ausland	0,3	1,9	4,0	0,6	-0,7
Vorleistungsgüter	-0,9	-1,1	1,3	2,4	-2,3
Investitionsgüter	0,0	1,2	1,5	3,4	-3,1
Konsumgüter	1,3	-1,7	-1,3	-0,2	2,6

Quellen: StBA, BBk

Vor allem die Investitionsgüterproduzenten konnten sich in einem schwierigen Umfeld behaupten. Nachdem diese ihre Produktion bereits im dritten Quartal wieder leicht ausweiten konnten, gab es auch im November einen Anstieg um 0,5 %. Auch im Dreimonatsvergleich ist eine schwache Aufwärtsbewegung zu erkennen. Die Produktion von Vorleistungsgütern hat sich stabilisiert. Für den Konsumgüterbereich ist nach Anstiegen im Oktober und November ein positives Quartalsergebnis zu erwarten.

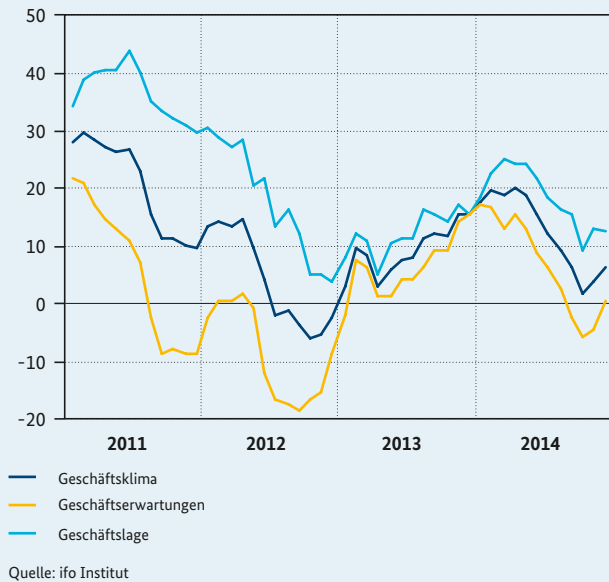
Auch die Entwicklung der Industrieumsätze deutet auf ein Ende der konjunkturellen Abkühlung hin. Bereits im dritten Quartal legten diese leicht um 0,1 % zu. Dem kräftigen Plus im Oktober folgte zwar ein Rückprall im November, doch insgesamt ist ein positives Quartalsergebnis zu erwarten. Vor allem die Investitionsgüterumsätze sind aufwärtsgerichtet. Die positiven Impulse für die Industrieumsätze kommen hauptsächlich aus dem Ausland, während sich die Inlandsumsätze weiterhin schwach entwickeln. Eine Ausnahme bildet wiederum lediglich der Bereich der Investitionsgüter. Hier legten die Umsätze im Inland, allerdings ausgehend von einem niedrigen Niveau, bereits den dritten Monat in Folge zu.

**Auftragseingang in der Industrie**  
(Volumenindex 2010 = 100, saisonbereinigt)



Die Auftragseingänge im Verarbeitenden Gewerbe sind auf dem Weg der Besserung. Nach deutlichen Zuwächsen in den beiden Vormonaten gab es allerdings im November einen Rückgang um 2,4 %. Im Durchschnitt der letzten drei Monate lag das Volumen der Neubestellungen dennoch um 0,9 % über der entsprechenden Vorperiode. Diese positive Tendenz lässt sich in allen Hauptgruppen beobachten. Wie bei den Umsätzen kommen die Impulse vor allem aus dem Ausland. Die Bestellungen aus dem Euroraum legten im November um 2,7 % zu und sind, ebenso wie die Bestellungen aus Ländern außerhalb des Euroraums, in der Tendenz aufwärtsgerichtet. Die Nachfrage aus dem Inland entwickelt sich dagegen bei größeren Schwankungen weiterhin schleppend.

### ifo Geschäftsklima für das Verarbeitende Gewerbe (saisonbereinigt, Salden)



Für ein Ende der konjunkturellen Abkühlung sprechen nicht zuletzt die einschlägigen Stimmungsindikatoren. Nach der Abschwächung im Sommerhalbjahr hat sich das ifo Geschäftsklima im Verarbeitenden Gewerbe im November und Dezember merklich aufgehellt. Die ZEW-Konjunkturerwartungen legten ebenfalls kräftig zu. Auch die Einschätzung der Einkaufsmanager hat sich verbessert. Der Markit-Index für das Verarbeitende Gewerbe stieg im Dezember auf 51,2 Punkte und damit über die Wachstumsschwelle.

Die Baukonjunktur zeigt nach dem heftigen Rückprall im zweiten Quartal 2014 wenig Anzeichen einer Belebung. Im dritten Quartal ist das Produktionsniveau um 0,8% gesunken und dürfte auch zum Jahresende kaum zunehmen. Die Bauproduktion ging im November um 0,6% zurück und ist auch im Dreimonatsvergleich abwärtsgerichtet. Während Hoch- und Tiefbau auf einen schwachen Wachstumspfad eingeschwenkt sind, ist im Ausbaugewerbe bisher keine Erholung in Sicht.

### Baugewerbe

Veränderung gegen Vorzeitraum in %  
(Volumen, saisonbereinigt)

#### Produktion

	Q2	Q3	Sept.	Okt.	Nov.
Insgesamt	-4,4	-0,8	-1,0	0,9	-0,6
Bauhauptgewerbe	-4,8	-0,1	1,5	-0,1	0,6
Ausbaugewerbe	-3,8	-1,6	-3,8	2,0	-1,8

#### Auftragseingänge im Bauhauptgewerbe

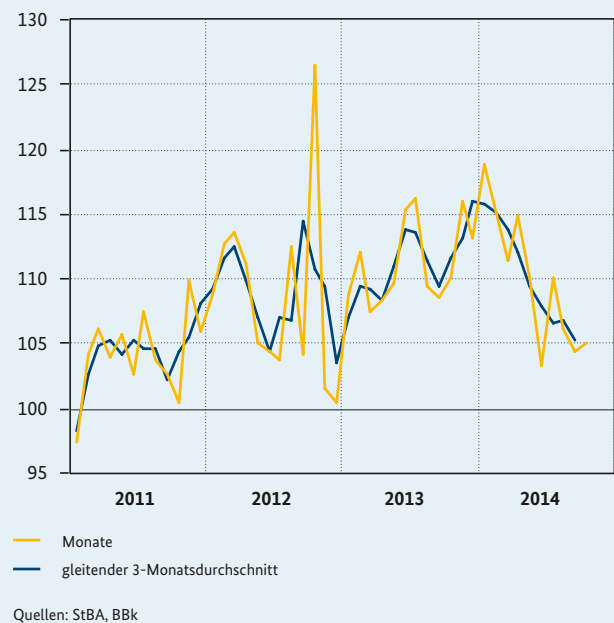
	Q2	Q3	Aug.	Sept.	Okt.
Insgesamt	-4,9	-2,4	-3,5	-1,6	0,6
Hochbau	-7,4	-1,6	-8,3	1,8	4,4
Wohnungsbau*	-3,5	-10,6	-8,0	12,2	7,1
Gewerblicher*	-11,9	7,4	-9,2	-2,3	2,1
Öffentlicher*	-0,1	-7,3	-5,4	-9,7	5,4
Tiefbau	-2,2	-3,1	1,9	-5,1	-3,9
Straßenbau*	-8,5	-4,4	-8,7	0,0	-3,4
Gewerblicher*	-3,3	-4,7	-3,0	-6,3	-1,1
Öffentlicher*	9,6	0,6	25,2	-9,8	-7,2
Öffentlicher Bau insg.	-1,3	-3,1	2,9	-5,5	-3,4

Quellen: StBA, BBk

\* Angaben in jeweiligen Preisen

### Auftragseingang im Bauhauptgewerbe

(Volumenindex 2010 = 100, saisonbereinigt)



Auch die Auftragseingänge im Bauhauptgewerbe lassen keine kurzfristige Belebung erwarten. Zwar gab es im Oktober einen leichten Anstieg um 0,6 %, doch in der Tendenz bleiben diese weiter rückläufig. Dies betrifft sowohl Aufträge von gewerblichen und öffentlichen Auftraggebern als auch den Wohnungsbau. Auch die Baugenehmigungen haben an Dynamik eingebüßt. Dies gilt insbesondere für den Wohnungsbau, wenn man das genehmigte Rauminvolumen heranzieht. Das Niveau der monatlichen Baugenehmigungen ist allerdings weiterhin hoch.

Auch die Stimmung in der Baubranche hat sich im Laufe des vergangenen Jahres eingetrübt. Das ifo Geschäftsklima hat von Januar bis Dezember 2014 knapp 9 Saldenpunkte verloren. Der Index bewegt sich aber weiterhin auf einem hohen Niveau. Dies zeigt, dass die Rahmenbedingungen für den Bau nach wie vor günstig sind. Das Zinsniveau ist äußerst niedrig und die Einkommensperspektiven der Haushalte gut. Auch die Situation der öffentlichen Haushalte spricht für eine Belebung im laufenden Jahr.

### 3. Privater Konsum

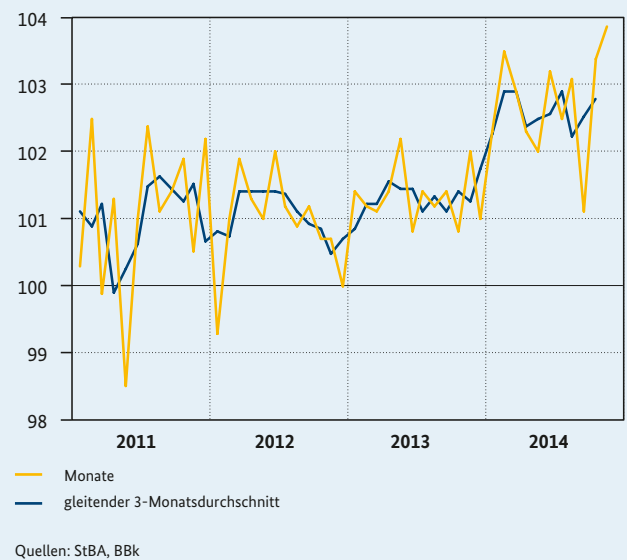
Die verfügbaren Einkommen sind im letzten Jahr kräftig gestiegen.

Das Konsumklima erreicht den höchsten Wert seit acht Jahren.

Die privaten Konsumausgaben bleiben eine wichtige Stütze der Konjunktur. Sie lieferten im Jahre 2014 einen Wachstumsbeitrag von 0,6 Prozentpunkten. Die positive Entwicklung am Arbeitsmarkt hat im letzten Jahr einen Anstieg der verfügbaren Einkommen der privaten Haushalte um 2,2 % ermöglicht. Gleichzeitig entwickeln sich die Verbraucherpreise – auch aufgrund der rückläufigen Energiepreise – sehr moderat. Dies stärkt die Kaufkraft der Verbraucher und liefert so wichtige Impulse für den privaten Konsum.

Die konjunkturelle Schwächephase im letzten Jahr hinterließ aber auch im Einzelhandel ihre Spuren. Nachdem die Umsätze (ohne Kfz-Handel) stark in das Jahr 2014 gestartet waren, waren sie im zweiten und dritten Quartal leicht rückläufig. Kräftige Zuwächse im Oktober (+2,3 %) und November (+0,5 %) lassen jedoch ein positives Ergebnis für

**Einzelhandelsumsatz (ohne Handel mit Kfz)**  
(Volumenindex 2010 = 100, saisonbereinigt)

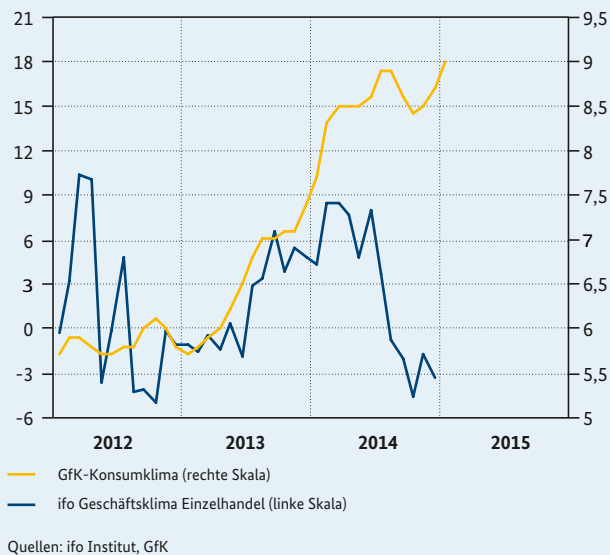


das Schlussquartal erwarten. Auch der Kfz-Handel, der allerdings auch gewerbliche Verkäufe einschließt, ist mit einem Anstieg um 1,2 % im Oktober stark ins vierte Quartal gestartet. Die Zahl der Neuzulassungen durch private Halter lag im Dezember 5,5 % über dem Vorjahreswert.

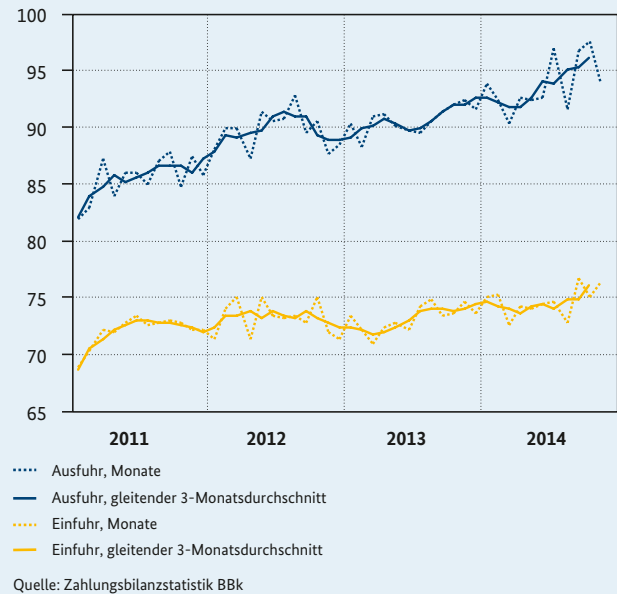
Insgesamt hat sich die Stimmung im Einzelhandel zuletzt stabilisiert. Zwar ist das ifo Geschäftsklima im Dezember leicht gesunken, doch der im letzten Frühjahr begonnene Abwärtstrend scheint beendet. Während die aktuelle Geschäftslage positiver eingeschätzt wurde und somit auf ein überdurchschnittliches Weihnachtsgeschäft hindeutet, haben sich die Erwartungen für die kommenden Monate eingetrübt. Dies dürfte aber eher mit dem intensiven Wettbewerb im Einzelhandel als mit der Nachfrageentwicklung zusammenhängen. Denn das von der Gesellschaft für Konsumforschung ermittelte Konsumklima kletterte im Januar auf den höchsten Wert seit acht Jahren. Sowohl Einkommenserwartungen als auch die Anschaffungsneigung der Befragten sind hoch und ihre Konjunkturerwartungen haben sich merklich aufgehellt.

Aufgrund der guten Rahmenbedingungen – ein robuster Arbeitsmarkt, steigende Realeinkommen und ein niedriges Zinsniveau – wird der private Konsum auch im Jahr 2015 wichtige positive Impulse für die Konjunktur liefern.

### Klimaindikatoren für den privaten Konsum (Salden)



### Warenhandel (in Mrd. Euro, kalender- und saisonbereinigt)



## 4. Außenwirtschaft

### Der Außenhandel hat sich im zweiten Halbjahr 2014 belebt.

Trotz der gedämpften Entwicklung des außenwirtschaftlichen Umfelds ist der Außenhandel in der zweiten Jahreshälfte 2014 sowohl auf der Ausfuhr- als auch Einfuhrseite relativ stark aufwärtsgerichtet. Im November blieben die Ausfuhren von Waren und Dienstleistungen nach der Zahlungsbilanzstatistik saisonbereinigt und in jeweiligen Preisen allerdings wieder deutlich unter dem Rekordergebnis des Vormonats (-3,3%). Im weniger schwankungsanfälligen Dreimonatsvergleich setzte sich ihr Aufwärtstrend beschleunigt um 2,1% fort. Die Ausfuhrpreise erhöhten sich im gleichen Zeitraum saisonbereinigt um 0,4%. Die Ausfuhren dürften daher auch in realer Rechnung im Dreimonatsvergleich zum Jahresende recht kräftig gestiegen sein. Von Januar bis November 2014 kamen die Impulse, gemessen an den Ausfuhren an Waren, hauptsächlich aus der Europäischen Union (+5,0%), insbesondere aus den Ländern außerhalb der Eurozone (+9,7%).

Die Einfuhren an Waren und Dienstleistungen nahmen im November saisonbereinigt und in jeweiligen Preisen um 1,1% und im Dreimonatsvergleich um 2,8% und damit sogar etwas stärker als die Ausfuhren zu. Vor allem wegen der fallenden Ölpreise gaben die Einfuhrpreise im Dreimonatsvergleich saisonbereinigt geringfügig um 0,2% nach.

Der Anstieg der Einfuhren dürfte demnach in realer Rechnung noch etwas stärker ausgefallen sein.

Im Handel mit Waren und Dienstleistungen ergab sich im November aufgrund der starken Einfuhren ein positiver Saldo von saisonbereinigt lediglich 13,5 Mrd. Euro, nach 18,4 Mrd. Euro im Oktober. Für die Leistungsbilanz, die zusätzlich die Salden der Primär- und Sekundäreinkommen enthält, ergab sich im November ein saisonbereinigter Saldo von 16,1 Mrd. Euro, nach 21,8 Mrd. Euro im Oktober. Bis einschließlich November kumuliert sich der saisonbereinigte Leistungsbilanzüberschuss auf knapp 200 Mrd. Euro, etwa 25 Mrd. Euro mehr als im entsprechenden Vorjahreszeitraum.

Die nationalen Indikatoren zur Außenwirtschaft senden einige positive Signale. Die Exporterwartungen der Unternehmen haben sich im Jahresendquartal deutlich verbessert, nachdem sie sich im dritten Quartal vor dem Hintergrund der schwachen Entwicklung im Euroraum und des Russland-Ukraine-Konflikts spürbar eingetrübt hatten. Die Auslandsumsätze der Industrie sowie die Auslandsbestellungen befinden sich trotz leichter Abschwächung im November um jeweils 0,7% in einem stabilen Aufwärtstrend. Hierzu dürfte auch der schwache Euro seinen Beitrag geleistet haben. Die preisliche Wettbewerbsfähigkeit der deutschen Wirtschaft verbesserte sich im Zuge der Euroabwertung seit März um knapp 3%.



**Außenhandel\***

	Q2	Q3	Sept.	Okt.	Nov.
<b>Warenhandel und Dienstleistungen (Zahlungsbilanzstatistik)</b> Veränderung gegen Vorperiode in % (saisonbereinigt)					
<b>Ausfuhr</b>	0,5	2,4	4,7	0,9	-3,3
<b>Einfuhr</b>	0,4	1,2	4,3	-1,3	1,1
<b>Außenhandel mit Waren nach Ländern (Außenhandelsstatistik)</b> Veränderung gegen Vorjahr in % (Ursprungswerte)					
<b>Ausfuhr</b>	1,8	5,7	8,6	5,0	1,4
Eurozone	2,2	3,5	3,5	2,0	1,9
EU Nicht-Eurozone	7,9	11,4	13,6	7,6	10,1
Drittländer	-1,3	4,7	10,6	6,3	-3,0
<b>Einfuhr</b>	0,7	2,3	8,2	0,7	1,7
Eurozone	0,8	2,7	8,6	0,1	3,1
EU Nicht-Eurozone	7,4	6,3	8,1	3,6	3,4
Drittländer	-3,0	-0,4	7,7	-0,4	-1,0

Quellen: StBA, BBk

\* Angaben in jeweiligen Preisen

**5. Arbeitsmarkt**

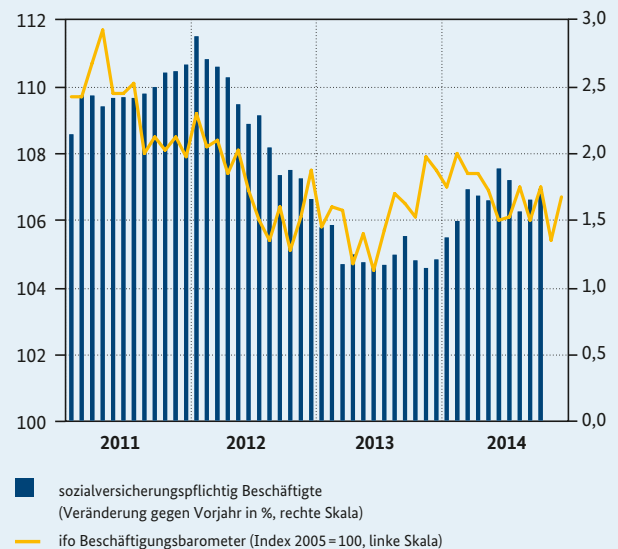
Der Arbeitsmarkt entwickelt sich zum Jahresende und auch im Jahresdurchschnitt positiv: die Beschäftigung nimmt zu und die Arbeitslosigkeit ab.

Die Frühindikatoren sprechen für eine Fortsetzung dieser positiven Trends.

Der Arbeitsmarkt hat sich trotz der konjunkturellen Abschwächung ab dem Frühjahr 2014 im Gesamtjahr 2014 positiv entwickelt. Die Erwerbstätigkeit ist im Jahresdurchschnitt um 372.000 auf einen neuen Höchststand von 42,65 Mio. Erwerbstätigen gestiegen. Die Arbeitslosigkeit ging um 52.000 auf jahresdurchschnittlich 2,898 Mio. Personen zurück. Die Unterbeschäftigung verringerte sich noch etwas stärker um 98.000 auf 3,804 Mio. Personen und erreichte damit ihren niedrigsten Stand seit der Wiedervereinigung.

Nach seiner konjunkturell bedingt etwas ruhigeren Entwicklung im Sommerhalbjahr befindet sich der Arbeitsmarkt zum Jahresende 2014 wieder im Aufwind. Saisonbereinigt nahm die Beschäftigung im November weiter zu und die Arbeitslosigkeit ging im Dezember zurück. Die Zahl der offenen Stellen entwickelte sich weiter günstig. Für die kommenden Monate ist mit einer moderat positiven Entwicklung am Arbeitsmarkt zu rechnen.

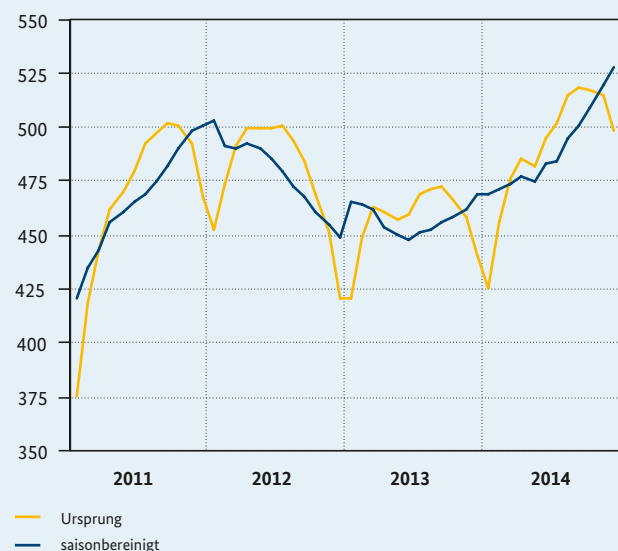
**ifo Beschäftigungsbarometer und sozialversicherungspflichtig Beschäftigte**



Quellen: BA, ifo Institut

Die Frühindikatoren haben sich im Dezember freundlich entwickelt. Das ifo Beschäftigungsbarometer stieg recht kräftig, seine Tendenzwende zum Positiven steht aber noch aus. Das Arbeitsmarktbarometer des Instituts für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung (IAB) stieg im Dezember den dritten Monat in Folge. Die Arbeitsagenturen rechnen demnach in den kommenden Monaten mit einem weiteren Rückgang der saisonbereinigten Arbeitslosigkeit.

**Gemeldete Arbeitsstellen (in 1000)**



Quellen: BA, BBk

Die Zahl der offenen Stellen entwickelt sich weiter positiv. Der Bestand an gemeldeten Arbeitsstellen erhöhte sich im Dezember saisonbereinigt um weitere 9.000. Bei einem Bestand von 498.000 gemeldeten Stellen ist zu berücksichtigen, dass ein Teil der Mehrnachfrage auch auf veränderte strukturelle Faktoren, wie den erhöhten Fachkräftebedarf und die zunehmende Bedeutung flexibler Beschäftigungsformen, zurückzuführen ist. Der BA-X Stellenindex erhöhte sich mit 181 Punkten auf einen neuen Höchststand.

**Arbeitsmarkt**

**Arbeitslose (SGB III)**

	Q3	Q4	Okt.	Nov.	Dez.
in Mio. (Ursprungszahlen)	2,860	2,738	2,733	2,717	2,764
gg. Vorjahr in 1.000	-43	-89	-68	-89	-110
gg. Vorperiode in 1.000*	2	-38	-24	-16	-27
Arbeitslosenquote	6,6	6,3	6,3	6,3	6,4

**Erwerbstätige (Inland)**

	Q2	Q3	Sept.	Okt.	Nov.
in Mio.	42,6	42,9	43,0	43,1	43,1
gg. Vorjahr in 1.000	387	376	382	420	411
gg. Vorperiode in 1.000*	128	81	42	44	11

**Sozialversicherungspflichtig Beschäftigte**

	Q2	Q3	Aug.	Sept.	Okt.
in Mio.	30,1	30,4	30,3	30,7	30,7
gg. Vorjahr in 1.000	302	248	467	499	524
gg. Vorperiode in 1.000*	138	109	-2	64	42

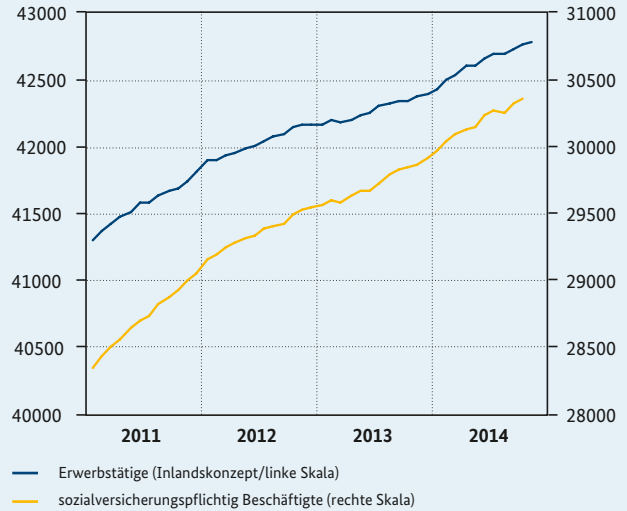
Quellen: BA, StBA, BBk

\* kalender- und saisonbereinigte Angaben

Die Erwerbstätigkeit nimmt trotz vorübergehender konjunktureller Abkühlung weiter zu. Saisonbereinigt stieg die Zahl der Erwerbstätigen im Inland im November allerdings relativ wenig um 11.000 Personen, nach einem Anstieg um 44.000 im Vormonat. Insgesamt gab es damit 43,1 Mio. Erwerbstätige (Ursprungszahl). Im Vergleich zum Vorjahr erhöhte sich ihre Zahl um 411.000 Personen.

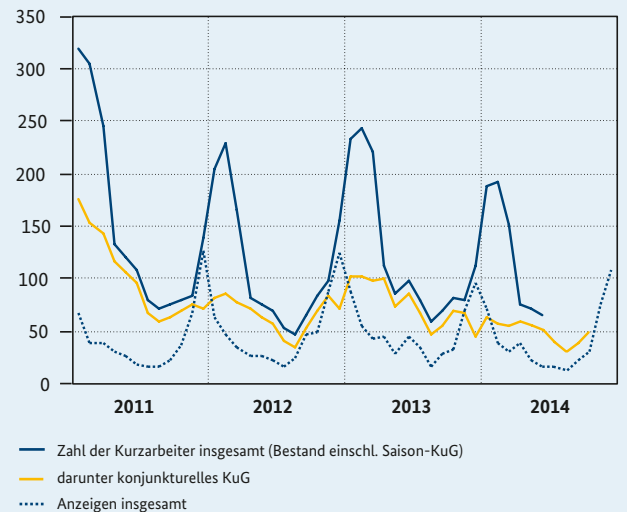
Die Zunahme der Erwerbstätigkeit wird durch den Aufbau der sozialversicherungspflichtigen Beschäftigung getragen. Im Oktober – neuere Daten liegen nicht vor – war diese saisonbereinigt um weitere 42.000 Beschäftigte angestiegen. Im gleichen Monat gingen 30,7 Mio. Personen (Ursprungszahl) einer sozialversicherungspflichtigen Beschäftigung nach, 524.000 mehr als vor einem Jahr. Dabei hat der Beschäftigungszuwachs eine breite Grundlage: der überwiegende Teil aller Branchen hatte im Vorjahresvergleich Zuwächse an sozialversicherungspflichtig Beschäftigten zu verzeichnen.

**Erwerbstätigkeit und sozialversicherungspflichtige Beschäftigung (in 1000, saisonbereinigt)**



Quellen: BA, StBA, BBk

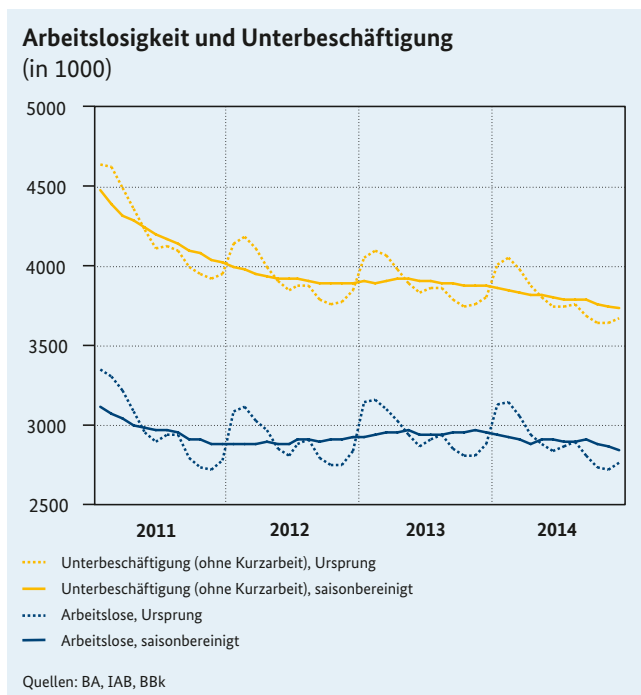
**Kurzarbeit und Anzeigen (in 1000)**



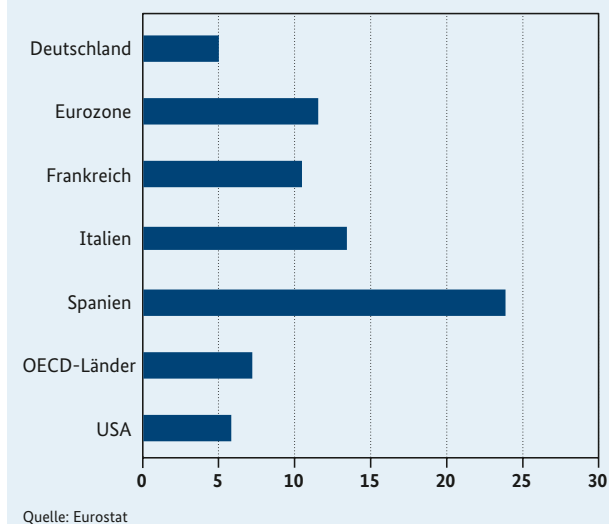
Quelle: BA

Die Inanspruchnahme von Kurzarbeit spielt nach wie vor nur eine untergeordnete Rolle. Im Oktober wurde nach vorläufigen Daten an 49.000 Personen Kurzarbeitergeld gezahlt. Dies bedeutet im Vergleich zum Vorjahr einen Rückgang um 21.000 Kurzarbeiter. Die Zahl neuer Anzeigen für Kurzarbeit blieb unauffällig.

Die Arbeitslosigkeit ist im Dezember saisonbereinigt weiter um 27.000 Personen gesunken. Jahreszeitlich bedingt erhöhte sie sich leicht auf 2,764 Mio. registrierte Arbeitslose (Ursprungszahlen). Die Arbeitslosenquote stieg auf 6,4%. Der Vorjahresstand wurde um 110.000 Personen unterschritten. In Ostdeutschland entwickelt sich die Arbeitslosigkeit tendenziell günstiger als in Westdeutschland. Die Zahl der Langzeitarbeitslosen betrug 1,04 Mio., 25.000 Arbeitslose weniger als vor einem Jahr.



**Internationale Arbeitslosenquoten**  
(ILO-Konzept, saisonbereinigt, in %, Stand: November 2014)



Die nach dem Konzept der ILO berechnete saisonbereinigte Erwerbslosenquote verblieb im November saisonbereinigt bei 5,0%. Im internationalen Vergleich hat Deutschland eine der niedrigsten Erwerbslosenquoten der Industrieländer.

Die Unterbeschäftigung, die auch Personen in entlastenden arbeitsmarktpolitischen Maßnahmen und in kurzfristiger Arbeitsunfähigkeit umfasst, lag im Dezember bei 3,68 Mio. Personen (ohne Kurzarbeit). Gegenüber dem Vormonat ging sie saisonbereinigt um 12.000 zurück. Im Vergleich zum Vorjahr war die Unterbeschäftigung um 134.000 Personen niedriger.

Arbeitslosigkeit und Unterbeschäftigung entwickeln sich in der Tendenz weiterhin weniger günstig als die Beschäftigung. Hierzu trägt bei, dass die Auswirkungen der Alterung der Bevölkerung auf das Erwerbspersonenpotenzial gegenwärtig vor allem durch Zuwanderung und eine gestiegene Erwerbsneigung überkompensiert werden. Darüber hinaus werden mit dem fortgeschrittenen Abbau von Arbeitslosigkeit und stiller Reserve die Ausgleichsprozesse am Arbeitsmarkt schwieriger. Die Profile der Arbeitslosen entsprechen oft nicht den Anforderungen der Unternehmen. Der Abbau von Arbeitslosigkeit erfolgt dadurch schleppender.

## 6. Preise

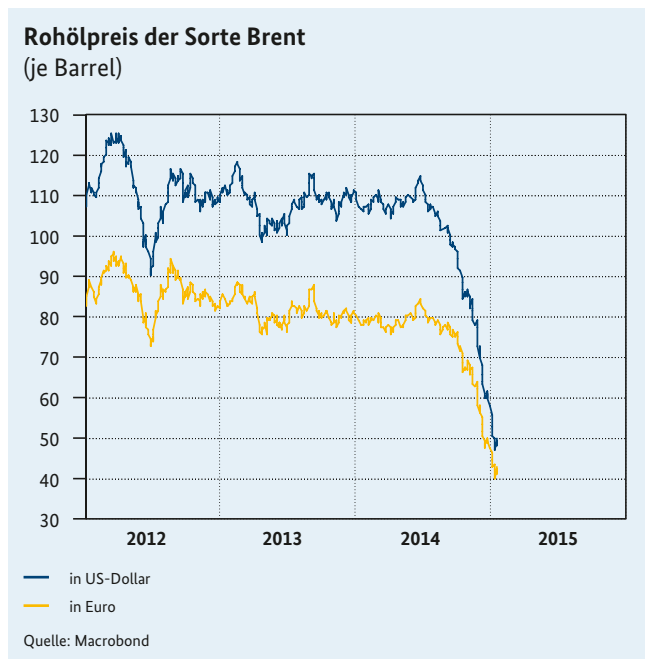
Rohölpreis fällt zum Jahresbeginn 2015 auf ein Sechsjahres-Tief.

Unter diesem Einfluss verläuft die Preisentwicklung in Deutschland ruhig. Im Jahresdurchschnitt 2014 sind die Verbraucherpreise lediglich um 0,9% gestiegen.

Das Preisklima hat sich im Gesamtjahr 2014 vor allem dank günstigerer Energiepreise deutlich entspannt. Der Anstieg der Verbraucherpreise lag im Jahresdurchschnitt bei moderaten 0,9%. In den beiden Vorjahren hatte der Preisanstieg noch deutlich höher gelegen (2012: +2,0%, 2013: +1,5%). Im Verlauf des Jahres 2015 ist mit einem langsam anziehenden Preisanstieg auf allen Wirtschaftsstufen zu rechnen.

Der Rohölpreis setzte seine Talfahrt bis Mitte Januar ungebremst fort. Ursächlich für die drastische Verbilligung in den letzten sieben Monaten ist vor allem das globale Überangebot auf den Weltmärkten, das zu einem Kampf um Marktanteile führte. Zuletzt wurden knapp 48 US-Dollar je Barrel der Sorte Brent gezahlt. Damit fiel der Rohstoffpreis

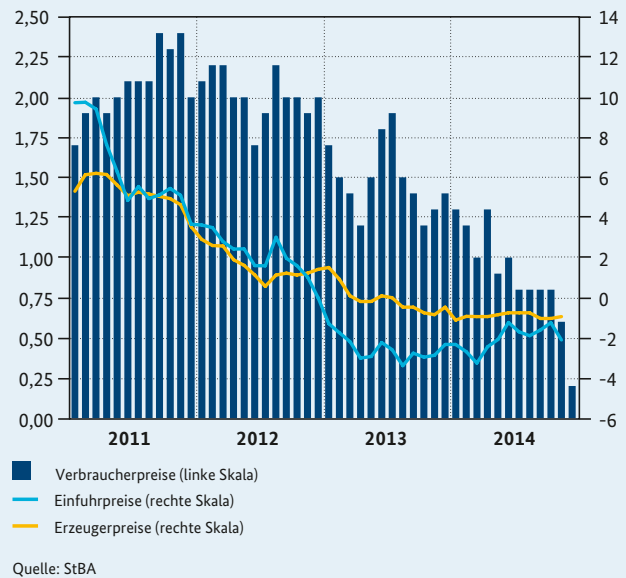
innerhalb eines Monats nochmals beschleunigt um über 20%. Seit dem vergangenen Sommer sank er um fast zwei Drittel.



Auf der Importstufe hat sich die Preisentwicklung infolge des Rohölpreisverfalls weiter abgeschwächt. Die Einfuhrpreise verringerten sich im November im Vergleich zum Vormonat nochmals spürbar um 0,8%. Im Vergleich zum Vorjahr erhöhte sich der negative Vorjahresabstand auf -2,1%, nachdem die Jahresrate im Oktober noch bei -1,2% gelegen hatte. Maßgeblich beeinflusst wurde die Preisentwicklung im Verlauf des letzten Jahres vor allem von Preisenkungen im Energiebereich (-15,9%), insbesondere bei Erdöl (-20,2%), Mineralölerzeugnissen (-16,1%) und Erdgas (-10,2%). Ohne die Berücksichtigung der Energiekomponente stiegen die Preise für Importwaren um ca. 0,6% im Vergleich zum Vorjahr.

Die Ausführpreise stagnierten von Oktober auf November. Während sich Halbwaren gegenüber dem Vormonat verbilligten (-2,0%), verteuerten sich Fertigwaren etwas (+0,1%). Im Vergleich zum Vorjahr konnten die deutschen Exporteure aufgrund der zögerlichen Entwicklung der Weltwirtschaft nur geringfügige Preiserhöhungen durchsetzen. Im Durchschnitt stiegen die Preise für Exportwaren von November 2013 auf November 2014 nur um 0,3%. Die Terms of Trade lagen vor allem aufgrund des Rückgangs der Importpreise im November um 2,5% über Vorjahresniveau.

### Preisentwicklung (Veränderungen gegen Vorjahr in %)



Die industriellen Erzeugerpreise verharrten im November ebenfalls auf Vormonatsniveau. Während sich Mineralölerzeugnisse im Zusammenhang mit der Rohölpreisentwicklung bereits den fünften Monat in Folge verbilligten, verteuerten sich andere Energieträger (z. B. Strom). Auf Jahressicht sanken die Preise für Industrieprodukte um 0,9%. Während die Energiepreise deutlich (-3,1%) und die Preise für Vorleistungsgüter leicht (-0,3%) nachgaben, verteuerten sich Investitionsgüter etwas (+0,6%).

### Verbraucherpreisindex

Veränderungen in %	gg. Vormonat		gg. Vorjahresmonat	
	Nov.	Dez.	Nov.	Dez.
Insgesamt	0,0	0,0	0,6	0,2
Nahrungsmittel	-0,5	0,4	0,0	-1,2
Freizeit, Unterhaltung, Kultur	1,2	2,9	-0,1	0,2
Pauschalreisen	5,1	12,2	-1,4	-0,4
Beherbergungs- u. Gaststättendienstl.	0,0	0,1	2,3	2,2
Energie	-1,1	-3,9	-2,5	-6,6
Haushaltsenergie	-0,3	-2,4	-1,4	-3,8
Strom	0,0	0,0	1,9	1,9
Gas	-0,2	-0,7	-0,5	-1,4
Heizöl	-1,6	-14,2	-9,8	-22,8
Zentralheizung, Fernwärme	-0,2	-0,3	-1,5	-1,6
Kraftstoffe	-2,8	-7,0	-4,5	-12,1
Insgesamt (saisonbereinigt)	0,0	-0,5	-	-

Quellen: StBA, BfK

Die Verbraucherpreise blieben im Dezember den zweiten Monat in Folge unverändert. Dabei wurden saisontypische Preisanstiege zur Weihnachtszeit (z. B. bei Pauschalreisen und Nahrungsmitteln) durch anhaltend sinkende Energiepreise kompensiert. Binnen Jahresfrist lag das Preisniveau auf der Konsumentenstufe um 0,2% über dem Vorjahreswert. Im November hatte die Teuerung noch bei +0,6% gelegen. Insbesondere die Energiepreise (-6,6%) gingen im Vergleich zum Vorjahr deutlich zurück und dämpften die Inflationsrate insgesamt. Die Nahrungsmittelpreise ermäßigten sich von Dezember 2013 auf Dezember 2014 um 1,2%. Die Inflationskernrate, also die Entwicklung der Verbraucherpreise ohne die Energie, lag im Dezember wie bereits im Vormonat bei 1,0%.

## 7. Monetäre Entwicklung

Expansive Maßnahmen der EZB zeigen erste Wirkung auf die Bilanzsumme.

Europäische und internationale Aktienmärkte haben sich positiv entwickelt.

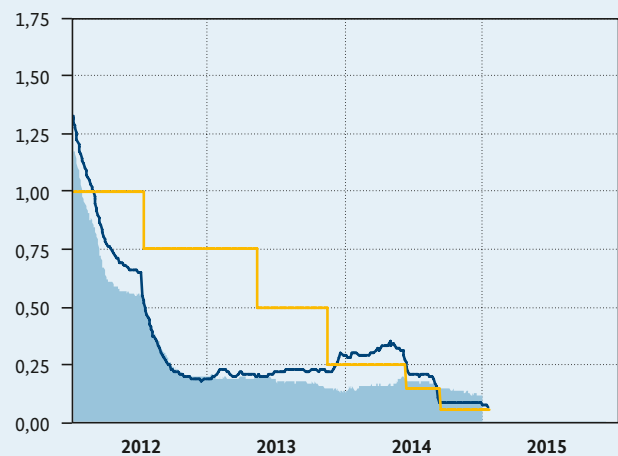
Angesichts der zögerlichen konjunkturellen Erholung im Euroraum bleibt die Geldpolitik der Europäischen Zentralbank (EZB) weiterhin expansiv. Der Zinssatz für Hauptrefinanzierungsgeschäfte liegt seit September 2014 bei 0,05%, der Einlagenzins liegt mit -0,20% im negativen Bereich. Im Rahmen der neuen EZB-Programme wurde der Markt zudem mit Liquidität versorgt, indem gedeckte Schuldverschreibungen und Asset-Backed Securities im Wert von 33,1 Mrd. Euro aufgekauft wurden.<sup>4</sup> Im letzten Dezember wurde außerdem die zweite gezielte längerfristige Refinanzierungsoperation (TLTRO) durchgeführt, wodurch den Geschäftsbanken im Euroraum zusätzliche Liquidität in Höhe von knapp 130 Mrd. Euro für einen Zeitraum von fast vier Jahren bereitgestellt wurde. Allerdings gab es auch erneut Rückzahlungen aus vergangenen längerfristigen Refinanzierungsoperationen. Im Dezember beliefen sich diese beispielsweise auf eine Summe von 75 Mrd. Euro. Gleichwohl hat die EZB ihre Bilanz seit letztem Herbst um etwa 9% auf 2,17 Bio. Euro (Stand: 13. Januar) ausweiten können.

**EZB Bilanzsumme**  
(in Billionen Euro)



Quellen: EZB, Macrobond

**Geldmarktsätze in der Eurozone**  
(in %)



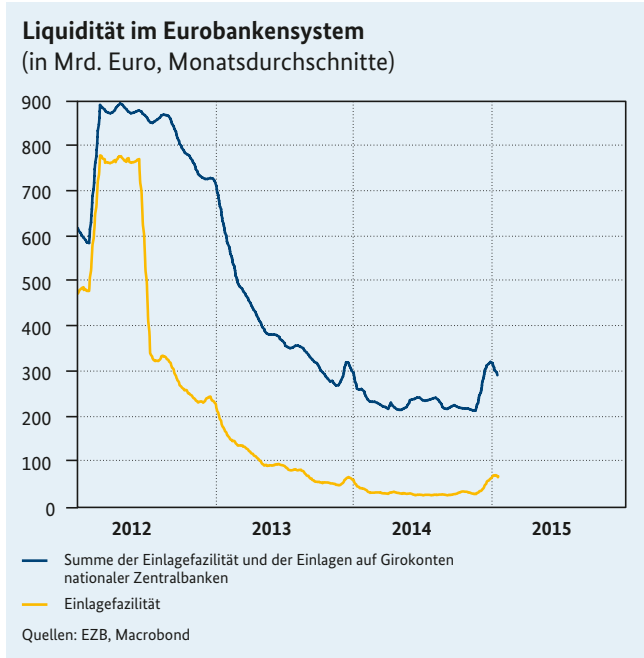
Quelle: Macrobond

Auch die US-Geldpolitik bleibt expansiv ausgerichtet. Bereits seit Ende 2008 liegt der Leitzins auf einem Rekordtief von 0,00 bis 0,25%. Jedoch macht die positive konjunkturelle Entwicklung eine Normalisierung der Geldpolitik zunehmend wahrscheinlicher. Die Mitglieder des Offen-

<sup>4</sup> Bestand der Wertpapiere, die im Rahmen des Programms zum Ankauf von Asset-Backed Securities (ABSPP) und dem dritten Programm zum Ankauf gedeckter Schuldverschreibungen (CBPP3) am 9. Januar 2015 in der EZB-Bilanz enthalten waren.

marktausschusses, der für die Ausrichtung der Geldpolitik verantwortlich ist, rechnen mehrheitlich mit einem Anstieg im Laufe des Jahres. Bereits im Oktober endete das Wertpapierankaufprogramm. Seit 2008 wurde die Zentralbankbilanz im Rahmen einer umfangreichen quantitativen Lockerung auf 4,5 Billionen US-Dollar ausgeweitet und damit mehr als vervierfacht.

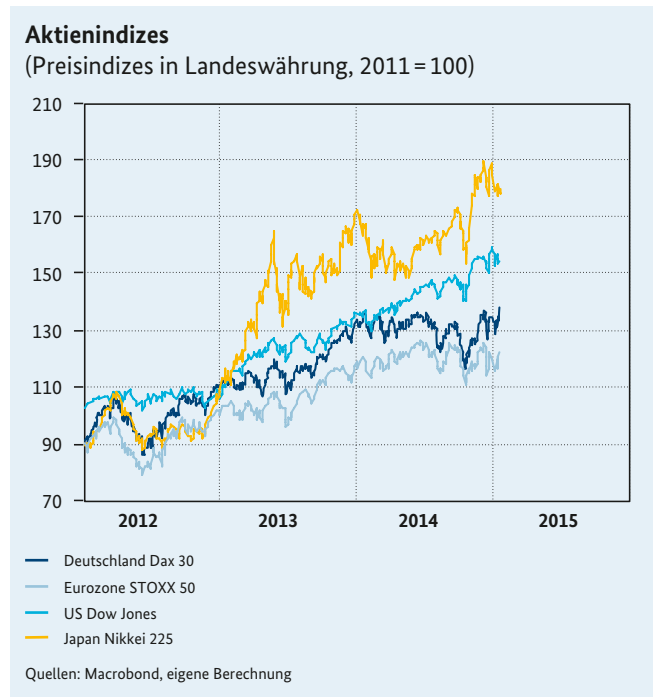
Die Erholung des europäischen Interbankenmarkts kommt weiterhin nur zögerlich voran. Trotz niedriger Risikoabschläge entwickelt sich die Kreditvergabe zwischen den Geldinstituten seit einigen Monaten tendenziell rückläufig. Der Grund dafür sind die geldpolitischen Sondermaßnahmen der Europäischen Zentralbank. Die umfangreiche Versorgung der Banken mit Liquidität hat die Notwendigkeit einer Refinanzierung am Interbankenmarkt reduziert. In der Folge ist die tagesdurchschnittliche Überschussliquidität der Banken von 107 Mrd. Euro im November auf 154 Mrd. Euro im Dezember angestiegen. Die aktuelle politische Situation in Griechenland dürfte für zusätzliche Unsicherheit sorgen.



Die europäischen Aktienmärkte haben sich im Berichtszeitraum<sup>5</sup> mehrheitlich positiv entwickelt. Der europäische STOXX 600 nahm kräftig um 7,2%, der EURO STOXX 50 für den Euroraum um 5,1% zu. Der deutsche DAX 30 konnte

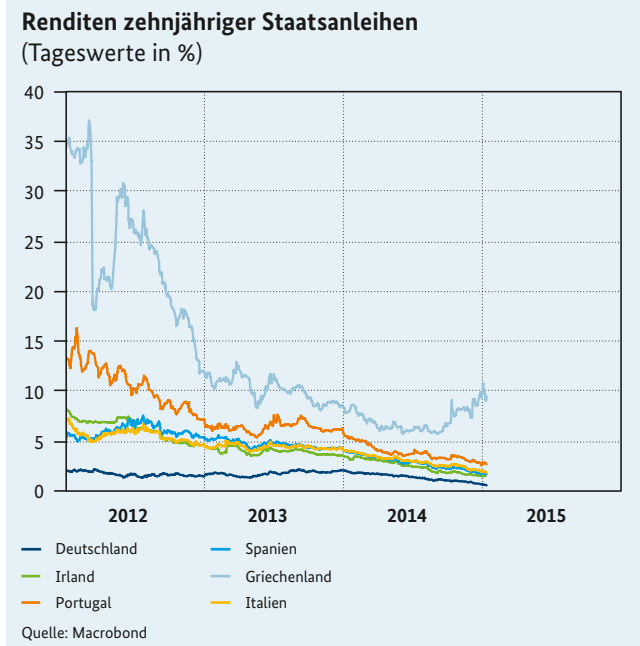
um 6,3% zulegen. Die russische Börse hat sich etwas stabilisiert, nachdem sie im letzten Jahr etwa die Hälfte ihres Wertes verloren hatte. An den internationalen Märkten stiegen sowohl der US-amerikanische S&P 500 (+2,5%) als auch der japanische Nikkei-Index (+1,7%).

Der Euro hat im Vergleich zur US-Währung weiter an Wert verloren. Mitte Januar lag er unter der Marke von 1,15 US-Dollar pro Euro und damit auf dem niedrigsten Stand seit etwa neun Jahren. Im Frühjahr 2014 hatte der Wert noch knapp 1,40 US-Dollar betragen. Gegenüber dem japanischen Yen hat der Euro seit Anfang Dezember um über 9% verloren.



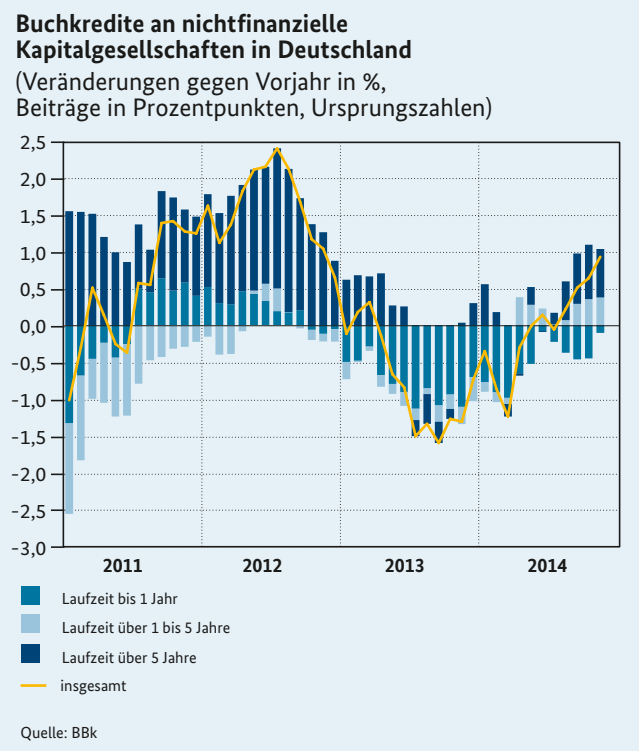
Die Renditen zehnjähriger Staatsanleihen haben sich in den meisten europäischen Staaten weiter verringert. In Deutschland sind die Zinsen Mitte Januar weiter auf ein neues historisches Tief von 0,41% gefallen. Die Kurse griechischer Staatsanleihen haben sich nach ihrem kräftigen Einbruch zumindest stabilisiert. Die Rendite zehnjähriger griechischer Staatsanleihen lag zuletzt dennoch bei über 9%. Dies ist ein Vielfaches dessen, was andere Staaten wie Portugal (2,5%), Spanien (1,5%) oder Italien (1,7%) für die Aufnahme von Staatsschulden zahlen müssen.

5 Berichtszeitraum: 16. Dezember 2014 bis 16. Januar 2015.



Der Umfang der in Deutschland an nicht-finanzielle Kapitalgesellschaften vergebenen Buchkredite hat sich in den letzten Monaten erholt und lag im November um 0,9% über dem Niveau des Vorjahres. Die Vergabe von mittel- und längerfristigen Krediten wurde zum Vorjahr um 2,8% bzw. 0,9% ausgeweitet. Die Kreditvergabe an private Haushalte zog im letzten Jahr ebenfalls etwas an. Die Jahresrate lag im November bei 1,4%. Wichtigste Triebfeder war hierbei die steigende Vergabe von Wohnungsbaukrediten (+2,3%).

Die Kredithürde für deutsche Unternehmen bleibt weiterhin niedrig. Im Dezember hat sich die ifo Kredithürde noch einmal verringert und erreichte damit erneut den Tiefstand vom Mai 2014. Lediglich 17,4% der Unternehmen gaben an, die Kreditvergabe sei restriktiv.



Das Wachstum der Geldmenge M3 im Euroraum hat sich weiter beschleunigt. Im November stieg die Jahresrate auf 3,1% und damit den höchsten Wert seit etwa zwei Jahren. Der Anstieg geht vorrangig auf eine Ausweitung der enger gefassten Geldmenge M1 zurück, die auf Jahresfrist um 6,9% gestiegen ist. Dies spiegelt die Liquiditätspräferenz des geldhaltenden Sektors wider. Im Vergleich zum Vorkrisenniveau bleibt die monetäre Dynamik aber dennoch verhalten. Zwischen 2000 und 2007 betrug die durchschnittliche Jahresrate der Geldmenge M3 über 7%.





# III. Übersichten und Grafiken

# 1. Gesamtwirtschaft

## 1.1 Bruttoinlandsprodukt und Verwendung<sup>1</sup>

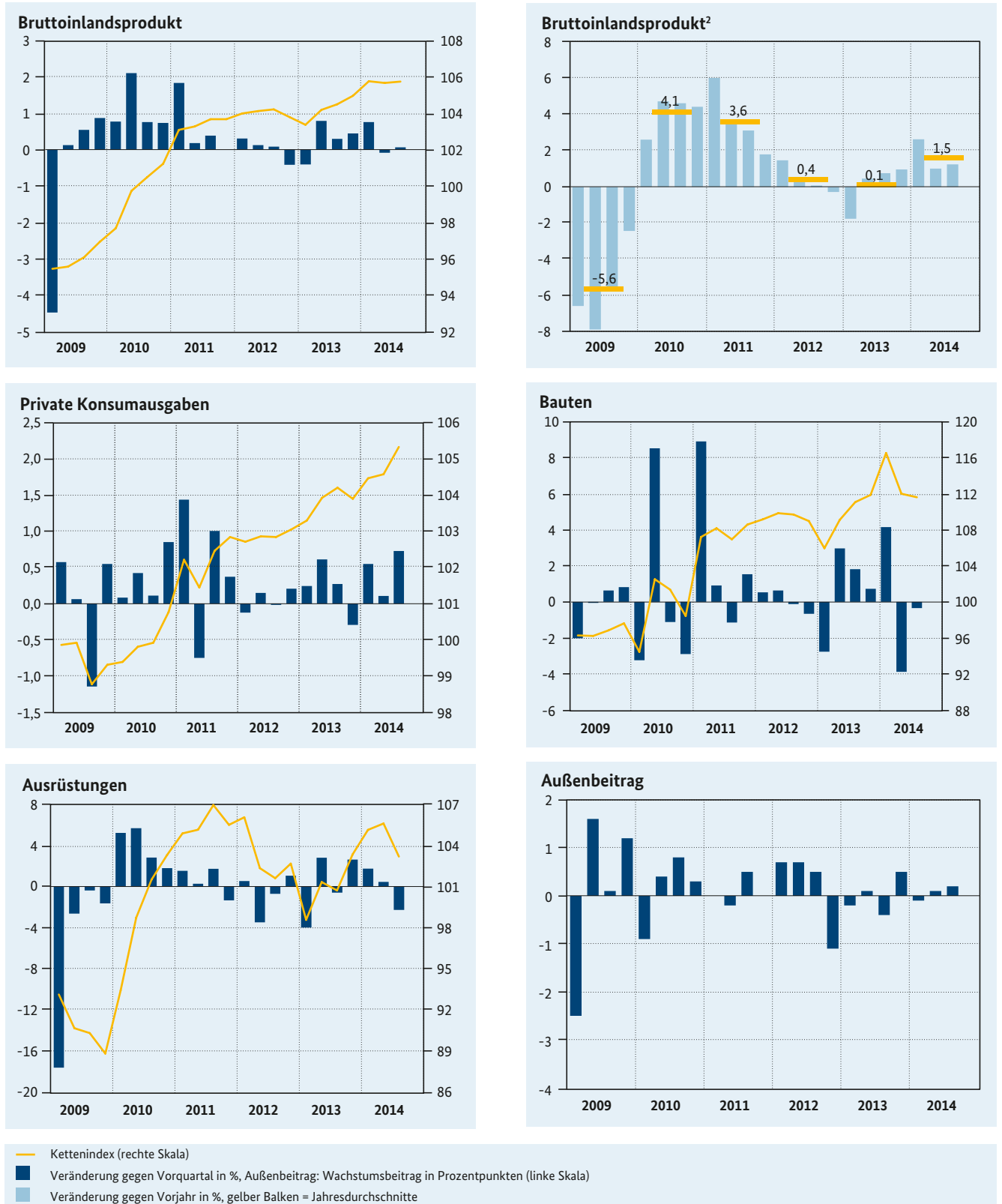
	Veränderungen gegen Vorzeitraum in % <sup>2</sup>										
	2012			2013				2014			
	1. Vj.	2. Vj.	3. Vj.	4. Vj.	1. Vj.	2. Vj.	3. Vj.	4. Vj.	1. Vj.	2. Vj.	3. Vj.
<b>Bruttoinlandsprodukt und Komponenten</b>											
Bruttoinlandsprodukt (BIP)	+ 0,3	+ 0,1	+ 0,1	- 0,4	- 0,4	+ 0,8	+ 0,3	+ 0,4	+ 0,8	- 0,1	+ 0,1
Inländische Verwendung	- 0,4	- 0,6	- 0,5	+ 0,7	- 0,2	+ 0,7	+ 0,7	0,0	+ 0,9	- 0,2	- 0,2
Private Konsumausgaben <sup>3</sup>	- 0,1	+ 0,1	0,0	+ 0,2	+ 0,2	+ 0,6	+ 0,3	- 0,3	+ 0,5	+ 0,1	+ 0,7
Konsumausgaben des Staates	0,0	+ 0,7	- 0,1	+ 0,4	0,0	0,0	+ 0,6	- 0,1	+ 0,2	+ 0,4	+ 0,6
Bruttoanlageinvestitionen	+ 0,2	- 0,8	- 0,2	0,0	- 2,6	+ 2,4	+ 0,8	+ 1,2	+ 2,8	- 1,8	- 0,9
Ausrüstungen	+ 0,5	- 3,5	- 0,7	+ 1,1	- 4,0	+ 2,8	- 0,6	+ 2,6	+ 1,7	+ 0,4	- 2,3
Bauten	+ 0,5	+ 0,6	- 0,1	- 0,7	- 2,8	+ 3,0	+ 1,8	+ 0,7	+ 4,2	- 3,9	- 0,3
Sonstige Anlagen	- 1,2	+ 0,8	+ 0,8	- 0,3	+ 0,7	0,0	+ 0,2	+ 0,2	+ 0,7	+ 0,1	+ 0,2
Exporte	+ 1,6	+ 1,2	+ 1,0	- 2,1	+ 0,7	+ 1,4	+ 0,7	+ 1,7	- 0,2	+ 1,2	+ 1,9
Importe	+ 0,2	- 0,3	- 0,2	+ 0,2	+ 1,2	+ 1,3	+ 1,7	+ 0,7	- 0,1	+ 1,1	+ 1,7
<b>Wachstumsbeiträge in Prozentpunkten<sup>4</sup></b>											
Inländische Verwendung	- 0,3	- 0,6	- 0,4	+ 0,6	- 0,2	+ 0,7	+ 0,7	- 0,1	+ 0,8	- 0,2	- 0,2
Private Konsumausgaben <sup>3</sup>	- 0,1	+ 0,1	0,0	+ 0,1	+ 0,1	+ 0,3	+ 0,2	- 0,2	+ 0,3	+ 0,1	+ 0,4
Konsumausgaben des Staates	0,0	+ 0,1	0,0	+ 0,1	0,0	0,0	+ 0,1	0,0	0,0	+ 0,1	+ 0,1
Bruttoanlageinvestitionen	+ 0,1	- 0,2	0,0	0,0	- 0,5	+ 0,5	+ 0,2	+ 0,3	+ 0,6	- 0,4	- 0,2
Ausrüstungen	0,0	- 0,2	- 0,1	+ 0,1	- 0,3	+ 0,2	0,0	+ 0,2	+ 0,1	0,0	- 0,2
Bauten	+ 0,1	+ 0,1	0,0	- 0,1	- 0,3	+ 0,3	+ 0,2	+ 0,1	+ 0,4	- 0,4	0,0
Sonstige Anlagen	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
Vorratsveränderung <sup>5</sup>	- 0,3	- 0,6	- 0,4	+ 0,5	+ 0,2	- 0,2	+ 0,3	- 0,1	- 0,1	+ 0,1	- 0,5
Außenbeitrag	+ 0,7	+ 0,7	+ 0,5	- 1,1	- 0,2	+ 0,1	- 0,4	+ 0,5	- 0,1	+ 0,1	+ 0,2

	Veränderungen gegen Vorjahreszeitraum in % <sup>6</sup>										
							2013		2014		
	2009	2010	2011	2012	2013	2014	3. Vj.	4. Vj.	1. Vj.	2. Vj.	3. Vj.
<b>Bruttoinlandsprodukt und Komponenten</b>											
Bruttoinlandsprodukt (BIP)	- 5,6	+ 4,1	+ 3,6	+ 0,4	+ 0,1	+ 1,5	+ 0,8	+ 1,0	+ 2,6	+ 1,0	+ 1,2
Inländische Verwendung	- 3,2	+ 3,0	+ 3,0	- 0,9	+ 0,7	+ 1,2	+ 2,3	+ 1,0	+ 2,4	+ 1,1	+ 0,5
Private Konsumausgaben <sup>3</sup>	0,0	+ 0,6	+ 2,3	+ 0,7	+ 0,8	+ 1,1	+ 2,0	+ 0,7	+ 0,9	+ 0,8	+ 1,2
Konsumausgaben des Staates	+ 3,0	+ 1,3	+ 0,7	+ 1,2	+ 0,7	+ 1,0	+ 1,0	+ 0,4	+ 0,7	+ 1,1	+ 1,3
Bruttoanlageinvestitionen	- 9,9	+ 5,1	+ 7,3	- 0,7	- 0,6	+ 3,1	+ 1,6	+ 1,2	+ 8,8	+ 1,7	+ 1,3
Ausrüstungen	-21,8	+ 9,9	+ 6,1	- 3,0	- 2,4	+ 3,7	+ 0,1	+ 0,1	+ 7,4	+ 3,0	+ 2,6
Bauten	- 3,4	+ 3,2	+ 8,4	+ 0,6	- 0,1	+ 3,4	+ 2,6	+ 2,2	+12,8	+ 1,0	+ 0,5
Sonstige Anlagen	+ 0,8	+ 1,1	+ 6,8	+ 0,1	+ 1,3	+ 1,2	+ 0,7	+ 1,1	+ 1,2	+ 1,2	+ 1,2
Exporte	-14,3	+14,5	+ 8,0	+ 2,8	+ 1,6	+ 3,7	+ 1,6	+ 4,3	+ 4,1	+ 2,6	+ 4,8
Importe	- 9,6	+12,9	+ 7,2	0,0	+ 3,1	+ 3,3	+ 5,2	+ 4,9	+ 3,9	+ 3,1	+ 3,6

Quelle: Statistisches Bundesamt.

- 1 Preisbereinigt, BIP Kettenindex 2010=100;
- 2 Kalender- und saisonbereinigt, Verfahren Census X-12-ARIMA;
- 3 Einschließlich private Organisationen ohne Erwerbszweck;
- 4 Rechnerischer Wachstumsbeitrag zum Bruttoinlandsprodukt;
- 5 Einschließlich Nettozugang an Wertsachen;
- 6 Ursprungszahlen von Kalenderunregelmäßigkeiten nicht bereinigt.

## 1.2 Entwicklung des Bruttoinlandsprodukts und wichtiger Verwendungskomponenten<sup>1</sup>



Quelle: Statistisches Bundesamt.

1 Preisbereinigt, BIP Kettenindex 2010=100;

2 Ursprungszahlen von Kalenderunregelmäßigkeiten nicht bereinigt.

### 1.3 Bruttowertschöpfung, gesamtwirtschaftliche Kennzahlen und Prognosespektrum

	Veränderungen gegen Vorzeitraum in % <sup>1</sup>										
	2012				2013				2014		
	1. Vj.	2. Vj.	3. Vj.	4. Vj.	1. Vj.	2. Vj.	3. Vj.	4. Vj.	1. Vj.	2. Vj.	3. Vj.
<b>Bruttowertschöpfung nach Wirtschaftsbereichen<sup>2</sup></b>											
Bruttowertschöpfung	+ 0,5	+ 0,2	+ 0,1	- 0,7	- 0,1	+ 0,5	+ 0,4	+ 0,6	+ 0,8	- 0,4	+ 0,3
Produzierendes Gewerbe (ohne Baugewerbe)	+ 2,1	+ 0,4	+ 0,1	- 1,9	+ 0,7	+ 0,9	+ 0,3	+ 1,2	0,0	- 0,4	+ 0,1
Baugewerbe	0,0	+ 0,2	- 0,7	- 1,7	- 0,7	+ 1,4	+ 1,4	+ 1,4	+ 3,8	- 3,4	+ 0,1
Handel, Verkehr und Gastgewerbe	- 1,8	- 0,2	- 0,3	- 0,3	+ 0,1	+ 0,3	+ 0,4	+ 0,2	+ 1,9	- 0,5	+ 0,3
Finanz- und Versicherungsdienstleister	- 0,1	+ 2,5	+ 1,1	- 1,1	- 0,9	- 2,1	+ 1,5	- 0,4	+ 1,2	- 2,2	- 0,1
Unternehmensdienstleister	+ 0,8	- 0,7	+ 0,1	- 0,1	+ 0,1	+ 1,0	+ 0,4	+ 0,3	+ 0,9	+ 0,2	+ 1,0
Öffentliche Dienstleister, Erziehung, Gesundheit	+ 0,4	+ 0,3	+ 0,2	+ 0,2	- 0,9	+ 0,3	+ 0,2	+ 0,6	+ 0,4	- 0,2	0,0

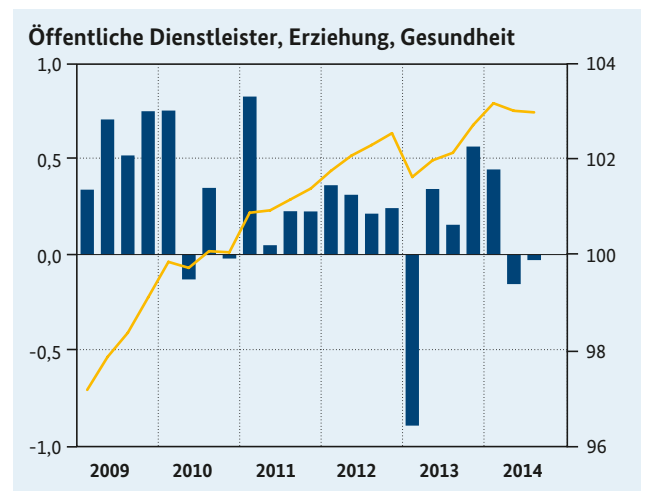
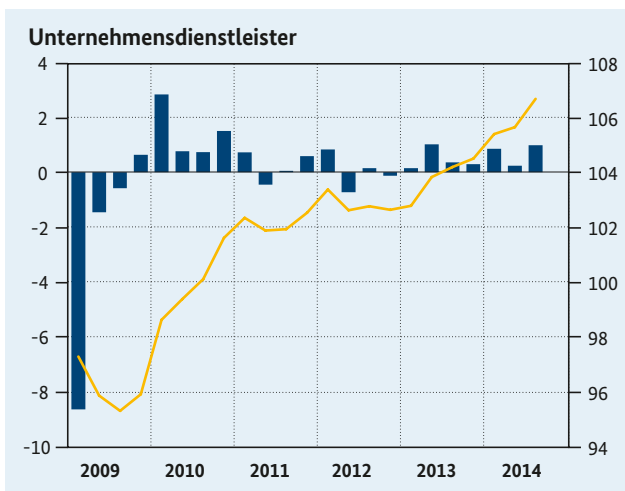
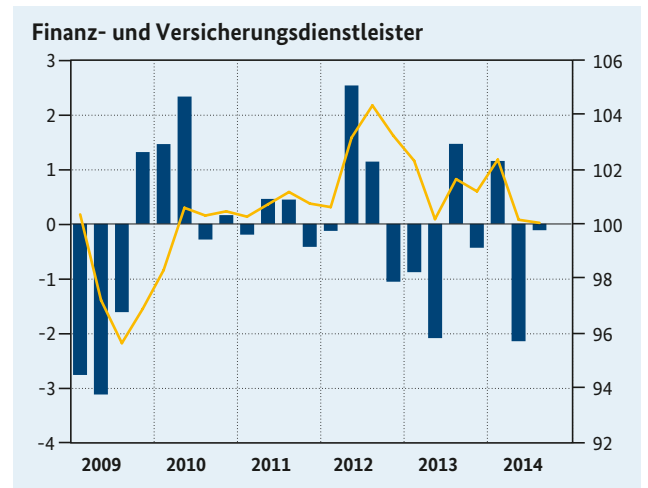
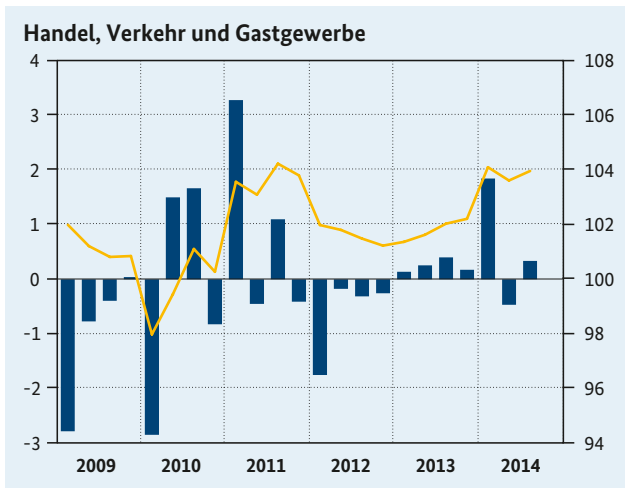
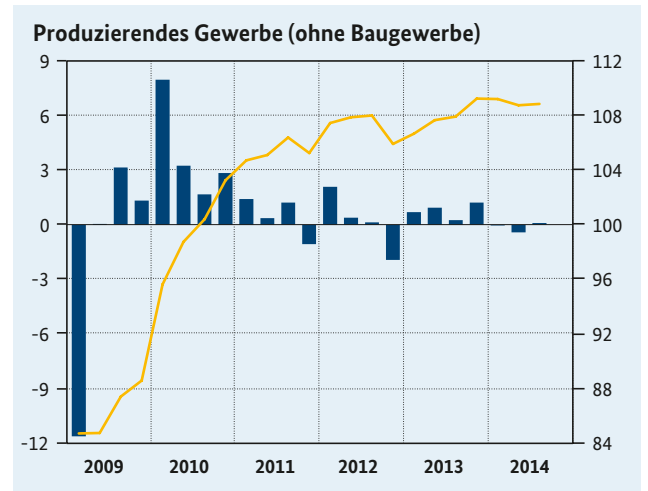
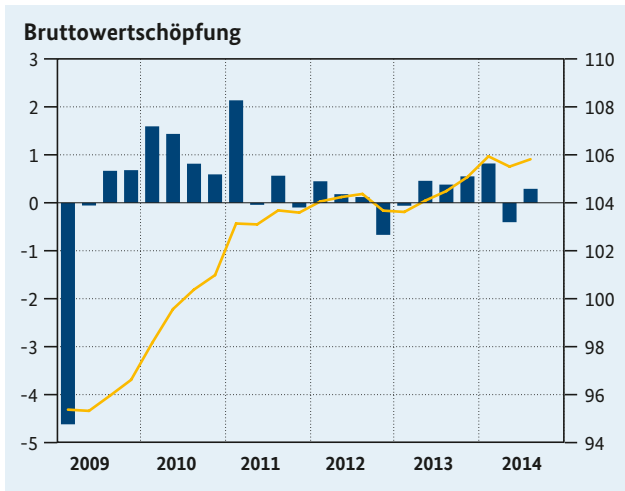
	Veränderungen gegen Vorjahreszeitraum in % <sup>9</sup>										
	2013						2014				
	2009	2010	2011	2012	2013	2014	3. Vj.	4. Vj.	1. Vj.	2. Vj.	3. Vj.
<b>Preisentwicklung</b>											
Preisindex	+ 1,8	+ 0,7	+ 1,1	+ 1,5	+ 2,1	+ 1,8	+ 1,9	+ 1,9	+ 2,0	+ 1,9	+ 1,7
Inländische Verwendung	+ 0,3	+ 1,6	+ 2,1	+ 1,7	+ 1,6	+ 1,4	+ 1,4	+ 1,4	+ 1,5	+ 1,5	+ 1,3
Private Konsumausgaben	- 0,4	+ 2,0	+ 1,9	+ 1,5	+ 1,2	+ 1,0	+ 1,3	+ 1,1	+ 1,1	+ 1,1	+ 1,1
<b>Kennzahlen</b>											
Erwerbstätige <sup>3</sup>	+ 0,1	+ 0,3	+ 1,3	+ 1,1	+ 0,6	+ 0,9	+ 0,6	+ 0,5	+ 0,7	+ 0,9	+ 0,9
Arbeitsvolumen <sup>4</sup>	- 3,1	+ 1,6	+ 1,6	- 0,3	- 0,3	+ 1,4	+ 0,8	+ 0,2	+ 2,6	+ 0,6	+ 1,0
Arbeitsproduktivität <sup>5</sup>	- 5,7	+ 3,8	+ 2,2	- 0,7	- 0,5	+ 0,6	+ 0,2	+ 0,4	+ 1,9	+ 0,1	+ 0,3
Lohnkosten je Arbeitnehmer <sup>6</sup>	+ 0,2	+ 2,5	+ 2,9	+ 2,5	+ 1,9	+ 2,6	+ 1,9	+ 2,0	+ 2,8	+ 2,6	+ 2,5
Lohnstückkosten <sup>7</sup>	+ 6,3	- 1,2	+ 0,7	+ 3,3	+ 2,4	+ 1,9	+ 1,7	+ 1,6	+ 0,9	+ 2,5	+ 2,2
verfügbares Einkommen <sup>8</sup>	- 1,2	+ 2,7	+ 3,8	+ 2,0	+ 1,8	+ 2,2	+ 3,2	+ 1,8	+ 2,1	+ 2,1	+ 2,4
Terms of Trade	+ 4,6	- 2,3	- 2,4	- 0,5	+ 1,5	+ 1,4	+ 1,5	+ 1,7	+ 1,5	+ 1,4	+ 1,3

Prognose Bruttoinlandsprodukt <sup>9</sup>		Veränderung in % gegen Vorjahr		
Institution		Stand	2015	2016
DIW	Deutsches Institut für Wirtschaftsforschung	12/2014	+ 1,4	+ 1,7
HWWI	Hamburgisches WeltWirtschaftsinstitut	12/2014	+ 1,3	-
ifo	ifo Institut für Wirtschaftsforschung	12/2014	+ 1,5	-
IfW	Institut für Weltwirtschaft	12/2014	+ 1,7	+ 1,9
IWH	Institut für Wirtschaftsforschung Halle	12/2014	+ 1,3	+ 1,6
RWI	Rheinisch-Westfälisches Institut für Wirtschaftsforschung	12/2014	+ 1,5	-
EU	Europäische Union	11/2014	+ 1,1	+ 1,8
OECD	Organisation for Economic Co-operation and Development <sup>10</sup>	11/2014	+ 1,3	+ 1,9
Bundesregierung	Herbstprojektion	10/2014	+ 1,3	-
Institute	Gemeinschaftsdiagnose (Institute)	10/2014	+ 1,2	-
IWF	Internationaler Währungsfonds	10/2014	+ 1,5	-

Quellen: Statistisches Bundesamt, Institute, internationale Organisationen.

- 1 Preisbereinigt, Kettenindex 2010 = 100, kalender- und saisonbereinigt, Verfahren Census X-12-ARIMA; 2 Ohne Nettogütersteuern;  
 3 Inlandskonzept; 4 Geleistete Arbeitsstunden der Erwerbstätigen (IAB der Bundesagentur für Arbeit, Nürnberg); 5 BIP je Erwerbstätigen;  
 6 Arbeitnehmerentgelt je Arbeitnehmer im Inland; 7 Lohnkosten (Arbeitnehmerentgelt je Arbeitnehmer) in Relation zur Arbeitsproduktivität (BIP bzw. Bruttowertschöpfung preisbereinigt je Erwerbstätigen); 8 Der privaten Haushalte; 9 Ursprungszahlen;  
 10 Eigene Berechnung kalenderbereinigte Werte in Ursprungswerte.

### 1.4 Bruttowertschöpfung nach Wirtschaftsbereichen<sup>1</sup>

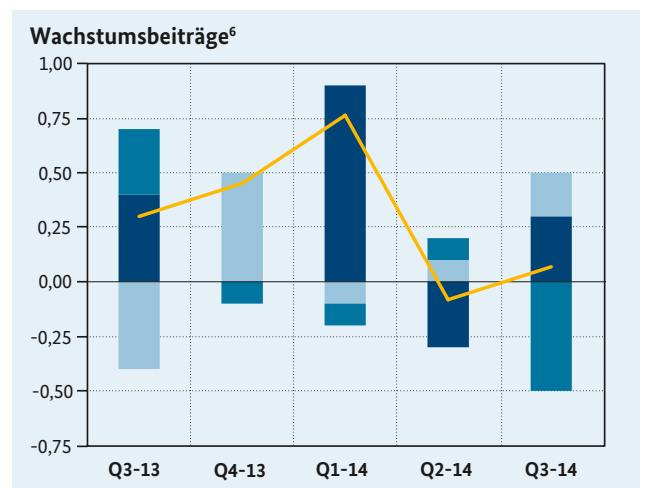
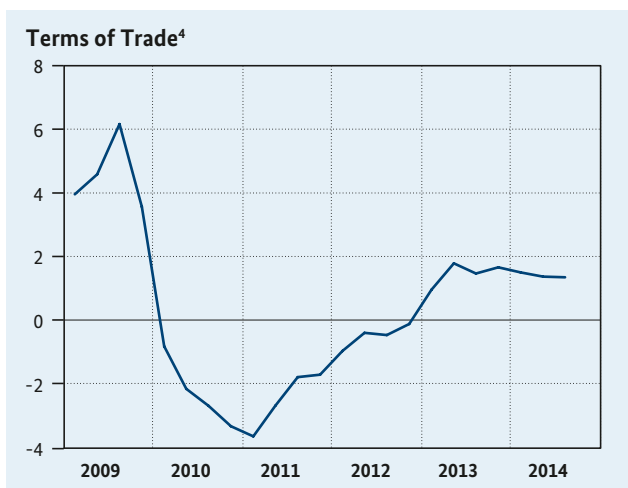
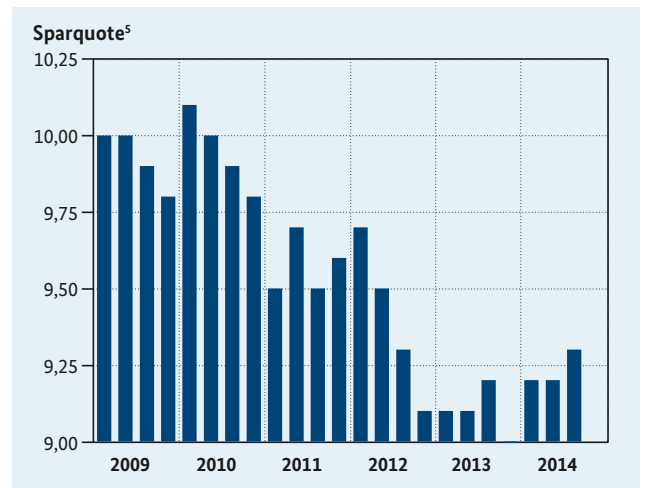
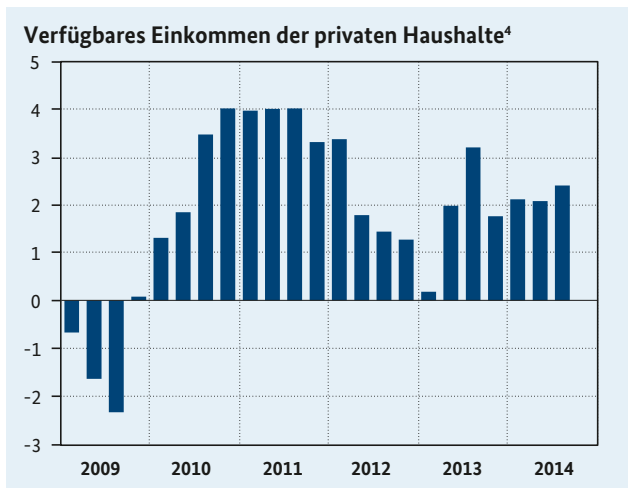
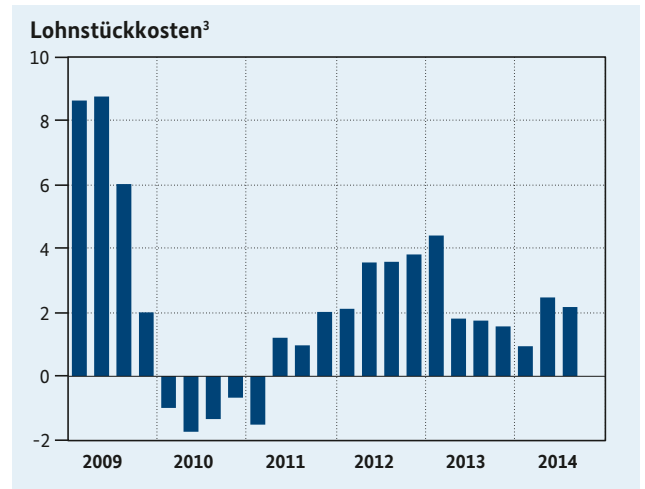
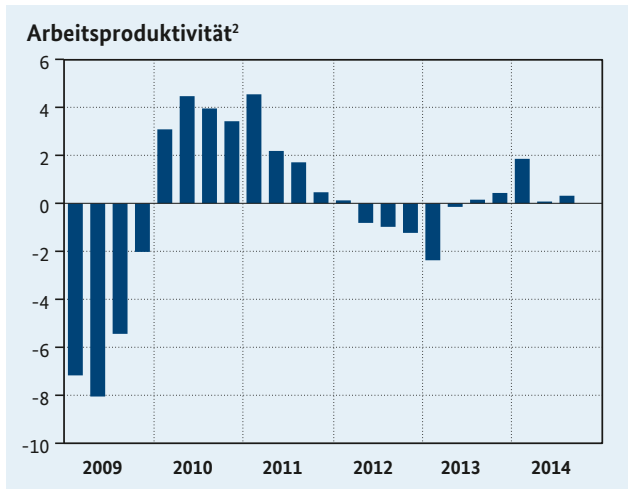


— Kettenindex (rechte Skala)  
 ■ Veränderung gegen Vorquartal in % (linke Skala)

Quelle: Statistisches Bundesamt.

<sup>1</sup> Preisbereinigt, Kettenindex 2010 = 100, kalender- und saisonbereinigte Werte, Verfahren Census X-12-ARIMA.

### 1.5 Entwicklung wichtiger gesamtwirtschaftlicher Kennzahlen<sup>1</sup>



■ Veränderung gegen Vorjahr in %

■ Vorratsveränderungen  
 ■ Außenbeitrag  
 ■ Inländische Verwendung (ohne Vorratsveränderungen)  
 — reales BIP gegen Vorquartal in %

Quelle: Statistisches Bundesamt.

1 Preisbereinigt, Kettenindex 2010 = 100; 2 Reales BIP je Erwerbstätigen, Ursprungszahlen;

3 Lohnkosten zur Arbeitsproduktivität, Ursprungszahlen; 4 Ursprungszahlen; 5 Saisonbereinigt, Verfahren Census X-12-ARIMA;

6 Wachstumsbeiträge, Verfahren Census X-12-ARIMA.

## 1.6 Internationaler Vergleich

					2011		2012			2013				2014		
	2011	2012	2013	2014	4. Vj.	1. Vj.	2. Vj.	3. Vj.	4. Vj.	1. Vj.	2. Vj.	3. Vj.	4. Vj.	1. Vj.	2. Vj.	3. Vj.
<b>Bruttoinlandsprodukt<sup>1</sup></b>	<b>Veränderungen gegen Vorperiode in %</b>															
Deutschland	+ 3,6	+ 0,4	+ 0,1	+ 1,5	0,0	+ 0,3	+ 0,1	+ 0,1	- 0,4	- 0,4	+ 0,8	+ 0,3	+ 0,4	+ 0,8	- 0,1	+ 0,1
Eurozone (EZ 18) <sup>2</sup>	+ 1,6	- 0,7	- 0,5	-	- 0,3	- 0,1	- 0,3	- 0,1	- 0,4	- 0,4	+ 0,3	+ 0,2	+ 0,2	+ 0,3	+ 0,1	+ 0,2
Europäische Union (EU 28) <sup>3</sup>	+ 1,7	- 0,4	0,0	-	- 0,2	- 0,1	- 0,2	0,0	- 0,4	- 0,1	+ 0,4	+ 0,3	+ 0,4	+ 0,4	+ 0,2	+ 0,3
Japan	- 0,5	+ 1,8	+ 1,6	-	+ 0,1	+ 1,1	- 0,4	- 0,5	- 0,2	+ 1,5	+ 0,7	+ 0,4	- 0,4	+ 1,4	- 1,7	- 0,5
USA	+ 1,6	+ 2,3	+ 2,2	-	+ 1,1	+ 0,6	+ 0,4	+ 0,6	0,0	+ 0,7	+ 0,4	+ 1,1	+ 0,9	- 0,5	+ 1,1	+ 1,2
China	+ 9,3	+ 7,7	+ 7,7	-	+ 1,8	+ 1,4	+ 2,1	+ 2,0	+ 1,9	+ 1,6	+ 1,8	+ 2,3	+ 1,7	+ 1,5	+ 2,0	+ 1,9
<b>Leistungsbilanzsaldo</b>	<b>in % des BIP<sup>4</sup></b>															
Deutschland	+ 6,0	+ 7,2	+ 6,8	-	+ 6,2	+ 6,9	+ 7,1	+ 7,8	+ 7,0	+ 6,8	+ 6,9	+ 6,2	+ 7,1	+ 7,1	+ 7,1	+ 8,1
Eurozone (EZ 18) <sup>2</sup>	+ 0,1	+ 1,4	+ 2,3	-	+ 0,2	+ 0,5	+ 1,7	+ 2,0	+ 1,9	+ 2,1	+ 2,5	+ 1,9	+ 2,2	+ 2,4	+ 2,3	+ 2,6
Europäische Union (EU 28) <sup>3</sup>	- 0,7	+ 0,2	+ 0,8	-	- 0,2	- 0,4	+ 0,1	+ 0,6	+ 0,4	+ 0,8	+ 1,1	+ 0,5	+ 0,9	+ 0,4	+ 0,4	+ 0,4
Japan	+ 2,1	+ 1,1	+ 0,7	-	+ 0,4	+ 0,3	+ 0,2	+ 0,2	+ 0,3	+ 0,2	+ 0,4	+ 0,1	0,0	- 0,3	+ 0,1	+ 0,1
USA	- 2,9	- 2,8	- 2,3	-	- 2,8	- 3,1	- 3,0	- 2,8	- 2,6	- 2,6	- 2,6	- 2,4	- 2,0	- 2,4	- 2,3	- 2,3
China	+ 1,9	+ 2,6	+ 2,0	-	+ 0,3	+ 0,3	+ 0,5	+ 0,6	+ 0,3	+ 0,4	+ 0,4	+ 0,3	+ 0,2	+ 0,1	+ 0,5	+ 0,5
					2013		2014									
	2012	2013	2014	Dez.	Jan.	Feb.	März	April	Mai	Juni	Juli	Aug.	Sept.	Okt.	Nov.	Dez.
<b>Arbeitslosenquoten<sup>5</sup></b>	<b>in %</b>															
Deutschland	5,4	5,2	-	5,1	5,1	5,0	5,0	5,0	5,0	5,0	5,0	5,0	5,0	5,0	5,0	-
Eurozone (EZ 18) <sup>2</sup>	11,3	12,0	-	11,8	11,8	11,8	11,7	11,6	11,6	11,5	11,6	11,5	11,5	11,5	11,5	-
Europäische Union (EU 28) <sup>3</sup>	10,5	10,8	-	10,6	10,6	10,5	10,4	10,3	10,3	10,2	10,1	10,1	10,0	10,1	10,0	-
Japan	4,3	4,0	-	3,7	3,7	3,6	3,6	3,6	3,5	3,7	3,8	3,5	3,6	3,5	3,5	-
USA	8,1	7,4	6,2	6,7	6,6	6,7	6,6	6,2	6,3	6,1	6,2	6,1	5,9	5,7	5,8	5,6
China	4,1	4,1	-	4,1	4,1	4,1	4,1	4,1	4,1	4,1	4,1	4,1	4,1	-	-	-
<b>Verbraucherpreise</b>	<b>Veränderungen gegen Vorjahreszeitraum in %</b>															
Deutschland	+ 2,1	+ 1,6	+ 0,8	+ 1,2	+ 1,2	+ 1,0	+ 0,9	+ 1,1	+ 0,6	+ 1,0	+ 0,8	+ 0,8	+ 0,8	+ 0,7	+ 0,5	+ 0,1
Eurozone (EZ 18) <sup>2</sup>	+ 2,5	+ 1,4	+ 0,4	+ 0,8	+ 0,8	+ 0,7	+ 0,5	+ 0,7	+ 0,5	+ 0,5	+ 0,4	+ 0,4	+ 0,3	+ 0,4	+ 0,3	- 0,2
Europäische Union (EU 28) <sup>3</sup>	+ 2,6	+ 1,5	+ 0,6	+ 1,0	+ 0,9	+ 0,8	+ 0,6	+ 0,8	+ 0,6	+ 0,7	+ 0,5	+ 0,5	+ 0,4	+ 0,5	+ 0,3	- 0,1
Japan	0,0	+ 0,4	-	+ 1,6	+ 1,4	+ 1,5	+ 1,6	+ 3,4	+ 3,7	+ 3,6	+ 3,4	+ 3,3	+ 3,3	+ 2,9	+ 2,4	-
USA	+ 2,1	+ 1,5	-	+ 1,5	+ 1,6	+ 1,1	+ 1,5	+ 2,0	+ 2,1	+ 2,1	+ 2,0	+ 1,7	+ 1,7	+ 1,7	+ 1,3	-
China	+ 2,6	+ 2,6	-	+ 2,5	+ 2,5	+ 2,0	+ 2,4	+ 1,8	+ 2,5	+ 2,3	+ 2,3	+ 2,0	+ 1,6	+ 1,6	+ 1,4	+ 1,5

Quellen: Statistisches Bundesamt, OECD, Eurostat, National Bureau of Statistics of China.

1 Preisbereinigt, Jahresangaben auf Basis von Ursprungszahlen, Quartalsangaben auf Basis von saisonbereinigten Werten;

2 Eurozone 18 Mitgliedstaaten (Stand 01.01.2014);

3 Europäische Union 28 Mitgliedstaaten (Stand 01.07.2013);

4 Jeweilige Preise, saisonbereinigte Angaben;

5 Abgrenzung nach ILO, saisonbereinigte Angaben.

## 1.7 Internationaler Vergleich – Konjunkturindikatoren

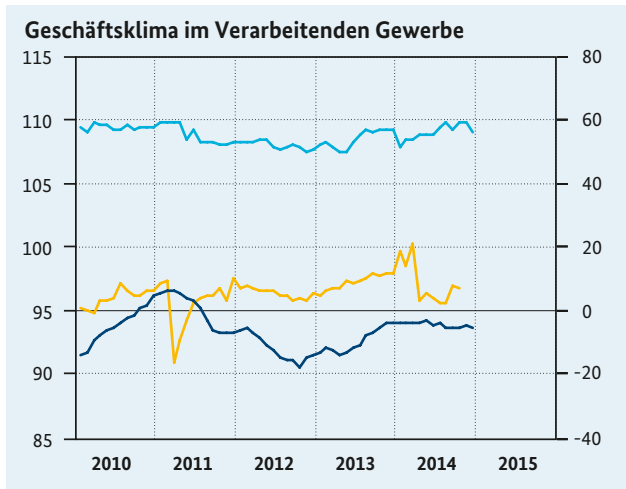
				2014				2014					2015
	2012	2013	2014	1. Vj.	2. Vj.	3. Vj.	4. Vj.	Aug.	Sept.	Okt.	Nov.	Dez.	Jan.
<b>Welt</b>													
OECD & major six CLI <sup>1</sup>	99,8	99,9	-	99,9	99,9	99,9	-	99,9	100,0	100,1	100,1	-	-
CPB Welt Industrieproduktion <sup>2</sup>	119,2	122,1	-	125,1	125,6	126,3	-	125,6	127,1	127,1	-	-	-
CPB Welthandel <sup>2</sup>	128,6	132,2	-	133,8	134,9	137,6	-	136,4	139,1	139,3	-	-	-
S&P GSCI Rohstoff Index	4938	4837	4642	4848	5039	4759	3936	4756	4469	4202	3743	3233	-
<b>Eurozone</b>													
Vertrauensindikator für die Industrie <sup>3</sup>	-11,7	-9,3	-4,2	-3,5	-3,6	-4,9	-4,9	-5,3	-5,5	-5,1	-4,3	-5,2	-
Industrieproduktion <sup>4</sup>	102,0	101,3	-	103,2	102,9	102,5	-	101,9	102,4	102,9	103,2	-	-
Langfristige Renditen, 10-jährige Staatsanleihen	4,0	3,0	2,0	2,7	2,2	1,8	1,5	1,8	1,7	1,6	1,5	1,4	-
Konsumentenvertrauen <sup>5</sup>	-22,1	-18,7	-10,0	-11,2	-7,7	-9,9	-11,2	-10,0	-11,4	-11,1	-11,5	-10,9	-
<b>USA</b>													
Einkaufsmanagerindex Verarbeitendes Gewerbe <sup>6</sup>	51,8	53,9	55,8	52,7	55,2	57,6	57,7	59,0	56,6	59,0	58,7	55,5	-
Industrieproduktion <sup>7</sup>	97,1	99,9	104,2	102,2	103,7	104,7	106,1	104,4	105,3	105,3	106,6	106,5	-
Langfristige Renditen, 10-jährige Staatsanleihen	1,8	2,3	2,5	2,8	2,6	2,5	2,3	2,4	2,5	2,3	2,3	2,2	-
Konsumentenvertrauen <sup>8</sup>	67,1	73,2	86,9	80,5	83,4	90,9	92,6	93,4	89,0	94,1	91,0	92,6	-
<b>Japan</b>													
All-Industry-Activity-Index <sup>9</sup>	96,4	97,3	-	99,5	96,1	96,1	-	95,6	96,9	96,8	-	-	-
Industrieproduktion <sup>10</sup>	97,6	97,0	-	102,5	98,6	96,7	-	95,2	98,0	98,4	97,8	-	-
Langfristige Renditen, 10-jährige Staatsanleihen	0,8	0,7	0,5	0,6	0,6	0,5	0,4	0,5	0,5	0,5	0,4	0,3	0,2
Konsumentenvertrauen <sup>11</sup>	40,0	43,6	39,3	38,8	39,1	40,9	38,5	41,2	39,9	38,9	37,7	38,8	-
<b>China</b>													
Vertrauensindikator für die Industrie <sup>12</sup>	50,8	50,8	50,7	50,3	50,7	51,3	50,4	51,1	51,1	50,8	50,3	50,1	-
Industrieproduktion <sup>13</sup>	+10,8	+9,7	-	+8,8	+8,9	+8,0	-	+6,9	+8,0	+7,7	+7,2	-	-
Langfristige Renditen, 10-jährige Staatsanleihen	3,5	3,9	4,2	4,6	4,2	4,2	3,7	4,2	4,0	3,8	3,5	3,6	-
Konsumentenvertrauen <sup>14</sup>	102,4	101,2	-	104,0	103,9	104,5	-	103,8	105,4	103,4	105,5	-	-

Quellen: OECD, CPB, Standard & Poor's, Eurostat, EU-Kommission, ISM, FED, University of Michigan, Japanese MITI, Japanese Cabinet Office, National Bureau of Statistics of China, China Federation of Logistics and Purchasing, Macrobond.

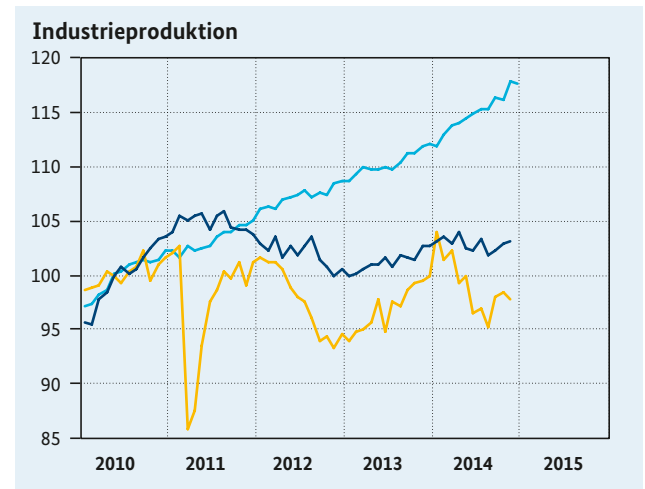
- 1 OECD Composite Leading Indicator, amplitude & seasonal adjusted;
- 2 Index 2005 = 100, preis- und saisonbereinigt;
- 3 DG ECFIN Business Climate Indicator, Salden, saisonbereinigt;
- 4 Index 2010 = 100, preis-, kalender- und saisonbereinigt;
- 5 DG ECFIN Consumer Confidence Indicator, Salden, saisonbereinigt;
- 6 Zusammengesetzter Diffusionsindex, Salden positiver und negativer Antworten, Mittelwert = 50, saisonbereinigt;
- 7 Index 2007 = 100, preis-, kalender- und saisonbereinigt;
- 8 Conference Board, Index 1985 = 100, saisonbereinigt;
- 9 Index 2005 = 100, saisonbereinigt;
- 10 Index 2010 = 100, preis- und saisonbereinigt;
- 11 Gesamtindex, saisonbereinigt;
- 12 Manufacturing PMI, Index, Wachstumsschwelle = 50, saisonbereinigt;
- 13 Jahresraten auf Basis von Ursprungszahlen;
- 14 Consumer Confidence Index, Wachstumsschwelle = 100.



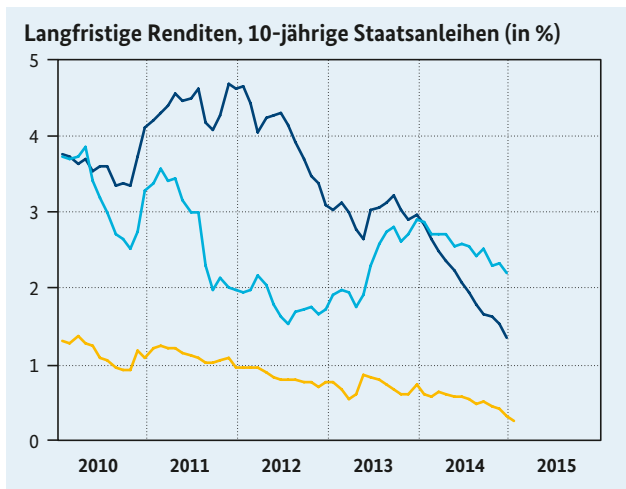
## 1.8 Internationaler Vergleich – Entwicklung der Konjunkturindikatoren



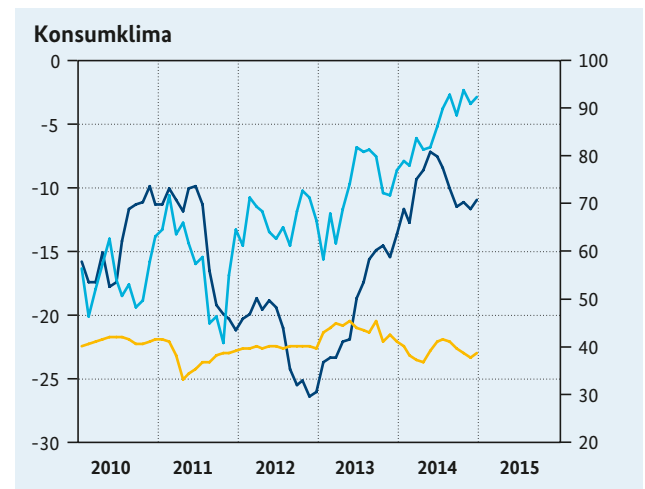
— USA-Einkaufsmanagerindex Verarbeitendes Gewerbe (rechte Skala)<sup>1</sup>  
 — Japan-All-Industry-Activity-Index (linke Skala)<sup>2</sup>  
 — Vertrauensindikator für die Industrie in der Eurozone (rechte Skala)<sup>3</sup>



— Eurozone<sup>6</sup>  
 — USA<sup>4</sup>  
 — Japan<sup>5</sup>



— Eurozone  
 — USA  
 — Japan



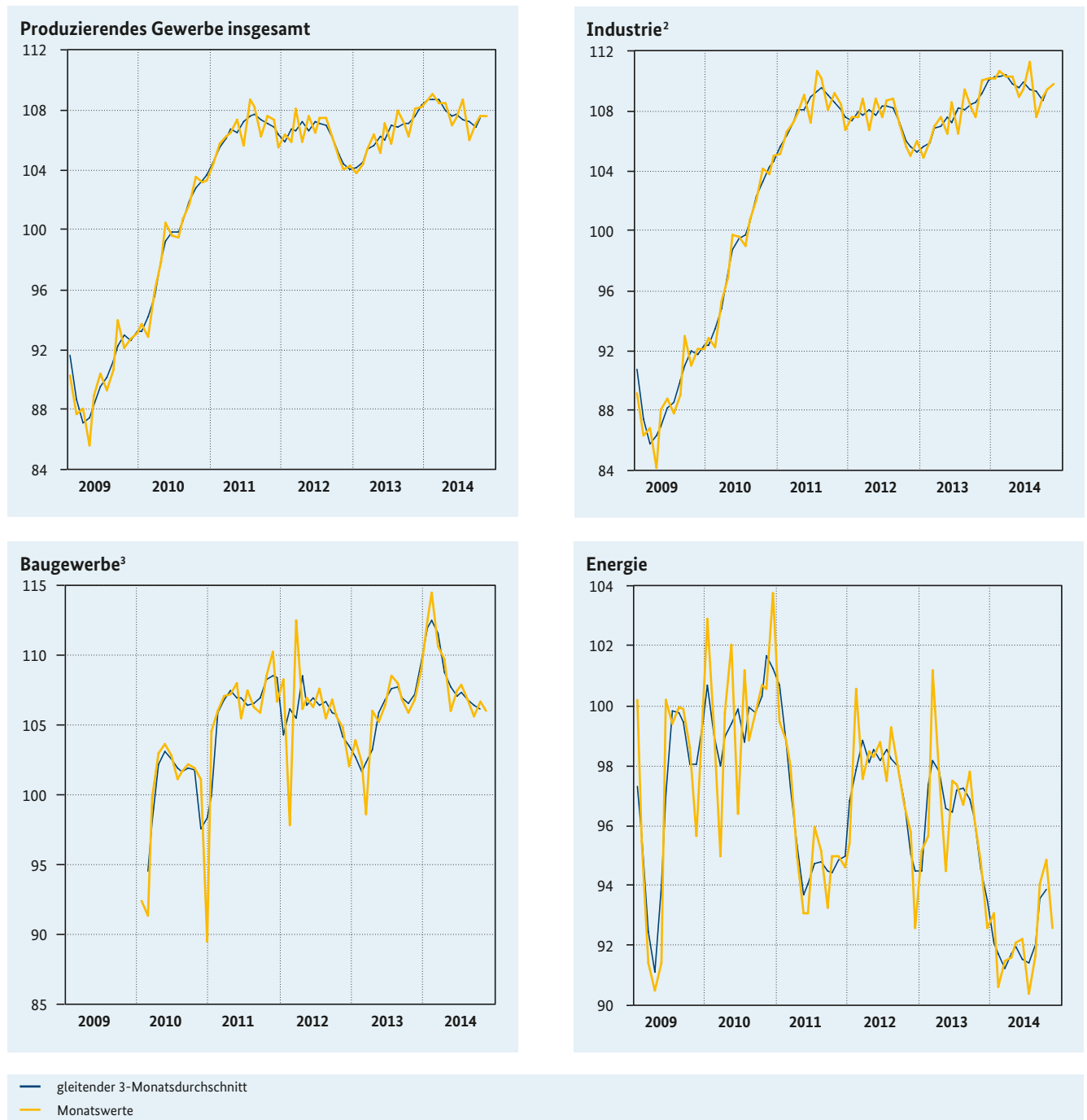
— Eurozone (linke Skala)<sup>9</sup>  
 — USA (rechte Skala)<sup>7</sup>  
 — Japan (rechte Skala)<sup>8</sup>  
 Zeitreihen nicht direkt miteinander vergleichbar.

Quellen: ISM, Japanese MITI, EU-Kommission, FED, Eurostat, University of Michigan.

- 1 Zusammengesetzter Diffusionsindex, Salden positiver und negativer Antworten, Mittelwert = 50, saisonbereinigt;
- 2 Index 2005 = 100, saisonbereinigt;
- 3 DG ECFIN Business Climate Indicator, Salden, saisonbereinigt;
- 4 Index 2010 = 100 (eigene Berechnung), preis-, kalender- und saisonbereinigt;
- 5 Index 2010 = 100, preis- und saisonbereinigt;
- 6 Index 2010 = 100, preis-, kalender- und saisonbereinigt;
- 7 Conference Board, Index 1985 = 100, saisonbereinigt;
- 8 Gesamtindex, saisonbereinigt;
- 9 DG ECFIN Consumer Confidence Indicator, Salden, saisonbereinigt.



## 2.2 Entwicklung der Produktion<sup>1</sup>



Quellen: Statistisches Bundesamt, Deutsche Bundesbank.

1 Saisonbereinigt, Verfahren Census X-12-ARIMA; preisbereinigt, Index 2010 = 100;

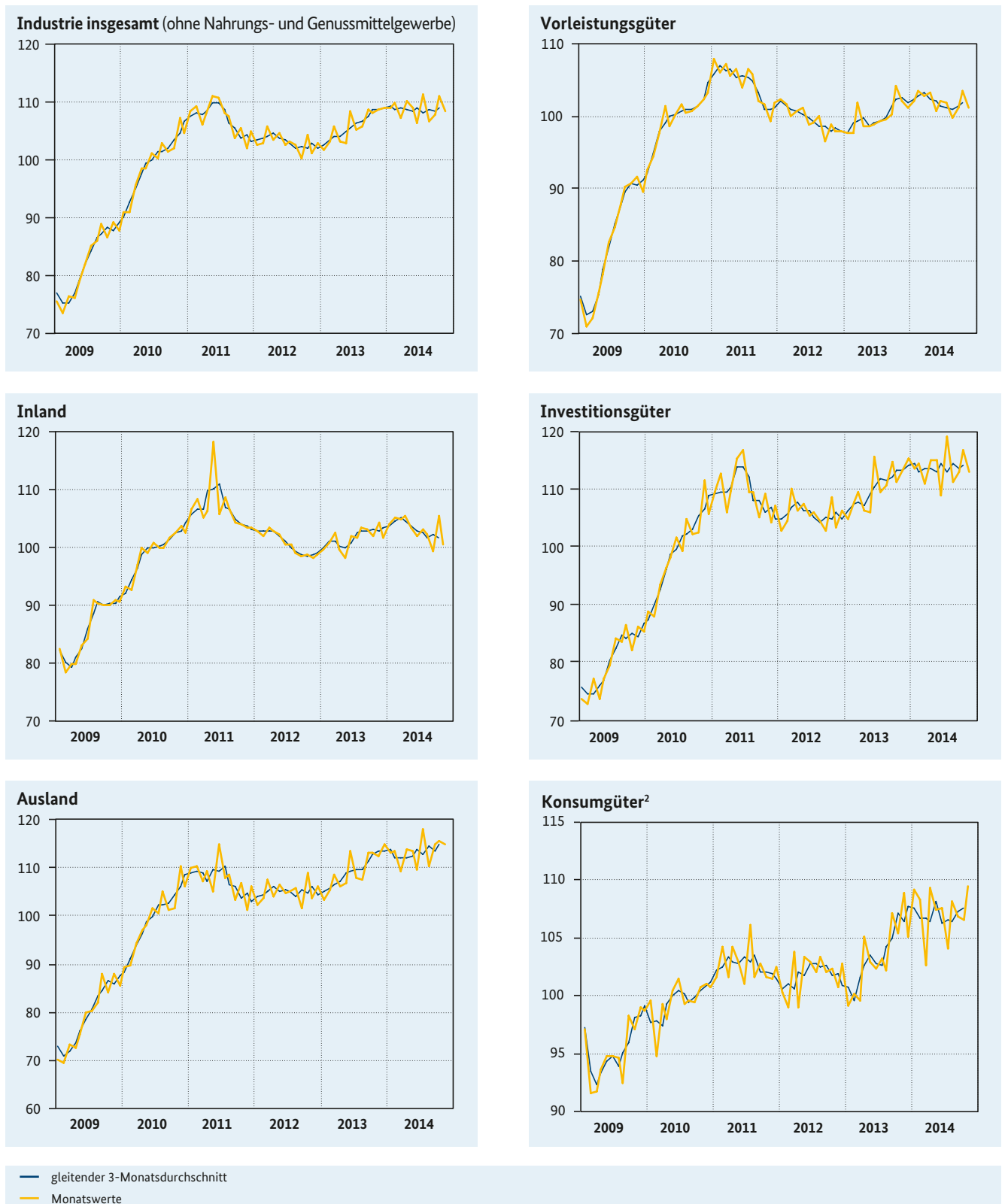
2 Produzierendes Gewerbe (ohne Energie und Bauleistungen);

3 Für das Baugewerbe liegen keine Daten vor Januar 2010 vor.



## 2.4 Entwicklung des Auftragseingangs der Industrie<sup>1</sup>

Bundesrepublik Deutschland



Quellen: Statistisches Bundesamt, Deutsche Bundesbank.

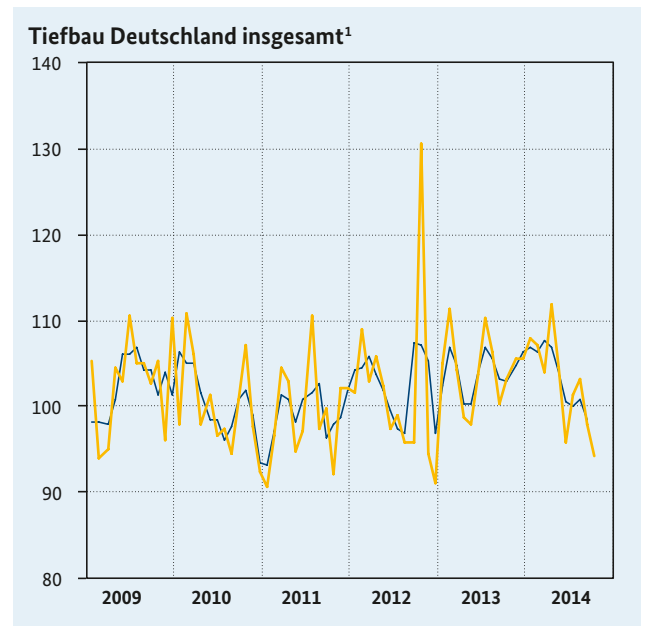
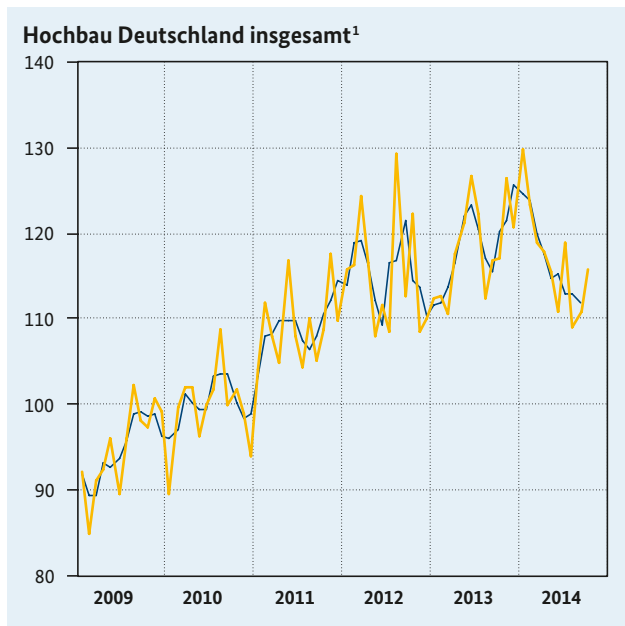
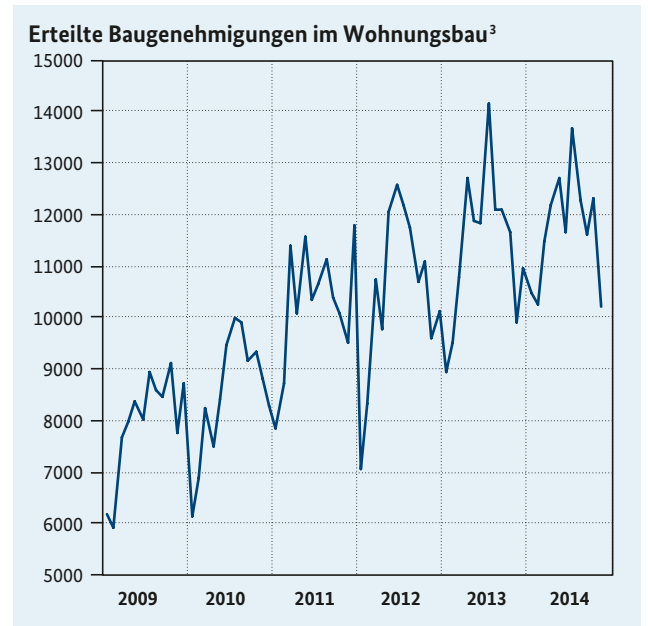
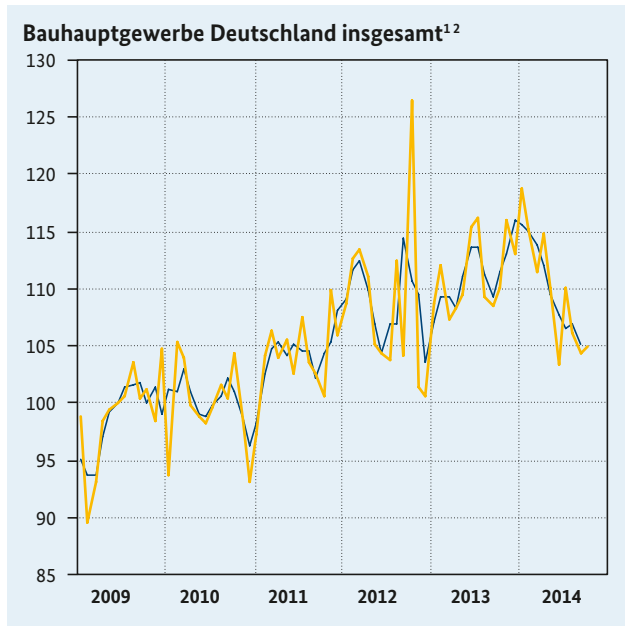
<sup>1</sup> Preisbereinigt, Index 2010 = 100; saisonbereinigt, Verfahren Census X-12-ARIMA;

<sup>2</sup> Gebrauchs- und Verbrauchsgüter.



## 2.6 Entwicklung des Auftragseingangs im Bauhauptgewerbe

Bundesrepublik Deutschland



— gleitender 3-Monatsdurchschnitt  
 — Monatswerte

Quellen: Statistisches Bundesamt, Deutsche Bundesbank.

1 Preis- und saisonbereinigt, Verfahren Census X-12-ARIMA, Index 2010 = 100;

2 Hoch- und Tiefbau einschließlich vorbereitende Baustellenarbeiten;

3 Kubikmeter umbauter Raum; Ursprungszahlen.

## 2.7 ifo Konjunkturtest, ZEW-Geschäftserwartungen

Bundesrepublik Deutschland

					2014				2014					
		2012	2013	2014	1. Vj.	2. Vj.	3. Vj.	4. Vj.	Juli	Aug.	Sept.	Okt.	Nov.	Dez.
<b>ifo Konjunkturtest<sup>1</sup></b>														
<b>Gewerbliche Wirtschaft</b>														
Geschäftsklima	Salden	2,8	6,3	8,6	14,1	13,1	5,3	1,8	8,5	5,2	2,2	-0,6	2,3	3,7
Geschäftslage	Salden	13,6	9,3	13,5	16,4	18,1	11,6	7,7	14,2	10,9	9,7	5,8	8,7	8,7
Geschäftserwartungen	Salden	-7,5	3,4	3,9	11,8	8,3	-0,6	-4,0	3,1	-0,2	-4,8	-6,8	-3,9	-1,2
<b>Verarbeitendes Gewerbe</b>														
Geschäftsklima	Salden	4,0	9,3	12,5	18,8	18,1	9,2	3,9	12,2	9,3	6,2	1,5	3,9	6,4
Geschäftslage	Salden	17,8	12,3	18,5	22,0	23,7	16,7	11,6	18,4	16,4	15,4	9,1	13,0	12,7
Geschäftserwartungen	Salden	-8,9	6,4	6,7	15,8	12,6	2,0	-3,4	6,2	2,4	-2,6	-5,8	-4,8	0,3
<b>Vorleistungsgüter</b>														
Geschäftsklima	Salden	2,9	8,2	12,9	19,1	17,1	10,1	5,3	13,9	9,9	6,6	2,4	4,9	8,7
Geschäftslage	Salden	15,2	7,8	19,7	22,2	23,6	19,4	13,4	20,9	20,3	16,9	13,5	14,2	12,6
Geschäftserwartungen	Salden	-8,7	8,5	6,5	16,3	10,8	1,3	-2,4	7,1	-0,1	-3,2	-8,1	-4,0	4,9
<b>Investitionsgüter</b>														
Geschäftsklima	Salden	4,5	10,6	14,8	21,5	24,4	10,5	2,7	13,2	12,1	6,2	1,3	3,1	3,8
Geschäftslage	Salden	23,2	14,9	20,2	24,4	28,7	18,6	9,2	19,8	19,8	16,3	6,0	10,3	11,2
Geschäftserwartungen	Salden	-12,7	6,4	9,5	18,7	20,2	2,7	-3,5	6,7	4,8	-3,5	-3,4	-3,8	-3,4
<b>Konsumgüter</b>														
Geschäftsklima	Salden	5,7	8,7	7,5	13,0	8,9	5,8	2,2	6,1	6,6	4,6	-1,3	2,6	5,4
Geschäftslage	Salden	13,5	16,2	14,2	18,0	16,5	11,2	11,1	13,0	8,5	12,0	5,1	13,6	14,6
Geschäftserwartungen	Salden	-1,9	1,5	1,0	8,1	1,6	0,5	-6,3	-0,6	4,7	-2,6	-7,6	-7,9	-3,4
<b>Bauhauptgewerbe</b>														
Geschäftsklima	Salden	-5,0	-0,1	-4,1	-0,2	-3,7	-5,9	-6,4	-5,5	-5,3	-7,0	-7,2	-5,9	-6,2
Geschäftslage	Salden	-3,9	0,9	-3,9	-3,3	-2,4	-4,7	-5,3	-4,5	-4,2	-5,5	-3,9	-5,8	-6,2
Geschäftserwartungen	Salden	-6,1	-0,9	-4,2	3,0	-5,0	-7,2	-7,6	-6,6	-6,3	-8,6	-10,4	-6,1	-6,2
<b>Dienstleistungen</b>														
Geschäftsklima	Salden	17,1	17,1	22,1	21,8	22,9	20,5	23,0	22,4	20,1	19,0	23,9	19,4	25,6
Geschäftslage	Salden	28,5	23,1	32,0	31,8	33,5	30,8	31,7	30,4	34,1	27,8	34,0	28,4	32,8
Geschäftserwartungen	Salden	6,4	11,2	12,6	12,3	12,9	10,7	14,5	14,7	7,0	10,5	14,2	10,7	18,6
<b>ZEW-Konjunkturerwartungen<sup>2</sup></b>														
konjunkturelle Lage	Salden	24,8	16,9	40,0	47,5	63,1	43,8	5,5	61,8	44,3	25,4	3,2	3,3	10,0
Konjunkturerwartungen	Salden	-5,0	44,7	29,6	54,7	35,4	14,2	14,3	27,1	8,6	6,9	-3,6	11,5	34,9

Quellen: ifo Institut für Wirtschaftsforschung, Zentrum für Europäische Wirtschaftsforschung, eigene Berechnungen.

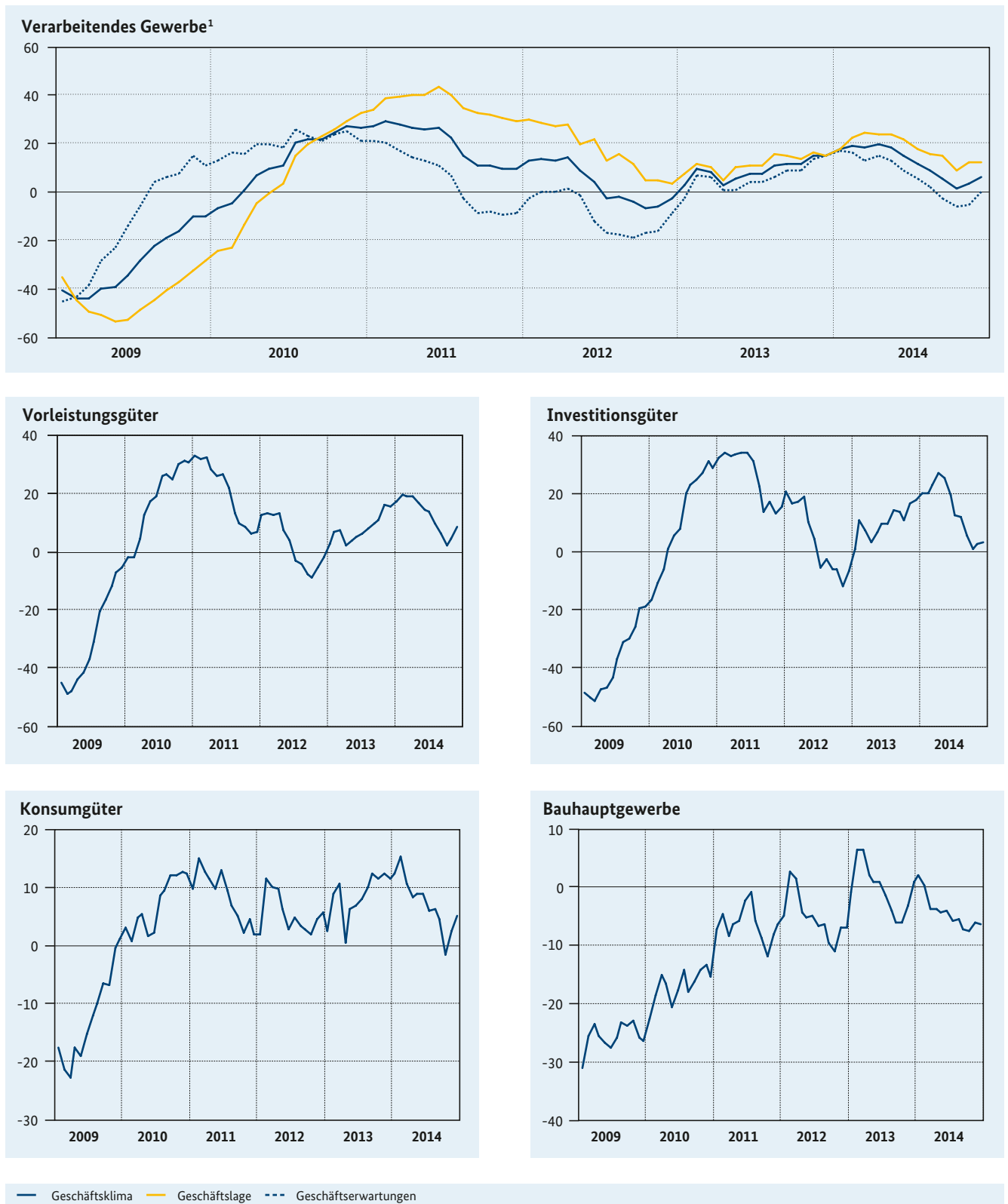
1 Saldo der positiven und negativen Antworten; Saisonbereinigung des ifo Instituts;

2 Saldo der positiven und negativen Antworten.



## 2.8 Entwicklung des ifo Geschäftsklimas<sup>1</sup>

Bundesrepublik Deutschland

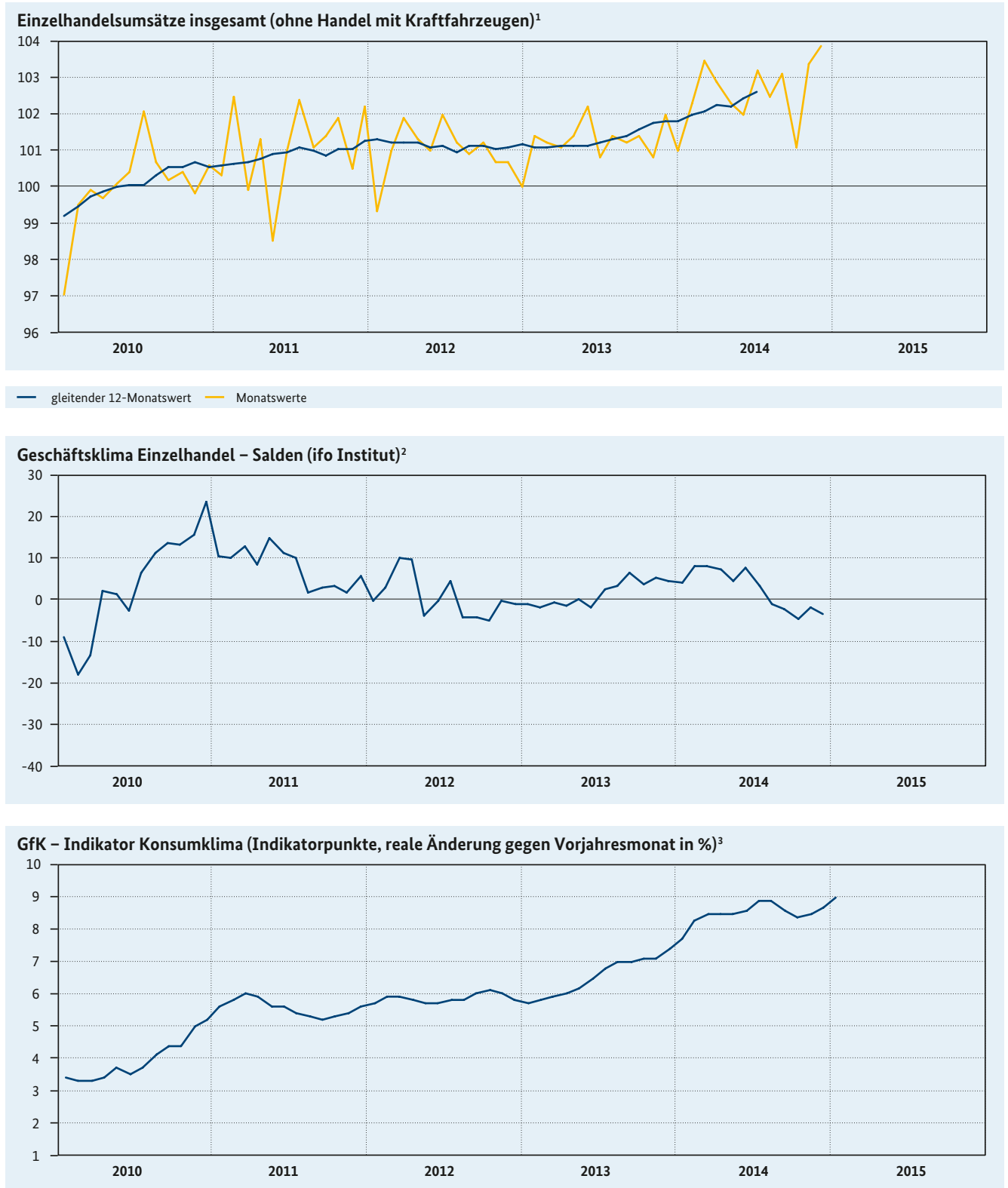


Quelle: ifo Institut für Wirtschaftsforschung.

<sup>1</sup> Saisonbereinigte Salden, Saisonbereinigungsverfahren des ifo Instituts.



## 3.2 Entwicklung des privaten Konsums



Quellen: Statistisches Bundesamt, ifo Institut für Wirtschaftsforschung, Gesellschaft für Konsumforschung (GfK).

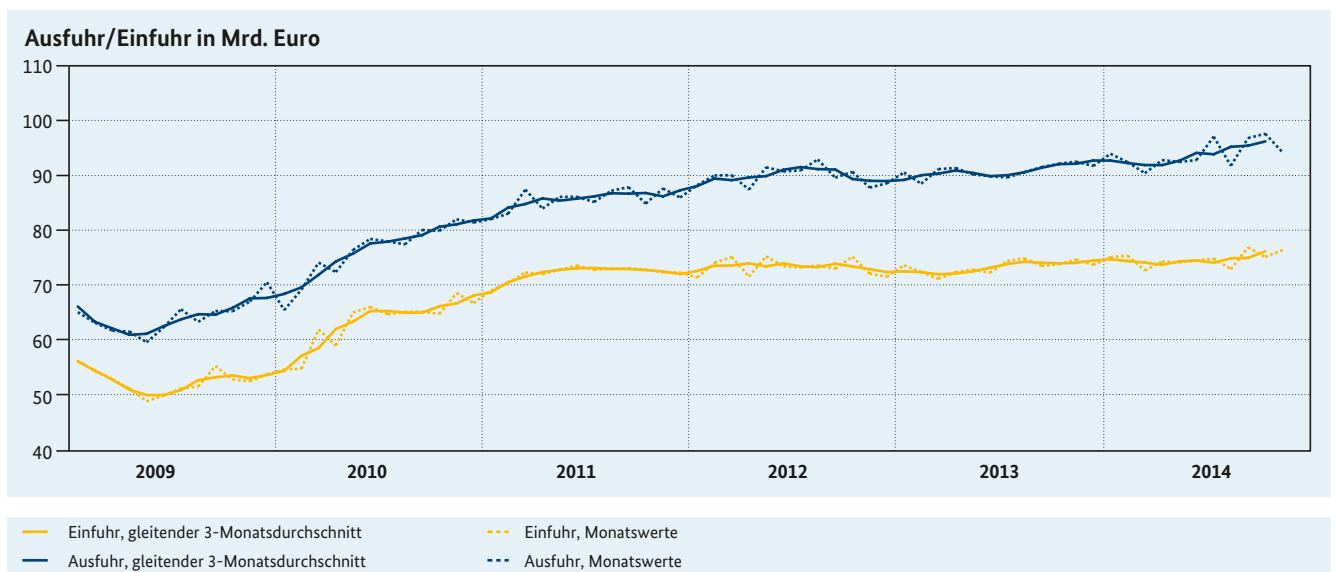
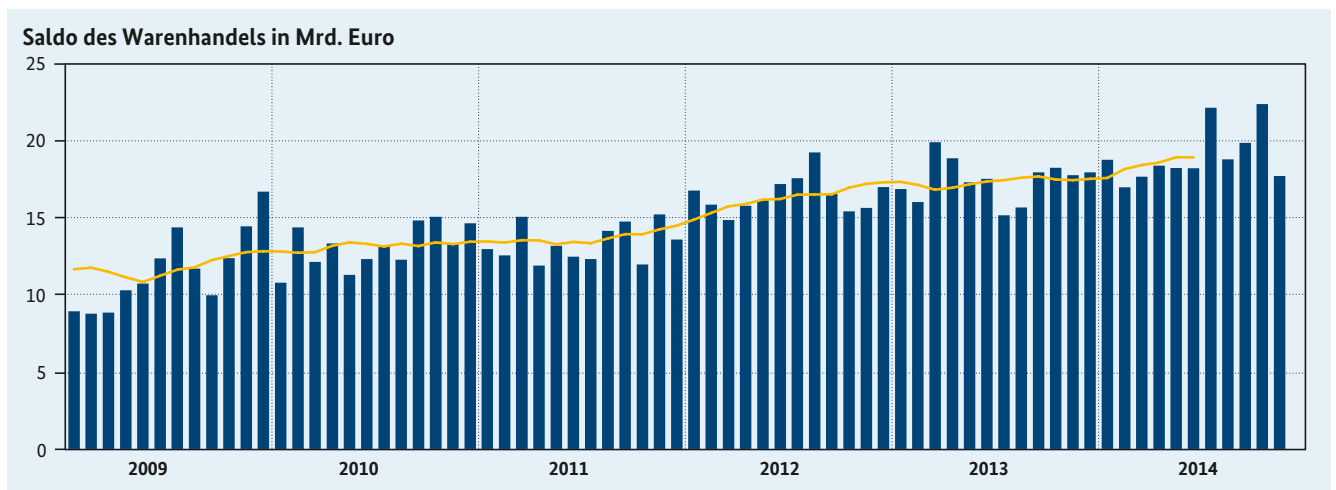
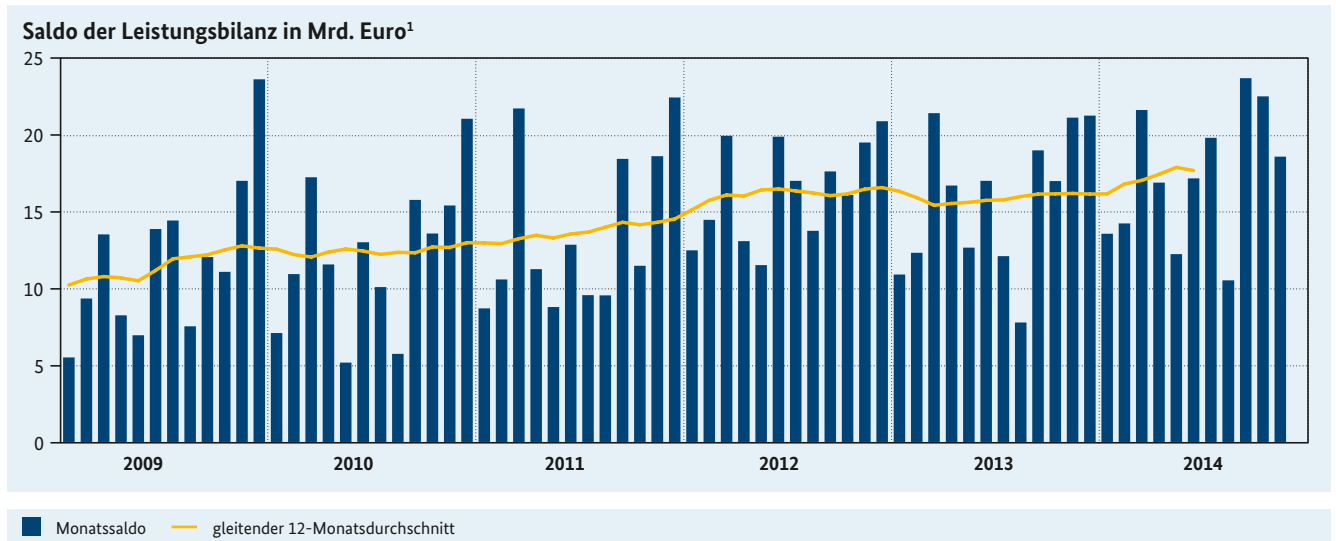
1 Basis: 2010 = 100, preis- und saisonbereinigt, Verfahren Census X-12-ARIMA;

2 Saisonbereinigung des ifo Instituts;

3 Saisonbereinigung der GfK.



## 4.2 Entwicklung der Außenwirtschaft



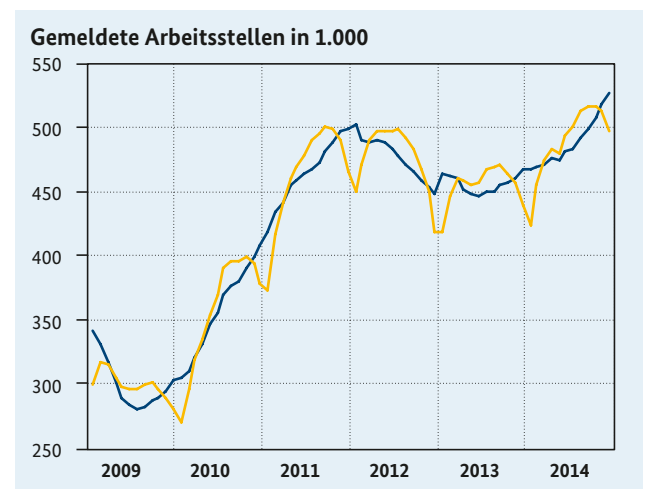
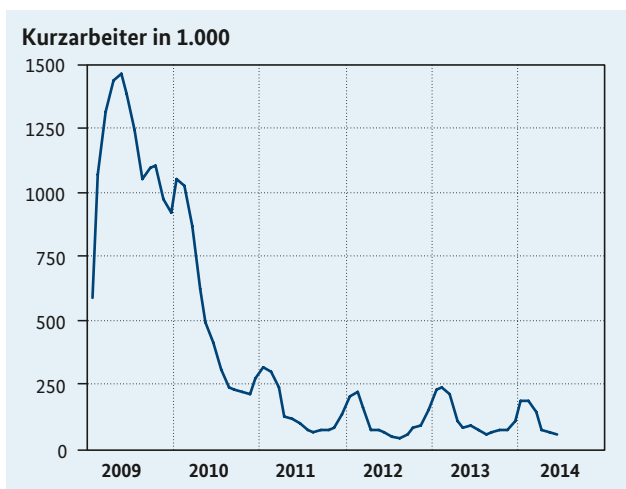
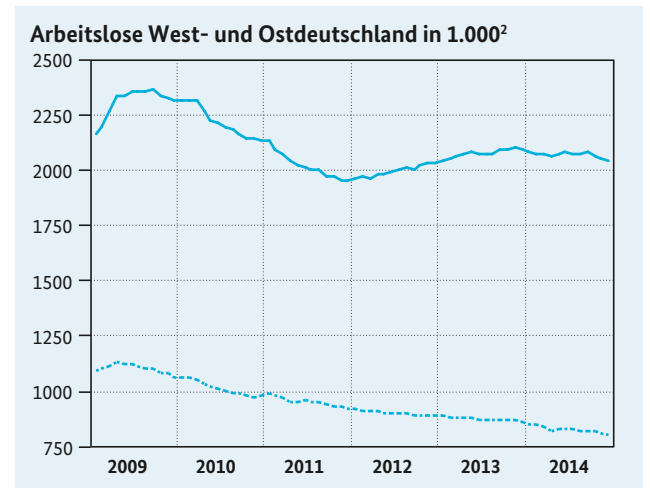
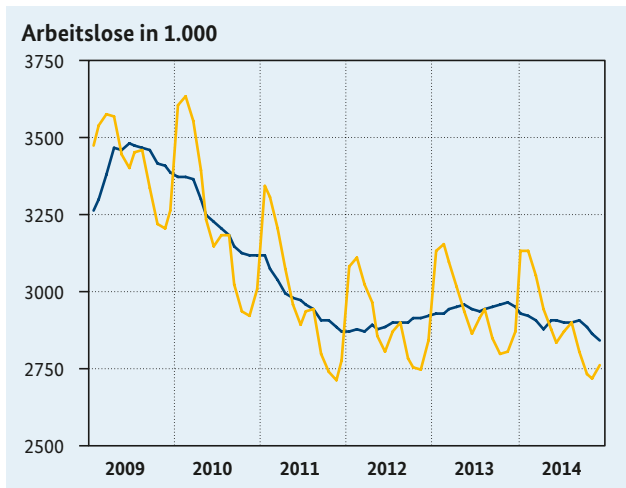
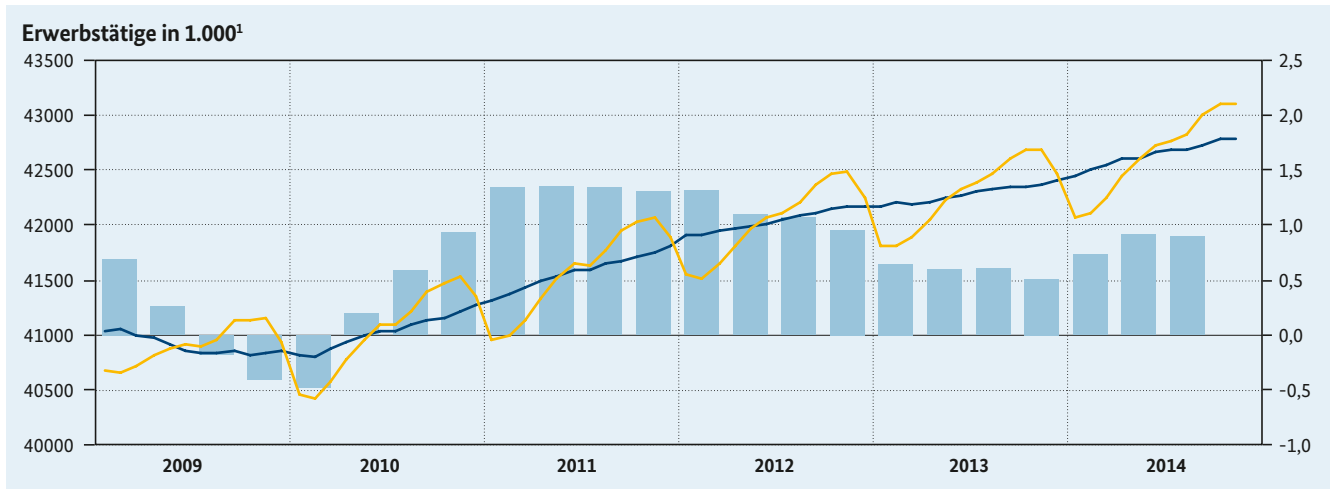
Quellen: Statistisches Bundesamt, Deutsche Bundesbank.

1 Zahlungsbilanzstatistik (BPM 6), kalender- und saisonbereinigt, Verfahren Census X-12-ARIMA.



## 5.2 Entwicklung des Arbeitsmarkts

Bundesrepublik Deutschland



■ Erwerbstätige – vierteljährliche Vorjahresveränderung in % (rechte Skala)   
 — Ursprungswerte   
 — saisonbereinigt, Verfahren Census X-12-ARIMA  
— Arbeitslose Westdeutschland   
 ⋯ Arbeitslose Ostdeutschland

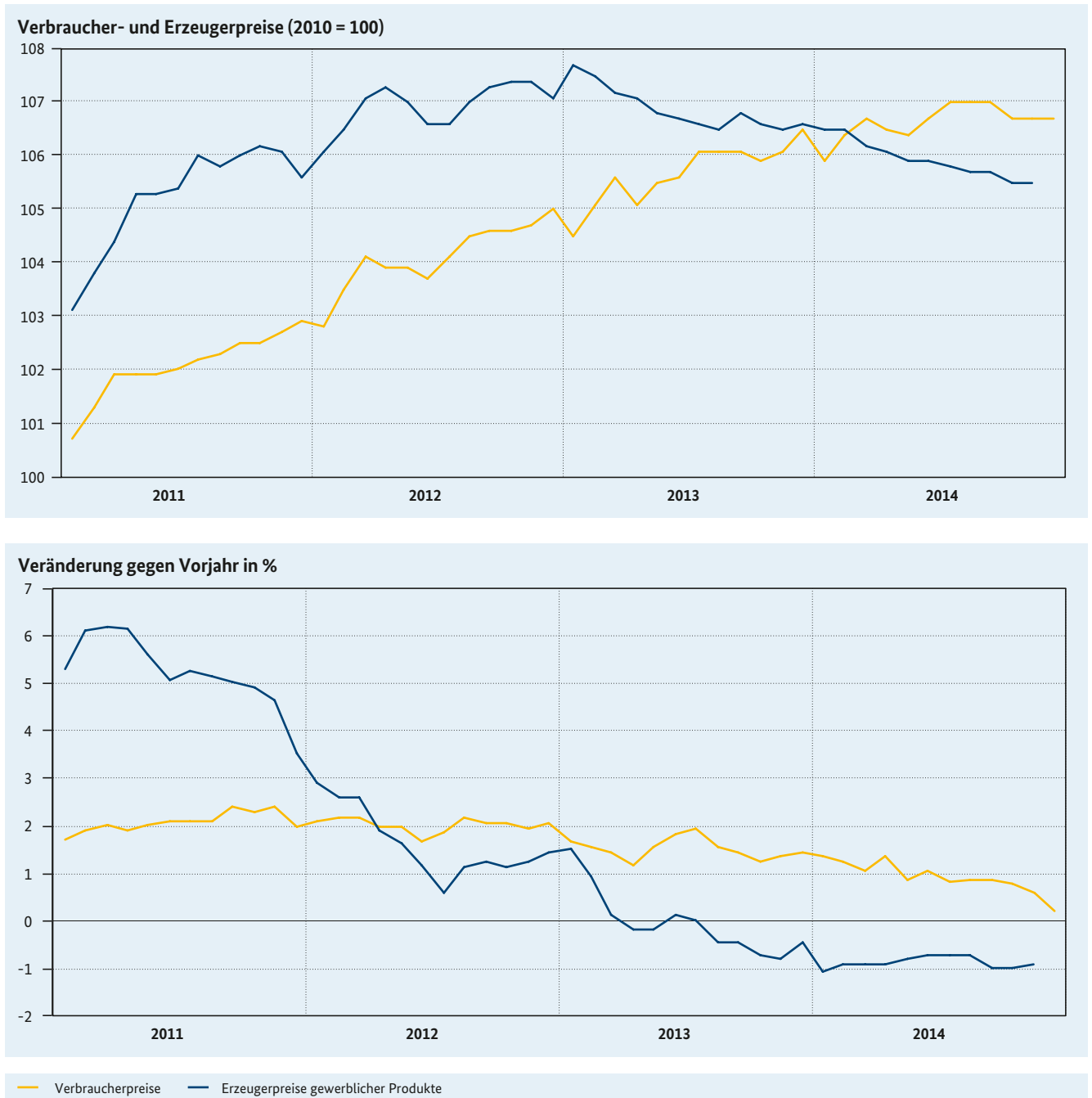
Quellen: Bundesagentur für Arbeit, Deutsche Bundesbank, Statistisches Bundesamt.

- 1 Erwerbstätige nach dem Inlandskonzept;
- 2 Saisonbereinigt, Verfahren Census X-12-ARIMA.



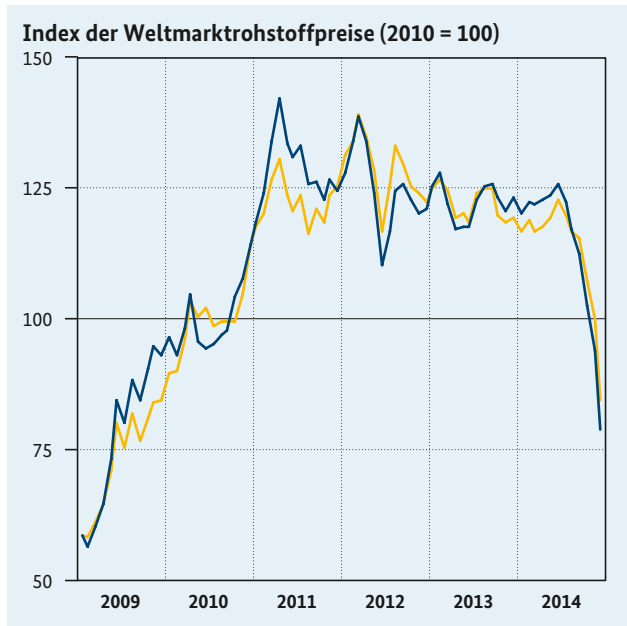


## 6.2 Entwicklung der Verbraucherpreise, Erzeugerpreise

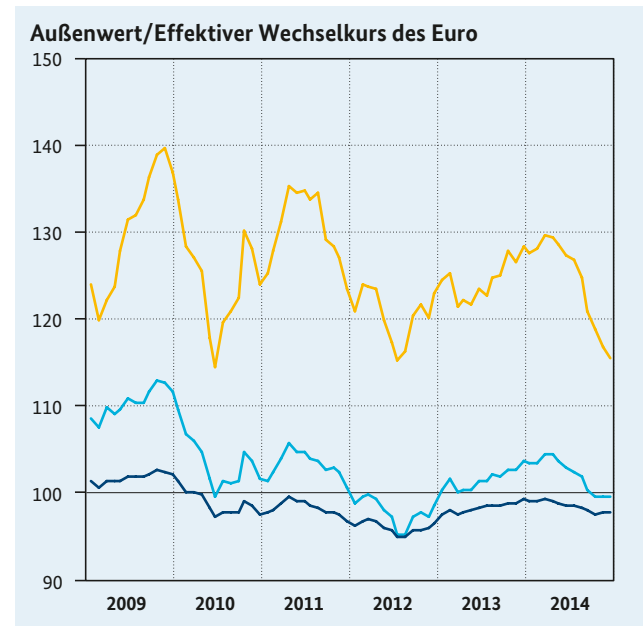




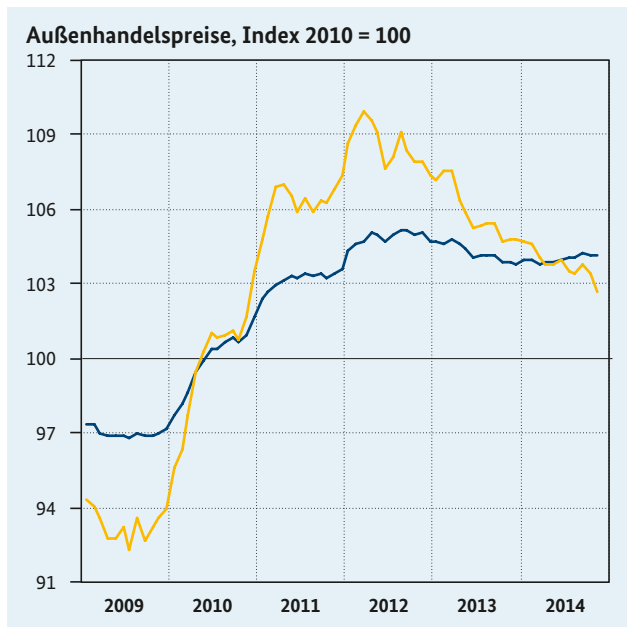
## 6.4 Entwicklung der Weltmarktpreise für Rohstoffe, Außenhandelspreise, Außenwert des Euro



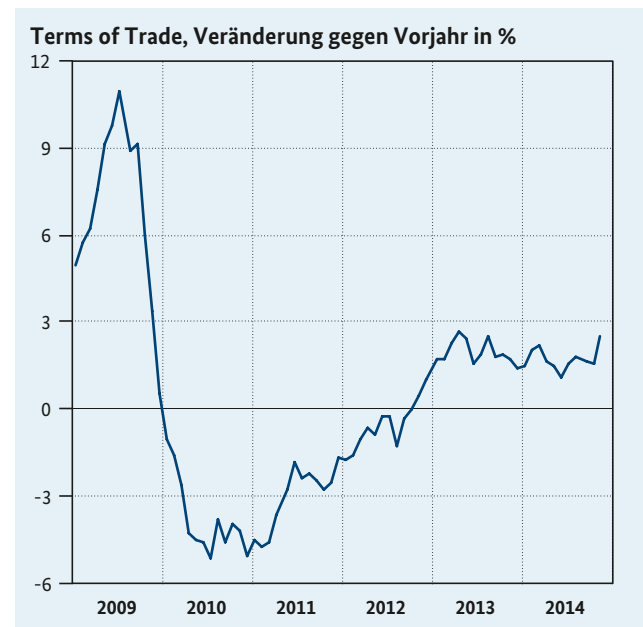
— auf Euro-Basis  
— auf US-Dollar-Basis



— Außenwert des Euro gegenüber dem US-Dollar; 1999 = 100  
— Nominaler effektiver Wechselkurs des Euro 1;  
1. Quartal 1999 = 100  
— Indikator der preislichen Wettbewerbsfähigkeit 2



— Einfuhrpreise  
— Ausfuhrpreise



Quellen: HWWI, Statistisches Bundesamt, Deutsche Bundesbank.

- 1 Erstes Quartal 1999 = 100; Berechnung der EZB; EWK-20-Gruppe: Durchschnitte der Euro Wechselkurse. Die dabei verwendeten Gewichte beruhen auf dem Handel mit gewerblichen Erzeugnissen von 1999 bis 2001 mit den Handelspartnern Australien, Bulgarien, China, Dänemark, Estland, Hongkong, Japan, Kanada, Kroatien, Litauen, Norwegen, Polen, Rumänien, Schweden, Schweiz, Singapur, Südkorea, Tschechische Republik, Ungarn, Vereinigtes Königreich sowie Vereinigte Staaten und spiegeln auch Drittmarkteffekte wider;
- 2 Realer effektiver Wechselkurs Deutschlands auf Basis der Verbraucherpreise (25 Industrieländer).

## 7. Monetäre Entwicklung

### 7.1 Zinsen, Geldmenge, Kredite, Aktienindizes

					2013	2014				2014					
		2012	2013	2014	1. Vj.	2. Vj.	3. Vj.	4. Vj.	Juli	Aug.	Sept.	Okt.	Nov.	Dez.	
<b>Geldmarktsätze, Umlaufrenditen</b> (Monatsdurchschnitte)															
3-Monats EUREPO	Zinssatz	0,06	0,04	0,06	0,14	0,13	0,00	-0,05	0,03	0,02	-0,05	-0,06	-0,05	-0,04	
3-Monats EURIBOR	Zinssatz	0,57	0,22	0,21	0,30	0,30	0,16	0,08	0,21	0,19	0,10	0,08	0,08	0,08	
6-Monats EURIBOR	Zinssatz	0,83	0,34	0,31	0,40	0,39	0,26	0,18	0,30	0,29	0,20	0,18	0,18	0,18	
12-Monats EURIBOR	Zinssatz	1,11	0,54	0,48	0,56	0,57	0,44	0,33	0,49	0,47	0,36	0,34	0,33	0,33	
Differenz															
3M-EURIBOR ./ 3M-EUREPO	Zinssatz	0,51	0,18	0,15	0,15	0,17	0,16	0,13	0,17	0,15	0,14	0,13	0,12	0,00	
Umlaufrendite															
3-5-jähriger Bundesanleihen	Zinssatz	0,36	0,41	0,22	0,45	0,29	0,12	0,02	0,18	0,12	0,06	0,03	0,02	0,00	
Umlaufrendite															
5-8-jähriger Bundesanleihen	Zinssatz	0,93	0,94	0,64	1,01	0,74	0,51	0,29	0,60	0,48	0,44	0,35	0,29	0,22	
Umlaufrendite															
9-10-jähriger Bundesanleihen	Zinssatz	1,50	1,57	1,16	1,61	1,35	0,99	0,70	1,11	0,95	0,92	0,79	0,72	0,59	
<b>Geldmenge</b>															
Wachstum der Geldmenge M1 <sup>1</sup>	gg. Vj. in %	4,2	7,0	-	6,0	5,2	5,9	-	5,6	5,9	6,2	6,2	6,9	-	
Wachstum der Geldmenge M2 <sup>1</sup>	gg. Vj. in %	3,3	4,0	-	2,3	2,1	2,7	-	2,5	2,7	3,0	2,7	3,3	-	
Wachstum der Geldmenge M3 <sup>1</sup>	gg. Vj. in %	3,0	2,3	-	1,1	1,1	2,1	-	1,8	2,0	2,5	2,5	3,1	-	
Wachstum der Geldmenge M3 3-Monatsdurchschnitt <sup>1</sup>	gg. Vj. in %	3,0	2,3	-	1,2	1,2	2,1	-	1,8	2,1	2,3	2,7	-	-	
<b>Kredite</b>															
an den privaten Sektor im Euroraum <sup>1</sup>	gg. Vj. in %	-0,4	-0,9	-	-2,4	-2,6	-1,9	-	-1,8	-1,9	-1,9	-1,6	-1,4	-	
Buchkredite im Euroraum	gg. Vj. in %	0,0	-1,2	-	-2,3	-2,0	-1,4	-	-1,4	-1,5	-1,3	-1,1	-1,0	-	
an den privaten Sektor in Deutschland <sup>1</sup>	gg. Vj. in %	+1,0	+0,6	-	+0,1	+0,5	+1,4	-	+1,1	+1,4	+1,7	+1,5	+1,8	-	
Buchkredite in Deutschland	gg. Vj. in %	+2,1	+0,6	-	0,0	+0,4	+1,1	-	+0,7	+1,2	+1,4	+1,3	+1,6	-	
Buchkredite an nichtfinanzielle Kapitalgesellschaften in D. <sup>2</sup>	gg. Vj. in %	+1,6	-0,7	-	-0,8	-0,1	+0,2	-	-0,1	+0,2	+0,5	+0,6	+0,9	-	
Laufzeit bis 1 Jahr	gg. Vj. in %	+1,3	-4,5	-	-5,2	-2,5	-2,1	-	-1,4	-2,3	-2,8	-2,8	-0,6	-	
Laufzeit über 1 Jahr bis 5 Jahre	gg. Vj. in %	-0,6	-1,2	-	-0,9	+2,2	+0,9	-	+0,1	+0,5	+2,1	+2,6	+2,8	-	
Laufzeit über 5 Jahre	gg. Vj. in %	+2,1	+0,3	-	+0,3	+0,1	+0,7	-	+0,2	+0,8	+1,0	+1,1	+0,9	-	
Buchkredite an private Haushalte in Deutschland <sup>2</sup>	gg. Vj. in %	+1,2	+1,0	-	+1,1	+1,1	+1,2	-	+1,2	+1,2	+1,2	+1,4	+1,4	-	
darunter: Wohnungsbaukredite	gg. Vj. in %	+1,4	+2,3	-	+2,0	+2,0	+2,1	-	+2,0	+2,1	+2,2	+2,3	+2,3	-	
<b>Aktienmärkte (Monatsdurchschnitte)</b>															
Deutscher Aktienindex (DAX 30) <sup>3</sup>	Index	6857	8307	9537	9455	9705	9555	9433	9752	9273	9639	8982	9490	9826	
	gg. Vp. in %	+3,9	+21,1	+14,8	+4,1	+2,6	-1,5	-1,3	-1,8	-4,9	+3,9	-6,8	+5,7	+3,5	
Dow Jones Euro Stoxx (50) <sup>4</sup>	Index	2415	2793	3145	3091	3213	3172	3106	3192	3089	3233	3030	3126	3162	
	gg. Vp. in %	-7,7	+15,6	+12,6	+2,3	+3,9	-1,3	-2,1	-2,4	-3,2	+4,7	-6,3	+3,2	+1,1	
Standard & Poor's 500 <sup>4</sup>	Index	1379	1642	1931	1835	1901	1976	2013	1974	1962	1994	1937	2046	2055	
	gg. Vp. in %	+8,7	+19,1	+17,6	+3,6	+3,6	+4,0	+1,9	+1,4	-0,6	+1,6	-2,8	+5,6	+0,5	
Nikkei 225 <sup>4</sup>	Index	9114	13540	15475	14994	14651	15564	16694	15372	15359	15960	15390	17150	17542	
	gg. Vp. in %	-3,5	+48,6	+14,3	+0,1	-2,3	+6,2	+7,3	+1,6	-0,1	+3,9	-3,6	+11,4	+2,3	

Quellen: Europäische Zentralbank, Deutsche Bundesbank, Deutsche Börse AG, Dow Jones & Company.

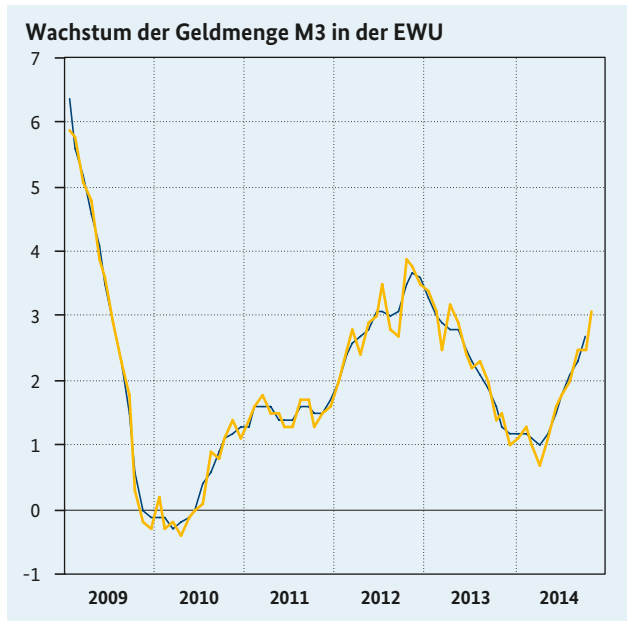
1 Saisonbereinigt, Verfahren Census X-12-ARIMA;

2 Ursprungszahlen;

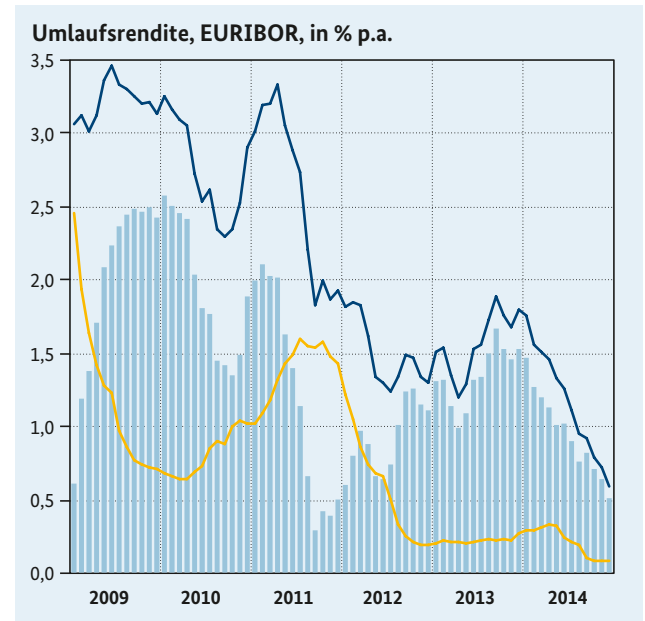
3 Performanceindex (mit Bereinigung um Dividendenzahlungen und Kapitalveränderungen);

4 Kurs- bzw. Preisindex.

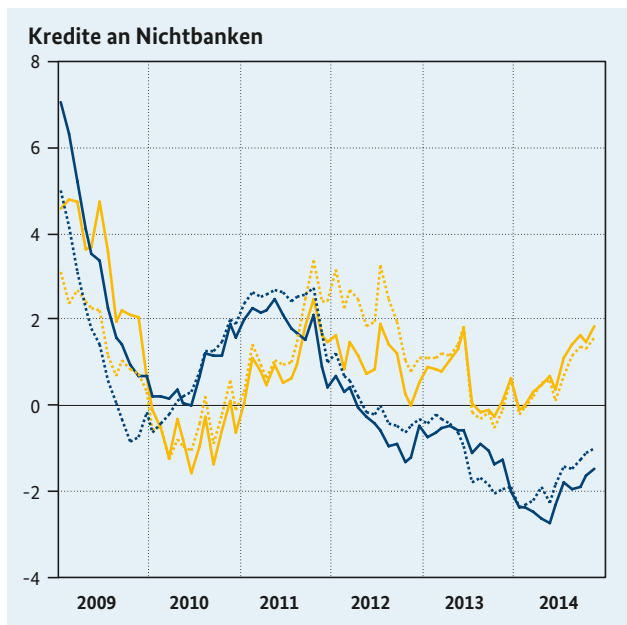
## 7.2 Monetäre Entwicklung und Zinsstruktur



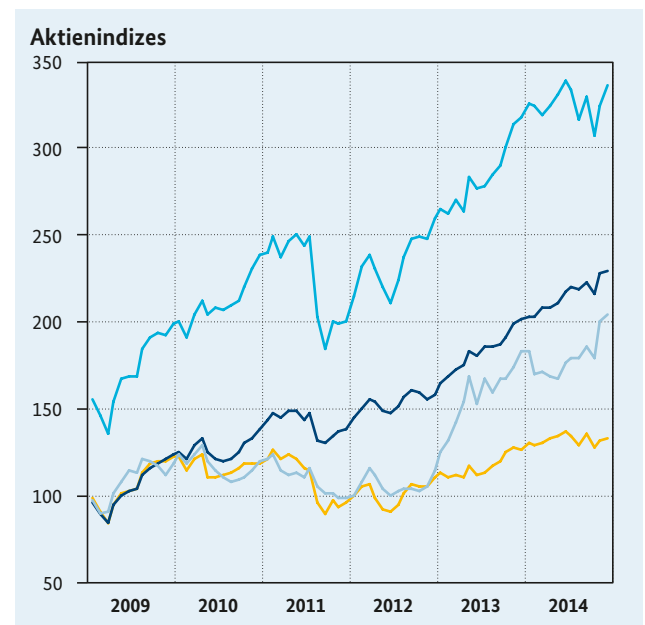
saisonbereinigt, Veränderung gegen Vorjahr in %<sup>1</sup>  
 — monatlich  
 — gleitender 3-Monatsdurchschnitt



— EURIBOR 3-Monatsgeld<sup>2</sup>  
 — Bundesanleihen mit 10-jähriger Restlaufzeit<sup>2</sup>  
 ■ Differenz: Bundesanleihen – EURIBOR



Veränderung gegen Vorjahr in %  
 — Deutschland  
 — EWU  
 - - - Buchkredite Deutschland  
 - - - Buchkredite EWU



Monatsdurchschnitte, Januar 2003 = 100  
 — DAX 30<sup>3</sup>  
 — Dow Jones Euro Stoxx (50)<sup>4</sup>  
 — Standard & Poor's 500<sup>4</sup>  
 — Nikkei 225<sup>4</sup>

Quelle: Deutsche Bundesbank.

1 Saisonbereinigungsverfahren Census X-12-ARIMA;

2 Monatsdurchschnitte;

3 Performanceindex (mit Bereinigung um Dividendenzahlungen und Kapitalveränderungen);

4 Kurs- bzw. Preisindex.

## Erläuterungen zur Konjunkturanalyse

Die Resultate der gesamtwirtschaftlichen Aktivitäten einer Volkswirtschaft finden ihren zusammenfassenden Ausdruck in den Ergebnissen der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen (VGR). Die konjunkturelle Entwicklung wird daher am umfassendsten in den makroökonomischen Aggregaten der VGR widergespiegelt. Ein wesentlicher Nachteil der VGR-Daten ist es jedoch, dass sie erst vergleichsweise spät vorliegen. In der Regel sind vorläufige Daten aus dem abgelaufenen Quartal erst 6–8 Wochen, endgültige Daten oft erst Jahre später verfügbar. Daher kann auf die VGR-Ergebnisse für die Beobachtung und Analyse der Konjunktur am aktuellen Rand nur in sehr beschränktem Maße zurückgegriffen werden.

Ziel der Konjunkturanalyse ist es, auf Basis der aktuellen Konjunkturindikatoren Aussagen über die tatsächlichen konjunkturellen Bewegungen der Wirtschaft zu machen. Aus der Konjunkturanalyse sollen außerdem soweit wie möglich auch fundierte Aussagen über künftige Entwicklungen abgeleitet werden. Diese Untersuchungen können nur auf der Grundlage möglichst aktueller statistischer Daten und hierauf basierender Indikatoren erfolgen. Deshalb greift die Konjunkturbeobachtung auf bestimmte Indikatoren als Näherungsgrößen für später zu erwartende VGR-Ergebnisse zurück. Die beobachteten Indikatoren decken dabei für die konjunkturelle Entwicklung wichtige Einzelatbestände und Teilbereiche der Gesamtwirtschaft ab und lassen sich wie folgt kategorisieren:

- ▶ Indikatoren, deren statistische Datenbasis Wertgrößen sind (Produktion, Auftragseingang, Außenhandel, Einzelhandelsumsätze, Geldmenge, usw.)
- ▶ Indikatoren auf Basis von Personenzahlen und physischer Größen (Baugenehmigungen, Erwerbstätige, offene Stellen, usw.)
- ▶ Indikatoren auf der Grundlage von Umfrageergebnissen (ifo Konjunkturtest, GfK-Konsumklima, usw.)

Obleich weniger aktuell, sind die Ergebnisse der VGR für die Konjunkturbeobachtung unentbehrlich, da nur sie einen exakten quantitativen Einblick in die Entwicklung der Gesamtwirtschaft erlauben. Neben der Beobachtung der

konjunkturellen Entwicklung am aktuellen Rand auf der Grundlage von Einzelindikatoren werden im Quartals- und Halbjahresturnus daher auch die jeweils neuesten Ergebnisse der VGR in die Betrachtung einbezogen.

In Bezug auf ihre Aktualität lassen sich die Indikatoren in so genannte vorlaufende Indikatoren (z. B. ifo Konjunkturtest, GfK-Konsumklima, Auftragseingänge, Baugenehmigungen), gleichlaufende (Produktion, Umsätze) und nachlaufende Indikatoren (Erwerbstätige, Arbeitslose) einteilen.

Konjunkturelle Bewegungen unterscheiden sich sowohl in ihrer zeitlichen Abfolge als auch in ihrer Intensität in den einzelnen Bereichen und Zweigen der Wirtschaft. Die einzelnen Indikatoren werden daher nach ökonomischen Teilbereichen der Gesamtwirtschaft (z. B. Gewerbliche Wirtschaft, Produzierendes Gewerbe, Handel) bis auf die Ebene einzelner Wirtschaftszweige disaggregiert und gesondert betrachtet.

Der sich in den Indikatoren auf der Grundlage der Ursprungswerte (= originäre statistische Daten) ausdrückende konjunkturelle Verlauf wird von saisonalen Schwankungen und irregulären bzw. kalendarischen Einflüssen (Arbeitstage, Ferien, u. ä.) überlagert. Indikatoren, die auf Wertgrößen basieren, können bei Veränderungen des Preisniveaus die Analyse der realwirtschaftlichen Aktivitäten zusätzlich erschweren. Durch verschiedene Bereinigungsverfahren können die genannten Einflüsse aber quantifiziert und weitgehend neutralisiert werden. Dies ermöglicht eine Betrachtung der durch realwirtschaftliche Aktivitäten bedingten konjunkturellen Entwicklung im engeren Sinne.

Der überwiegende Teil der im Monatsbericht des Bundesministeriums für Wirtschaft und Energie zur wirtschaftlichen Lage beobachteten Konjunkturindikatoren wird auf Basis der Ursprungswerte arbeitstäglich bereinigt und saisonbereinigt analysiert. Die auf Wertgrößen basierenden Indikatoren werden dabei so weit als möglich in nominaler (d. h. nicht preisbereinigter) und realer (d. h. preisbereinigter) Form zugrunde gelegt. Die Saisonbereinigung der aktuellen Konjunkturindikatoren einschließlich der VGR und der Erwerbstätigenreihen erfolgt in der Regel nach dem Verfahren Census X-12-ARIMA.

Die Berichterstattung zur wirtschaftlichen Lage in Deutschland umfasst die üblichen Konjunkturindikatoren aus der VGR, Produzierendem Gewerbe, Binnen- und Außenhandel, Arbeitsmarkt, Preisentwicklung und einige wichtige monetäre Indikatoren. Daneben werden Ergebnisse aus dem ifo Konjunkturtest (Geschäftsklima) und einige weitere wichtige, aus Umfragen gewonnene Indikatoren berücksichtigt. Im internationalen Vergleich werden die Entwicklung des Bruttoinlandsproduktes, der Leistungsbilanz, der Arbeitslosigkeit und der Verbraucherpreise ausgewiesen.

#### **Ansprechpartner im Bundesministerium für Wirtschaft und Energie:**

Dr. Astrid Klesse  
(Der Jahreswirtschaftsbericht 2015)

Dr. Sebastian Weins  
(Effekt der kalten Progression: Eine wirtschafts-  
politische Analyse)

Rebekka Esther Frank  
(Kompass der Energiewende)

Sören Enkelmann, Jenny Hildebrandt, Mathias Kesting,  
Miriam Trolldenier  
(Wirtschaftliche Lage)

Fragen und Anregungen können Sie gerne  
an [sdw@bmwi.bund.de](mailto:sdw@bmwi.bund.de) richten.

## Verzeichnis der Fachartikel der letzten 12 Ausgaben

Ausgabe	Fachartikel
<b>Februar 2014</b>	<p>Wettbewerbsaufsicht in Deutschland: das Bundeskartellamt  Mehr Licht!  COSME: Große Hilfe für kleine Unternehmen  Sukuk Murabaha und Sukuk Musharaka  Innovationsförderung in der EU – auf zu neuen Horizonten  Ökonomische Bedeutung des Wintersports in Deutschland</p>
<b>März 2014</b>	<p>Der Jahreswirtschaftsbericht 2014  Ohne Energieeffizienz keine Energiewende  Die EU-Ökodesign-Richtlinie: weniger ist oft mehr  Demografiestrategie und Fachkräftesicherung für die deutsche Wirtschaft</p>
<b>April 2014</b>	<p>Bioökonomie: Mit erneuerbaren Ressourcen wirtschaften</p>
<b>Mai 2014</b>	<p>Frühjahrsprojektion der Bundesregierung: deutsche Wirtschaft –  Aufschwung auf breitem Fundament  Hintergründe zum deutschen Leistungsbilanzüberschuss  Regionale Wirtschaftspolitik  Bundeskabinett hat Monitoring-Bericht „Energie der Zukunft“ verabschiedet  KMU im Fokus der europäischen Forschungsförderung</p>
<b>Juni 2014</b>	<p>Das Transatlantische Handels- und Investitionsabkommen (TTIP) –  eine Vernunftpartnerschaft des 21. Jahrhunderts  Internationale Forschungsk Kooperationen unterstützen  Die unterschätzte Lücke: In Deutschland fehlen zunehmend nicht-akademische Fachkräfte</p>
<b>Juli 2014</b>	<p>Mehr Transparenz in der Rüstungsexportpolitik  Außenwirtschaftsförderung im deutschen Interesse  Energieeffiziente Informations- und Kommunikationstechnologien</p>
<b>August 2014</b>	<p>Wasserstoff auf die Mühlen der Energiewende  Neue Technologien gehen uns alle an  Fördercontrolling – Planung und Steuerung von Fördermaßnahmen vor dem Hintergrund internationaler Entwicklungen  Start des EEG-Anlagenregisters</p>
<b>September 2014</b>	<p>Reform des EEG  Wettbewerb in der privaten Krankenversicherung  Mehr Transparenz in der Rohstoffwirtschaft</p>
<b>Oktober 2014</b>	<p>Zur Entwicklung der Immobilienpreise in Deutschland  Kohlendioxidspeicherung – Quo vadis?  Wie die Wirtschaft Geodaten nutzen kann</p>



Ausgabe	Fachartikel
<b>November 2014</b>	Herbstprojektion der Bundesregierung: Binnenwirtschaft sichert Wachstum Wesentliche Fakten zur „Investitionsschwäche“ in Deutschland IT-Sicherheit für kleine und mittlere Unternehmen: Die Angebote der BMWi-Initiative „IT-Sicherheit in der Wirtschaft“ IT-Gipfel 2014: Digitalisierung in Deutschland gemeinsam mit allen betroffenen Gruppen in Wirtschaft und Gesellschaft voranbringen Bundesministerium für Wirtschaft und Energie startet Technologiewettbewerb
<b>Dezember 2014</b>	Usability für den Mittelstand Witterungseffekte im Bausektor
<b>Januar 2015</b>	Nationaler Aktionsplan Energieeffizienz Herstellung gleichwertiger Lebensverhältnisse in ganz Deutschland – ein politischer Auftrag Rosetta und Philae – Mit deutscher Technik der Entstehungsgeschichte des Sonnensystems auf der Spur



Alle Ausgaben der Schlaglichter der Wirtschaftspolitik  
finden Sie im Internet unter  
<http://www.bmwi.de/DE/Mediathek/monatsbericht>





